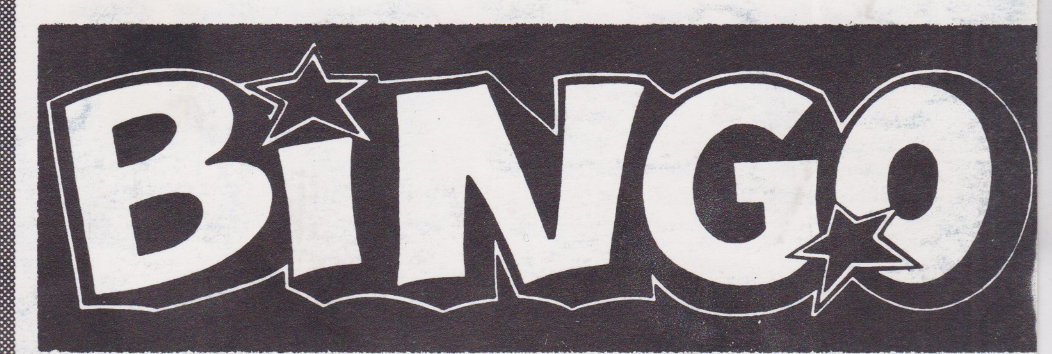
Antifaschistisches
INFO 19
Juli/August 1992 4.- DM
BLATT

In einem Dorf bei Berlin

Bauern verprügelten 50 Skins

Mit Mistgabeln, Sensen und Feuerspritze





Liebe Antifas, FreundInnen und GenossInnen,

seit der Unterbringung von 260 Flüchtlingen in der Gendarmeriekaserne in Mannheim-Schönau herrscht unter Teilen der dort ansässigen Bevölkerung Pogromstimmung. Am sogenannten Vatertag wollte ein Mob von 400 Personen das Flüchtlingsheim stürmen, was von der Polizei verhindert werden konnte. Seitdem belagern Abend für Abend schaulustige und rassistische SchönauerInnen das Heim - Szenen wie in Hoyerswerda. Während der Mob von der Polizei nicht aufgelöst wird, geht die Polizei gegen die Solidaritätskundgebungen für die Flüchtlinge und gegen die antirassistischen Demonstrationen vor. So gab es anläßlich einer (verbotenen!) antirassistischen Demo auf der Schönau am 6.Juni 142 Festnahmen und eine Woche darauf nahm die Polizei rund 400 AntirassistInnen fest, die an der bundesweiten Demonstration teilnehmen wollten. Beide Male gab es, bedingt durch das brutale Vorgehen der "Ordnungskräfte", unzählige Verletzte. Polizei, Politik und Medien sind sich zudem einig in dem Interesse, diese Ereignisse in den überregionalen Medien zu vertuschen.

Die Nachrichten aus Mannheim über die Zerschlagung der Demo am 13.Juni erreichten uns, ebenso wie die Meldung eines erneuten Brandanschlags auf ein von AusländerInnen bewohntes Mietshaus in Berlin, nach Redaktionsschluß. Wir werden über diese rassistischen Angriffe aber in der nächsten Ausgabe ausführlicher berichten.

Im Mittelpunkt dieser Ausgabe stehen die Artikel über den Prozeß gegen die beiden Antifaschisten Gerhard Bögelein und Karl Kielhorn in Hamburg, über die Waffen-SS und das Kameradenwerk "Korps Steiner", sowie das Interview mit dem ehemaligen KZ-Häftling Adolf Burger. Angesichts der alltäglichen Verdrehungen der jüngeren Geschichte, sehen wir es auch als unsere Aufgabe an, die Erinnerung an die Mörder von gestern und an die ungebrochenen Nazi-Kontinuitäten in der BRD wach zu halten. In diesem Zusammenhang möchten wir euch noch einmal auf die Sonderbeilage zur Nr. 17 mit dem Interview mit einem 73jährigen ungarischen Antifaschisten hinweisen. Ihr könnt das Interview (8 Seiten) für 1,– DM plus Versandkosten bei uns bestellen.

Der Soldatenfriedhof in Halbe bei Berlin, auf dem im letzten Jahr auch das "Korps Steiner" mit einem Kranz präsent war, droht ein weiterer Wahlfahrtsort der Faschisten zu werden. In Wunsiedel haben die Faschisten für den 15.8. ihre Kundgebung angemeldet. Ein Aufruf zur antifaschistischen Mobilisierung, sowie eine Chronik der bisherigen Ereignisse in Wunsiedel findet ihr in diesem Heft.

Zum Stichwort Antifa-Diskussion bringen wir den in der letzten Ausgabe angekündigten Artikel zum Tod des DL-Funktionärs Kaindel, sowie einen Beitrag aus der in Kiel erscheinenden antifaschistischen Zeitung Atze, der eine Gegenposition zum Göttinger Papier (Info Nr.16) einnimmt.



Antifaschistisches Infoblatt
Nr. 19, Juni 1992
V.i.S.d.P. und Kontaktadresse
L. Meyer
Gneisenaustraße 2a
1000 Berlin 61

Antifaschistisches INFO im Abo

Das Antifa-Info ist natürlich auch im Abonnement zu beziehen. Dies geht folgendermaßen: Ihr schreibt uns, ab welcher Ausgabe ihr das Info beziehen wollt und an welche Adresse die Hefte gehen sollen. Dazu könnt Ihr den Bestellvordruck verwenden. Wenn ihr uns den schickt und die passende Knete gleich in den Briefumschlag steckt, kann eigentlich nichts mehr schiefgehen.

Ist Euch das mit dem Bargeld zu unsicher, legt einen Scheck bei. Solltet ihr das Geld lieber überweisen wollen, so ist auch das kein Problem: Wir teilen Euch auf Anfrage mit, wohin die Knete überwiesen werden kann. Wenn Ihr das Geld überweist, unbedingt die Versandadresse mit angeben. Noch eins: Wir schicken nur noch Abos raus, wenn sie bezahlt sind – also Cash im Voraus.

Ein Einzelabo umfaßt fünf Ausgaben und kostet 25,– DM. Die Versandkosten sind darin bereits enthalten. Die Abos werden nicht automatisch verlängert. Über Förderabos für 30.– DM oder mehr freuen wir uns riesig. Ihr unterstützt damit die Antifa-Arbeit und das Erscheinen des Infos.

Für Menschen, die mehr als fünf Exemplare pro Nummer bestellen, für WeiterverkäuferInnen, Info- und Buchläden gibt es bessere Konditionen, also Rabatt: Ab fünf Exemplaren kostet die Nummer 3,60 DM, ab zehn Nummern nur noch 3,20 DM, jeweils plus Versandkosten.

Erscheint 4 bis 6 mal im Jahr
Zu beziehen über:
L. Meyer
Gneisenaustr. 2a, 1000 Berlin 61

Wir möchten euch schon jetzt auf den Vorschlag für einen internationalen antifaschistischen Aktionstag am 9. November aufmerksam machen. Bisher wird diese Initiative von folgenden Organisationen und Zeitschriften unterstützt: Stoppa rasismen (Schweden), Reflex (Frankreich), Anti Fascist Action (GB), Searchlight (GB) und dem Info. Mehr dazu erfahrt ihr aus dem Bericht über die antifaschistische Konferenz in Holland. Informiert uns über eigene Planungen und Vorstellungen zu diesem Tag, so daß wir diese in der nächsten Ausgabe darstellen können.

In der letzten Ausgabe waren aufgrund des umfangreichen Schwerpunktthemas "Neue Rechte" die internationalen Meldungen sehr kurz ausgefallen. Internationale Entwicklungen spielen jedoch eine immer wichtigere Rolle für uns in der BRD. Wir haben deshalb dem internationalen Teil mit Berichten über Kroatien, CSFR und Südafrika, diesmal viel Platz eingeräumt. Wie schnell sich die Meldungen überholen, läßt sich am Beispiel des CSFR-Artikels absehen, nachdem mittlerweile der Zerfall dieses Staates eingesetzt hat. Wir berichten außerdem erstmalig in ausführlicher Form in dieser Ausgabe über die internationalen Aktivitäten des Ku-Klux-Klan, der in der Skinhead-Szene an Bedeutung gewonnen hat.

Eure Info-Redaktion

Abobestellung

An das Antifa-Info

Gneisenaustr. 2a, 1000 Berlin 61

Ich möchte das Antifa-Infoblatt im Abonnement für fünf Ausgaben zu DM 25,- (incl. Versandkosten) beziehen. Das Abo verlängert sich nicht automatisch.

Bitte sendet mir ab Ausgabe Nr. ____ die weiteren folgenden fünf Ausgaben an die Adresse:

Den Betrag von DM ____ habe ich bar/als Scheck beigelegt.

Für ein Förderabo bekommt Ihr DM ____.

Bitte schickt mir für DM 4,- DM pro Heft folgende alte Ausgaben. ____

Den Betrag von DM ____ habe ich bar/als Scheck beigelegt.

Aus dem Inhalt

BERICHTIGUNG

In der üblichen Hektik sind uns bei der letzten Ausgabe zwei Fehler unterlaufen: Auf Seite 34 sind die Unterschriften vertauscht worden. Das obere Bild zeigt Thortsten de Vries (mit Glatze), das untere Th Schönrock.

Bei dem Foto auf Seite XIII ist nicht die NF in Halbe abgebildet, sondern der Aufzug der Wiking Jugend.

Berliner Bezirkswahlen



Die »Entsorgung« der großen Parteien




Das Wahl-Ergebnis der Berliner Bezirkswahlen fiel insgesamt für die Republikaner nicht so gut aus, wie für REP und DVU bei den Wahlen in Schleswig-Holstein und Baden Württemberg. Bemerkenswerterweise lag das jedoch daran, daß die REPs in Ost-Berlin deutlich weniger Stimmen erhielten, als im Westteil der Stadt. In einigen westlichen Bezirken erhielten sie zweistellige Stimmanteile. In Ost-Berlin wurde hingegen die PDS mit durchschnittlich 30% zweitstärkste Partei. Fazit: Berlin ist eine geteilte Stadt.

Jede/r zehnte BerlinerIn durfte nicht wählen, allein in Kreuzberg waren 15000 Menschen, die keinen deutschen Paß besitzen, von der Wahl ausgeschlossen. Der Grund: Ein kommunales Wahlrecht für hier lebende AusländerInnen gibt es nicht.

Die Basis und Stammwählerschaft der großen bürgerlichen Parteien bricht weg. Sie hatten allesamt starke Einbußen zu verzeichnen (eine Ausnahme stellen AL und Bündnis 90 dar). Seit den letzten Wahlen vor anderthalb Jahren verloren CDU und FDP die Hälfte ihrer Wähler und auch die SPD hatte gegenüber den Abgeordnetenhauswahlen 1990 starke Verluste. CDU und SPD, die in Berlin gemeinsam regieren, wurden lediglich von rund 36% der wahlberechtigten BürgerInnen gewählt! Der Anteil der NichtwählerInnen lag mit mehr als 38% noch über diesem Ergebnis.

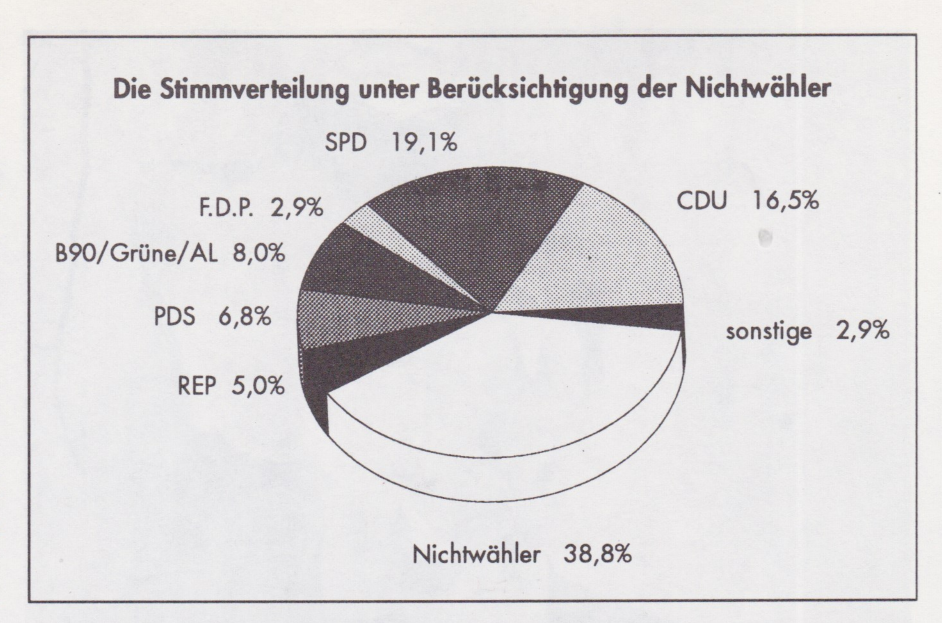
Vertreter dieser Parteien versuchten den Wahlausgang als »Protestwahl« zu erklären und als »Momentaufnahme« herunterzuspielen. Das schöne Wetter sei Schuld daran gewesen, daß viele nicht zur Wahl gegangen seien. Dabei war es weniger das Wetter, als vielfach eine bewußte Entscheidung nicht zu wählen, wie selbst konservative Zeitungen feststellen mußten. Die Wahlbeteiligung hielt sich im übrigen für eine Kommunalwahl im üblichen Rahmen der letzten Jahre (60-70%).

Große Überraschung herrschte selbst in den Reihen der PDS über deren gutes Abschneiden. Die PDS erhielt in Ost-Berlin 30% und wurde in sechs Bezirken abermals stärkste Partei. Sie wurde von den sozialen Verlierern des Anschlusses, von alten und jungen WählerInnen gleichermaßen gewählt. Ihr bestes Ergebnis in Westberlin, wo sie durchschnittlich bei 1% lag, erreichte sie in Kreuzberg mit 2,4%. Dieses Ergebnis unterstreicht den Charakter der PDS als Interessensvertretung der Menschen aus der ehemaligen DDR. Vorausschauend war nach der Vereinigung in Berlin eine Verwaltungsreform beschlossen worden, nach der nun in den Bezirken nicht mehr die stärkste Partei automatisch den Bezirksbürgermeister stellt, sondern dieser von den Bezirksverordneten gewählt werden muß. In den Bezirken wo die PDS stärkste Partei ist, führt das bei der Wahl der Bezirksbürgermeister faktisch zum Zusammengehen von SPD, CDU und Bündnis 90 gegen die PDS.

Erstarken der Republikaner

Während die Vertreter aller bürgerlichen Parteien, das gute Abschneiden der PDS als ihr größtes Problem anse-

hen (CDU-Bürgermeister Diepgen sieht darin »die eigentliche Herausforderung«), wurde über das Wahlergebnis der Republikaner »aufgeatmet«. Nach dem Motto »Es hätte ja noch schlimmer kommen können«, wird der Erfolg der REP heruntergespielt. Der Aufwärtstrend der Republikaner ist aber ungebrochen: Sie hatten die stärksten Zuwächse aller Parteien und kamen insgesamt auf 8,3%. Im Westteil der Stadt schnitten die REP deutlich besser ab: 9,9% gegenüber 5,4% im Osten. Ihre besten Ergebnisse erzielten sie in den Arbeiterbezirken mit 14,4% im Wedding und 12,8% in Neukölln. In Kreuzberg verbesserten sich die REP auf 10,2% und werden künftig dort ebenfalls einen Stadtrat stellen (insgesamt stellen sie in Berlin 4-5 Stadträte). Mit diesem Ergebnis dürften sich die REP stabilisieren. Angesichts des staatlichen Rassismus und entsprechender Äußerungen und Forderungen bürgerlicher Politiker können sich die REP zurücklehnen: Sie sind »das Orginal«. Geschickt nutzten die REP diese Tatsache aus und so war auf dem wohl am meist verbreitenden Wahlplakat dieser Partei nur das eine Wort zu lesen: »Jetzt«. REP- Funktionär Frank Seifert kündigte an, daß die Partei nun zur Ausländerpolitik auf den Tisch packen könne, was während des Wahlkampfs »explizit ausgelassen« worden sei. Allgemein sehen die REP ihre Aussichten für den weiteren Parteiaufbau als günstig an (in Ost-Berlin haben sie bisher nur 300 Mitglieder).



»Die Nationalen« und andere faschistische Kandidaturen

Es gab im Schatten der Republikaner eine Reihe weiterer faschistischer Kandidaturen: Die bedeutendste Gruppe war »Die Nationalen«, ein Wahlbündnis von Mitgliedern aus NPD, Nationaler Alternative (NA) und der »Liga für Volk und Heimat«. Auf den Wahllisten der »Nationalen« tauchte neben solch altbekannten Nazi-Schlägern wie Oliver Schweigert (Listenplatz 1 in Lichtenberg) auch ein Peter Boche (früher REP, jetzt in der Liga) auf. »Die Nationalen« traten in beiden Teilen der Stadt in 9 Bezirken zur Wahl an und erlangten im Wedding mit 0,7% den größten Stimmanteil der faschistischen Kandidaturen (ohne REP). In Berlin wurden insgesamt rund 2500 Stimmen (= 0,2%) für »Die Nationalen« abgegeben.

Gleich zweimal versuchten »Die Nationalen« sich kurz vor der Wahl ins öffentliche Gespräch und damit in die Schlagzeilen der Presse zu bringen: Am 9.Mai, dem Tag der Befreiung vom Faschismus, hatten »Die Nationalen« eine Kundgebung vor dem Kapitulationsmuseum in Karlshorst mit dem Geschichtsfälscher David Irving angekündigt. Die erfolgreiche antifaschistische Mobilisierung eines breiten Bündnisses von Gruppen und Organisationen, aus dem Spektrum von Autonomen bis Gewerkschaften, konnte diese Provokation verhindern. An einer Gegendemonstration nahmen zehntausend Menschen teil (siehe Info Nr. 18). Zwei Tage vor der Wahl hatten »Die Nationalen« wiederum eine Kundgebung vor der jüdischen Gemeinde angekündigt, die aber ebenfalls verboten wurde. Zu einer Protestveranstaltung von SPD, FDP, AL und Bündnis 90 kamen nur ca. 150 DemonstrantInnen.

Erfolglos verlief eine Demonstration der FAP am 1. Mai im Prenzlauer Berg, wo sie auch zur Wahl antrat. Die FAP und die übrigen Gruppierungen kandidierten jeweils nur in einem Ost-Berliner Bezirk. Bemerkenswert ist, daß sie nicht gegeneinander antraten, was auf gemeinsame Absprachen schließen läßt.

Die Freiheitliche Volkspartei (FVP) kandidierte in Köpenick und erhielt 0,6%, die FAP erlangte im Prenzlauer Berg 0,4% und die NF in Hohenschönhausen 0,3% der Stimmen.

Wahlen in einer geteilten Stadt

Zur Situation in Ost-Berlin

Die Besonderheit der Berliner Wahl liegt darin, daß sie im Ost- und Westteil der Stadt zu völlig unterschiedlichen Ergebnissen führte, die auch getrennt bewertet werden müßen. Unfreiwillig gerät die Verkehrsplanung am Brandenburger Tor, gerne als Symbol der Einheit bezeichnet, zum Zeichen für den Zustand in der Stadt. Für Autofahrer, die durch das Tor in die andere Hälfte der Stadt wollen, gilt: Vorfahrt hat, wer aus dem Westen kommt. Während fast alle politischen Vertreter mit DDR-Vergangenheit demontiert wurden und die Bevormundung durch die »Besserwessis« sich auf sämtliche Lebensbereiche erstreckt, steht ein großer Teil der Menschen in Ost- Berlin mit dem Rücken zur Wand: Massenentlassungen und hohe Arbeitslosigkeit, steigende Mieten und Preise, niedrige Löhne, Verdrängung großer Bevölkerungsteile der Innenstadtbezirke im Zuge der Hauptstadtplanungen, um nur einige Beispiele für die drängenden Probleme zu nennen.

Die hohen Erwartungen der ehemaligen DDR-Bevölkerung nach dem Anschluß, gespeist durch die Versprechungen der Politiker, schlagen in Ablehnung der politischen Parteien um. Die Anbiederung der regierenden CDU, die auf Wahlplakaten »Gleicher Lohn für gleiche Arbeit« forderte, aber bei den öffentlichen Tarifverhandlungen im Ostteil der Stadt den Beschäftigten wohl nicht einmal 80% Lohn- und Gehaltsangleichung an West-Gehälter bescheren wird, wurde durchschaut.



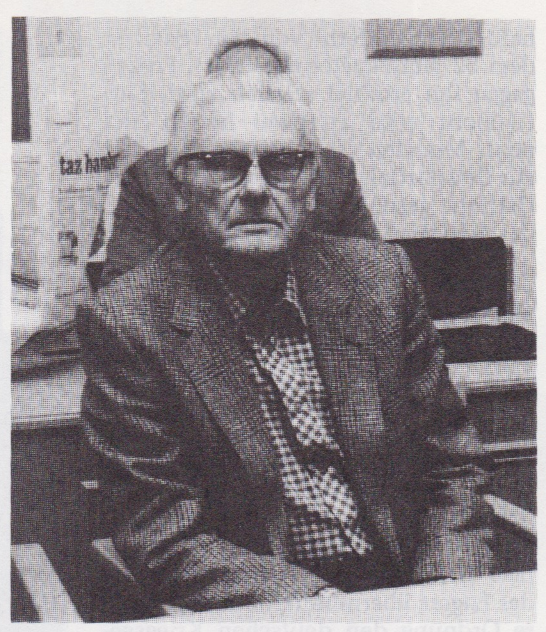
Im Westen nichts neues

Was den Wahlausgang im Westteil der Stadt angeht, wollen wir an dieser Stelle nicht wiederholen, was wir in früheren Ausgaben des Infos zur Beurteilung der Wahlen in Bremen, Schleswig-Holstein und Baden Württemberg und zu den Aufgaben der Antifa geschrieben haben. Nur so viel noch: Möglicherweise hat der Tarifkonflikt im öffentlichen Dienst kurz vor der Wahl ein noch besseres Abschneiden der REP im Westen verhindert.

Mit den Motiven die zur Stimmabgabe für die REP führen, setzte sich in jüngster Zeit eine Studie des SPD- Parteivorstandes auseinander. Die Studie geht davon aus, daß die hohen Anteile der REP im Westen auf einen *»gewissen westdeutschen Wohlstandschauvinismus, Ängste vor Deklasierung und Statusverlusten, Sozialneid und kleinbürgerliche Unduldsamkeit«* zurückzuführen sei. Einem Umstand schenkt die Studie offenbar keine Aufmerksamkeit: Es ist allerdings auch kaum anzunehmen, daß die SPD ihre eigene Rolle in der »Asyldebatte« hinterfragt, und welch günstiger Nährboden der, von den bürgerlichen Parteien geschürte, Rassismus für das Erstarken faschistischer Parteien darstellt. Die Parolen der REP wurden von Politikern aller Parteien aufgegriffen und salonfähig gemacht. Von da ist es nur ein kleiner Schritt, bis zu dem Bekenntnis eines Heinrich Lummer (CDU-Bundestagsabgeordneter und früherer Berliner Innensenator): *»Die Republikaner sind nun eine dauerhaft etablierte Partei, mit der man Gespräche nicht ablehnen darf.«* ■

Späte Rache der bundesdeutschen Justiz:

Lebenslänglich für Antifaschisten



Zu lebenslänglich verurteilt: Gerhard Bögelein

Am 18.5.1992 endete in Hamburg ein mehrmonatiger Prozeß gegen zwei ehemalige DDR-Rentner. Sie waren angeklagt, 1947, in einem sowjetischen Kriegsgefangenenlager, den Staabsoffizier und Wehrmachtrichter Erich Kallmerten umgebracht zu haben. Beide Angeklagten gehörten zu jener Zeit dem Antifa-Kommitee des Lagers an. Karl Kielhorn wurde freigesprochen, Gerhard Bögelein, 45 Jahre nach den Ereignissen, zu lebenslänglicher Haft verurteilt. Die Urteilsverkündung wurde auf Beschluß des Gerichts in einen Saal verlegt, der mit Panzerglas und Mikrofonanlage ausgestattet ist. Zusätzlich eine knappe Hundertschaft Bereitschaftspolizisten sollten mögliche Unmutsäußerungen der zahlreichen Prozeßbe- obachter verhindern.

»Verblüffend war, mit welcher Sicherheit die Kammer über Vorgänge urteilte, für die es zwar keine Zeugen gab, die aber fast ein halbes Jahrhundert zurückliegen. In der Schilderung der düftigen Indizienkette fehlte die Beantwortung naheliegender Fragen, etwa wann und wo beispielsweise die Planung der Tat erfolgte. Die Kammer wußte auch nicht, wer der Initiator war. Und woher das Tatwerkzeug, ein Messer kam, blieb nicht nur den drei Berufs- und zwei Laienrichtern "unklar". Doch den Tatablauf konnten die Richter präzise schildern, obwohl es "unmittelbare Tatzeugen nicht gibt". Eine fehlende Untersuchung der Leiche ersetzten die Juristen durch Phantasie: "Kallmerten bekam mindestens drei wuchtige Schläge auf den Hinterkopf".« (taz, 18.5.92)

Das Urteil ist nicht nur eines von vielen in der bundesdeutschen Strafjustiz, das sich auf Vermutungen, Anschauungen und Vorurteile von Staatsanwälten und Richtern stützt. Es zeigt anschaulich ein Stück deutscher Geschichte und die unheilvolle Rolle, die die Justiz darin spielt.

Das Wüten der deutschen Wehrmacht im Baltikum

Kehren wir deshalb in die Zeit zurück, in der die Tat – von der bundesdeutschen Justiz als Verbrechen verfolgt – verübt wurde. Sowohl die beiden Angklagten als auch ihr angebliches Opfer gehörten der Kurlandarmee an. Nur die einen als einfache Soldaten mit antifaschistischer Einstellung, der andere (das »Opfer«) als Stabsoffizier und Wehrmachtsrichter.

Die Kurlandarmee – sie bestand aus 80 bis 100.000 Soldaten – war zuständig für das Baltikum. Sie zeichnete sich aus durch ihre besondere Härte und Brutalität, durch ihre Perfektion bei der Vernichtung von Partisanen und Zivilbevölkerung. Den deutschen Einmarsch in die lettische Hauptstadt Vilna im Juli 1941 haben von 60.000 Juden 59.000 nicht überlebt.

Opfer der deutschen Wehrmachtsjustiz wurden nicht nur einheimische Zivilisten (Juden, Letten, Litauer) und Partisanen, sondern gegen Ende des Krieges zunehmend auch deutsche Soldaten, die aus persönlichen, moralischen oder politischen Gründen versuchten sich dem Einsatz zu entziehen. Wurden sie gefaßt, so war ihnen das Todesurteil sicher. Der Wehrmachtsrichter Kallmerten war ann führender Position dieser Todesmaschinerie tätig. *»Er verurteilte in seiner Zeit als Feldgerichtsrat, später Oberstabsrichter, also von seiner Berufung am 17. März 1943 bis zur Kapitulation der deutschen Truppen am 8. Mai 1945, eine wohl dreistellige Zahl von Menschen zum Tode. ...Während die westlichen Alliierten während des gesamten Krieges etwa 300 Todesurteile vollstreckten, kamen in der Todesmaschinerie der deutschen Kriegsustiz alleine 20.000 deutsche Soldaten um.«* (taz, 18.5.92)

Die beiden angeklagten Antifaschisten in der Kurlandarmee

Einer, dem dieses Schicksal bestimmt schien, war der angeklagte und verurteilte Bögelein. 1944 lief er zu den sowjetischen Truppen über. Er wird in die Rote Armee aufgenommen und in deutscher Uniform als Kundschafter hinter die Front geschickt. Von der Wehrmacht gefaßt und zum Tode verurteilt kann er fliehen und erneut zur Roten Armee überwechseln.

Der zweite Angklagte, Karl Kielhorn, wird am 4. Juni 1940 verhaftet. Er hatte sich in einer Diskussion kritisch zum Krieg, zu seinen Gründen und seiner möglichen Dauer geäußert. In Hamburg sitzt er in Untersuchungs-

haft, 100m entfernt von dem Saal, in dem 52 Jahre später erneut ein Prozeß gegen ihn eröffnet werden wird. Karl Kielhorn wird zu zwei Jahren und neun Monaten Haft verurteilt, später zur Bewährung eingezogen und an die Ostfront geschickt. So verschlägt ihn das Schicksal in die Kurlandarmee.

Das Leben im sowjetischen Kriegsgefangenenlager Klaipeda

Nach der Kapitulation am 8. Mai 1945 geraten große Teile der Kurlandarmee in Kriegsgefangenschaft. 4.000 Soldaten und Offiziere werden in dem Lager Nr. 57 in Klaipeda untergebracht, darunter auch Gerhard Bögelein, Karl Kielhorn und Erich Kallmerten. Während die Sowjetische Armee die Bewachung und Sicherung des Lagers übernimmt, bleibt die innere Ordnung den deutschen Kriegsgefangenen überlassen. Zu diesem Zweck wird die alte Hierarchie, die Weisungsbefugnis der Offiziersränge beibehalten. So führen auch in Klaipeda die Herren der deutschen Wehrmacht weiter das Kommando. Sie brauchen nicht zu arbeiten, erhalten bessere Verpflegung, ihnen werden nicht die Haare geschoren etc.

»...In der ersten Zeit standen sie unter der Leitung deutscher Offiziere bei gleichzeitiger sowjetischer Bewachung ... Das war in fast allen Lagern so, aus meiner Kenntnis in 95%. Das waren wahrscheinlich praktische Gesichtspunkte der Sowjets. Ja, natürlich. Wem hat denn die Masse der Soldaten gehorcht? Ihren ehemaligen Spießen, Kommandeuren und Hauptleuten. Es gab noch Befehlsstrukturen und Knechtseligkeit. Das hat sich in der ersten Zeit darin wiedergespiegelt, daß die Offiziere auch dort das Sagen hatten. Der erste Lagerkommandant war Oberst Adam, der hatte sich seine Leute ausgesucht, Majore, Hauptleute und noch einen Oberst, die die verschiedenen Kommandos geführt haben. Dies bezieht sich auf die Zeit des Aufbaus des Lagers und des Übergangs, um draußen zu arbeiten. Das alles mußte schnell gehen, denn wir kamen im August und das Lager mußte winterfest für 4.000 Kriegsgefangene werden. ... Es gibt die Genfer Konvention, die ist auch von der Sowjetuion akzeptiert, dort ist der Sonderstatus für kriegsgefangene Offiziere festgeschrieben.« (Karl Kielhorn in einem Interview mit dem "Arbeiterkampf" ak, 6.5.92)

Die Antifa im Lager Klaipeda

Wie im besetzten Deutschland, so entstehen auch unter den deutschen Kriegsgefangenen rasch die ersten selbstständigen Ansätze einer antifaschistischen Organisierung. Es finden sich ehemalige KPD-Mitglieder, Sozialdemokraten und junge Soldaten, denen der Zusammenbruch erstmals die Augen geöffnet hat, zusammen.



Karl Kielhorn (rechts) 1947 im Lager Klaipeda, neben ihm Karl Horn, sein Vorgänger als Antifa Leiter und 1992 während seines Prozesses

»... Die erste antifaschistische Arbeit entzündete sich nicht an dem Gegensatz zu den Offizieren. Viel wichtiger war, daß sich in dem Lager auch Menschen trafen, die die ganze Härte des Faschismus am eigenen Leibe gespürt hatten, nicht nur als Soldaten, die waren alle mehr oder weniger Kanonenfutter. Da gab es den ehemaligen Reichstagsabgeordneten Willi Agatz (Mitglied der KPD), der durch das Bewährungsbataillon in Kriegsgefangenschaft kam. Er kam nach kurzer Zeit im Lager zurück nach Deutschland, übernahm dort Funktionen in der Gewerkschaft Bergbau und war Landtagsabgeordneter. Er ist leider frühzeitig gestorben, da er schon ziemlich ausgezehrt und krank war. Dieser Mann hat eine Gruppe von Antifaschisten um sich gesammelt, die aus den unterschiedlichsten Gründen zu Antifaschisten geworden sind. Die haben sich dann verständigt, wie man dort als Deutsche, gegenüber der Schuld, die Hitler-Deutschland auf sich geladen hat, etwas unternehmen könnte. Die Kriegsgefangenen sollten aus ihrer Lethargie aufwachen und beginnen, nachzudenken. Aber es ging auch darum, der Wiederaufbauarbeit in der Sowjetunion, also speziell in Klaipeda, den moralischen und den ideologischen Halt zu geben.

Es ging darum aufzuzeigen, was jeder Soldat mehr oder weniger selbst erlebt hatte, welche Verbrechen das Hitlerregime auf sich geladen hat. Was ist während des Krieges überhaupt alles passiert? Welche Städte und Dörfer sind dem Erdboden gleichgemacht worden? Welches Elend haben wir gesehen? Diese Tausende, Hunderttausende, Millionen von Toten kann man doch nicht so einfach vergessen, man kann auch nicht sagen, das ist vom Himmel gefallen, denn Hitler hat angegriffen. Daß wir in Kriegsgefangenschaft saßen, war nichts anderes als ein Ausdruck für die Überlegenheit der Sowjetmacht über den Hitlerfaschismus. So muß man das ja erst mal werten.

Die Gruppe war sehr klein. Der Wissensstand war anfangs sehr gering. Wir mußten erst einmal selbst lernen. Das war auch mein Weg. ... Die Antifa im Lager war keine Partei mit fester Fügung, sondern eher eine Bewegung. Wenn die Antifa aufrief, den Sportplatz im Lager zu planieren, dann kamen welche und waren anschließend froh und stolz, daß wir einen herrlichen Fußballplatz gehabt haben. ... Wir haben mal eine Ausstellung der Wiedergutmachung vorbereitet. ... Jeder der konnte, hat etwas produziert, über 2.000 bis 3.000 einzelne Artikel. Dann wurden die sowjetischen Freunde mit ihren Familien eingeladen und wir haben ihnen die Sachen geschenkt. Die waren ganz gerührt.

Die Antifa war eine gewählte Leitung, die haben wir von der ersten größeren Versammlung bestätigen lassen. Der erste Leiter der Antifa war Willi Agatz, dann der Genosse Martin Heyne, dann Karl Horn und dann Karl Kielhorn.« (Karl Kielhorn im ak)

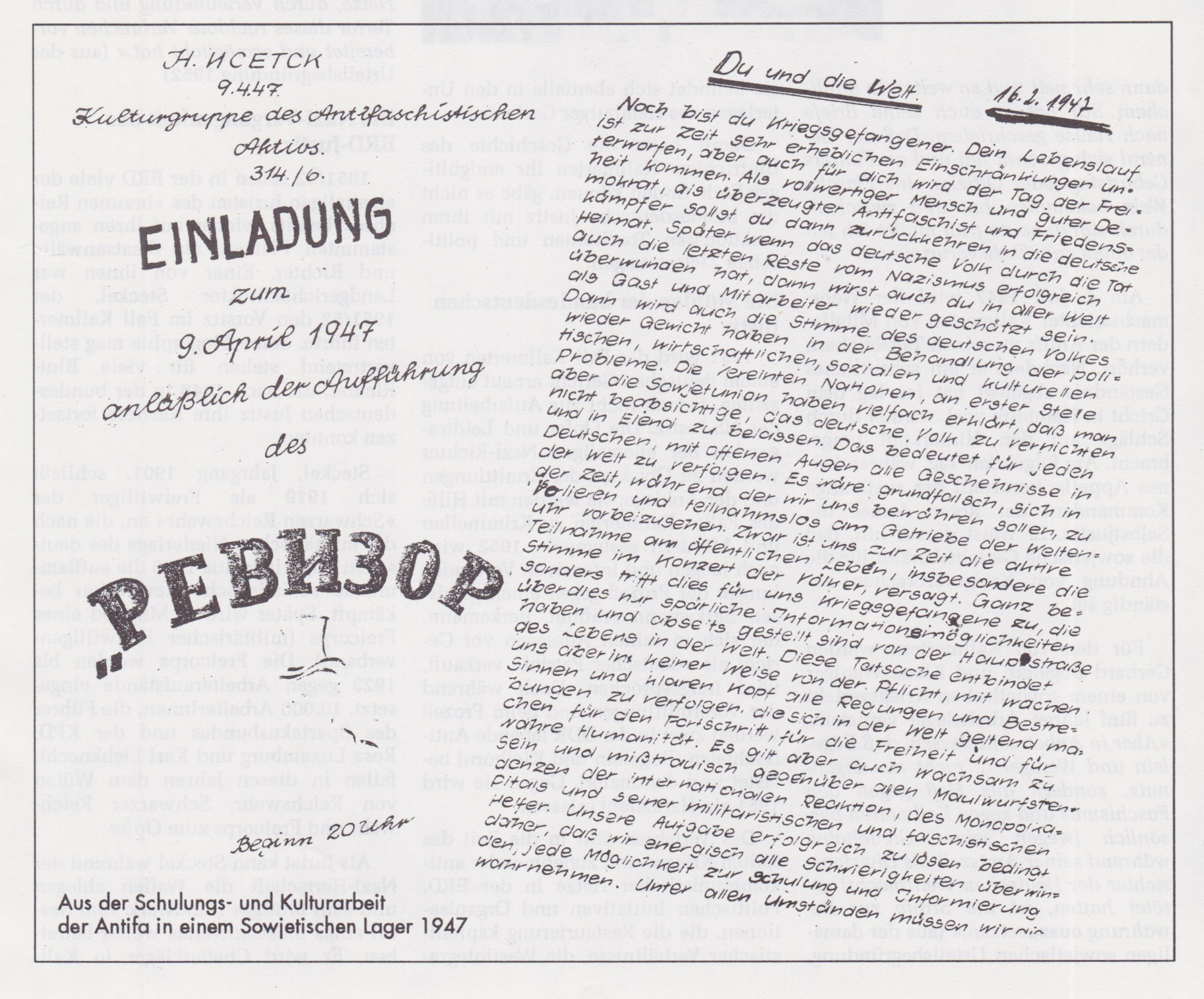
Die Auseinandersetzungen mit den Offizieren

Die Antifa beschränkt sich nicht auf kulturelle und politische Schulung und Aktivitäten. Eines ihrer praktischen Ziele ist die Ablösung der alten Lagerleitung und ihre Übernahme durch die Antifa, sowie die Beseitigung der Offiziersprivilegien. Lassen wir noch einmal Karl Kielhorn zu Wort kommen:

»Wir hatten zwei größere Auseinandersetzungen mit den Offizieren. Die erste war in der zweiten Hälfte des Jahres 1946. Damals wollten wir, daß sie arbeiten wie alle Kriegsgefangenen und daß sie die Kommandos aus der Hand geben. Bei der zweiten Aktion, Pfingsten 1947, ging es um die Frage: Können wir noch gestatten, daß sie ihre Offiziersprivilegien behalten und uns weiter provozieren. ... Über 1.000 Kriegsgefangene sind am Appellplatz angetreten, Karl Horn, der seinerzeitige Antifa-Leiter, hat eine Rede gehalten, auch mit der nötigen Leidenschaftlichkeit. Er sagte, wir sind stark genug geworden, um selbst unsere Arbeit in die Hand zu nehmen. ... Wir haben also gesagt: Jetzt lösen wir die Leitung ab. Dann wurde festgestellt, ob die Anwesenden einverstanden waren. Es gab Zustimmung.

... Die Offiziere waren zwar entmachtet, aber der größte Teil stolzierte nach wie vor mit Ledermänteln, mit Breecheshosen und Schaftstiefeln durchs Lager, voll in ihrer Haarpracht. Wir anderen sahen doch wirklich aus wie die geschorenen Karnickel - mit Recht, weil die Gefahr von Infektionen bestand. ... Ein Trupp von 20 Antifaschisten ist an einem der Pfingsttage in die Offiziersbaracke gegangen. Viele vom Lagert haben draußen ein Gasse gebildet und dann mußten sie durch diese Gasse runter in den Badekeller gehen. Wir haben gesagt, aus hygienischen Gründen müssen ihnen die Haare geschnitten werden. ... Es gab von Seiten der Mannschaftsgrade in diesem Zusammenhang keine Sympathie für die Offiziere. Die waren überzeugt, daß das eine korrekte Geschichte war. Viele Offiziere haben uns mit ihrer Überheblichkeit zu sehr provoziert, die sie unabhängig von ihren Privilegien an den Tag legten.

... Dort (in der Offiziersbaracke, die Red.) *wurde das Tagebuch vom ehemaligen Oberstabsrichter Kallmerten gefunden, in dem er 176 Todesurteile, für die er verantwortlich war, verzeichnet hatte. ... Als bekannt wurde, was in den Tagebüchern stand, war der Zorn riesengroß. Karl Horn hat auf der Bestarbeiterversammlung seitenweise aus dem Tagebuch vorgelesen. ...Den ganzen Zynismus, der da drinsteckte. Dort war in den einzelnen Tageseintragungen aufgelistet, wieviele er zum Tode verurteilt hatte. Wieviele Letten, wieviele Litauer... und zwischendurch war er mit dem General zur Hasenjagd, dann hat er Fasan gegessen, dann hat er die Lilo getroffen, mit der war es*



Н. ИСЕТСК
9.4.47.
Kulturgruppe des Antifaschistischen Aktivs
3/4./6
EINLADUNG
zum
9. April 1947
anläßlich der Aufführung
des
„РЕВИЗОР"
Beginn 20 Uhr

Du und die Welt. 16.2.1947

Noch bist du Kriegsgefangener. Dein Lebenslauf
ist zur Zeit sehr erheblichen Einschränkungen un-
terworfen, aber auch für dich wird der Tag der Frei-
heit kommen. Als vollwertiger Mensch und guter De-
mokrat, als überzeugter Antifaschist und Friedens-
kämpfer sollst du dann zurückkehren in die deutsche
Heimat. Später wenn das deutsche Volk durch die Tat
auch die letzten Reste vom Nazismus erfolgreich
überwunden hat, dann wirst auch du in aller Welt
als Gast und Mitarbeiter wieder geschätzt sein.
Dann wird auch die Stimme des deutschen Volkes
wieder Gewicht haben in der Behandlung der poli-
tischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen
Probleme. Die Vereinten Nationen, an erster Stele
aber die Sowjetunion haben vielfach erklärt, daß man
nicht beabsichtige, das deutsche Volk zu vernichten
und in Elend zu belassen. Das bedeutet für jeden
Deutschen, mit offenen Augen alle Geschehnisse in
der Welt zu verfolgen. Es wäre grundfalsch, sich in
der Zeit, während der wir uns bewähren sollen, zu
Verlieren und teilnahmslos am Getriebe der Welten-
uhr vorbeizusehen. Zwar ist uns zur Zeit die aktive
Teilnahme am öffentlichen Leben, insbesondere die
Stimme im Konzert der Völker, versagt. Ganz be-
sonders trifft dies für uns Kriegsgefangene zu, die
überdies nur spärliche Informationsmöglichkeiten
haben und abseits gestellt sind von der Hauptstraße
des Lebens in der Welt. Diese Tatsache entbindet
uns aber in keiner Weise von der Pflicht, mit wachen
Sinnen und klaren Kopf alle Regungen und Bestre-
bungen zu verfolgen, die sich in der Welt geltend ma-
chen für den Fortschritt, für die Freiheit und für
wahre Humanität. Es gilt aber auch wachsam zu
sein und mißtrauisch gegenüber allen Maulwurfsten-
denzen der internationalen Reaktion, des Monopolka-
pitals und seiner militaristischen und faschistischen
Helfer. Unsere Aufgabe erfolgreich zu lösen bedingt
daher, daß wir energisch alle Schwierigkeiten überwin-
den, jede Möglichkeit zur Schulung und Informierung
wahrnehmen. Unter allen Umständen müssen wir ein

Aus der Schulungs- und Kulturarbeit der Antifa in einem Sowjetischen Lager 1947



Täter in Richterroben: Sie wurden in der Bundesrepublik nie juristisch belangt.

Links Wehrmachtsrichter Kallmerten, rechts Landgerichtsdirektor Steckel



dann sehr nett und so weiter. In ähnlichem Stil hat er auch seine Briefe nach Hause geschrieben. Daß der General sich gesonnt hat und an Führers Geburtstag jeder Offizier eine Flasche Wein bekommen hat und zwischendurch stand: heute früh mußte ich leider einen zum Tode verurteilen.«

Am 4. Juli 1947 wird der Wehrmachtsrichter Kallmerten von Mitgliedern der Antifa zu seinen Tagebüchern verhört. Nachdem er ein schriftliches Geständnis abgelegt hat (es lag dem Gricht in Hamburg vor), wird er durch Schläge auf den Hinterkopf umgebracht. Am folgenden Tag, während eines Appells, verurteilt der zuständige Kommandant der Roten Armee die Selbstjustiz. Er weist darauf hin, daß die sowjetische Gerichtsbarkeit für die Ahndung von Kriegsverbrechen zuständig sei.

Für den Tod Kallmertens werden Gerhard Bögelein und Klaus Weniger von einem sowjetischen Kriegsgericht zu fünf Jahren Arbeitslager verurteilt. *»Aber in Anbetracht dessen, daß Bögelein und Weniger ... nicht aus Eigennutz, sondern aus Haß gegen den Faschismus und gegen Kallmerten persönlich (wegen seiner Greueltaten während seiner Amtszeit als Divisionsrichter der Deutschen Wehrmacht) getötet hatten, ist die Strafe zur Bewährung auszusetzen.«* (aus der damaligen sowjetischen Urteilsbegründung, sie befindet sich ebenfalls in den Unterlagen des Hamburger Gerichts.)

Damit hätte die Geschichte des Blutrichters Kallmerten ihr endgültiges Ende finden können, gäbe es nicht die bundesdeutsche Justiz mit ihren reaktionären Traditionen und politischen Zielsetzungen.

Die Mühlen der bundesdeutschen Justiz

1951 wird der Fall Kallmerten von einem deutschen Gericht erneut aufgegriffen, jedoch nicht zur Aufarbeitung der NS-Justiz. Die Opfer und Leidtragenden der ehemaligen Nazi-Richter werden zu Objekten der Ermittlungen und der Anklage, sie werden mit Hilfe des Falles Kallmerten zu Kriminellen und Mördern gestempelt. 1952 wird nach langen und intensiven Vorermittlungen der Prozeß gegen einen gewissen Berkemann eröffnet. Berkemann, der sich in seinen Aussagen vor Gericht als »deutscher Patriot« verkauft, wird freigesprochen. Doch während der Vorermittlungen und beim Prozeß werden zwei in der DDR lebende Antifaschisten (Bögelein und Kielhorn) belastet und denunziert. Gegen sie wird 1951 ein Haftbefehl erlassen.

Das Verfahren fällt in die Zeit des Kalten Krieges und zunehmender antikommunistischer Hetze in der BRD. Politischen Initiativen und Organisationen, die die Restaurierung kapitalistischer Verhältnisse, die Westintegration und Wiederaufrüstung bekämpfen, werden auch juristisch verfolgt. Die Sowjetunion, die die Hauptlast bei der Zerschlagung des deutschen Faschismus zu tragen hatte, ist längst zum Hauptfeind des Westens und der herrschenden Klasse in der BRD geworden. Die DDR und Teile Polens sind nach den Auffassungen bundesdeutscher Politiker rechtlich eigentlich Bestandteile der BRD. »Dreigeteilt, niemals« lautete der offizielle Slogan aller Bundesparteien, mit Ausnahme der KPD, die1956 verboten wird. Diesen politischen Zielsetzungen ordnet sich auch die bundesdeutsche Justiz bereitwillig unter.

»Wenn somit der Mord an dem Stabsrichter auch nicht gesühnt werden konnte, da die Haupttäter (gemeint sind Bögelein und Kielhorn, die Red.) sich jenseits der Grenze der Bundesrepublik Deutschland befinden, so hat die Strafgerichtsverhandlung doch wenigstens ein Ergebnis gezeitigt: Durch die Aufdeckung der Hintergründe ist ein System gebrandmarkt, das durch Unduldsamkeit, skrupellose Hetze, durch Verleumdung und durch Terror dieses ruchlose Verbrechen vorbereitet und ermöglicht hat.« (aus der Urteilsbegründung 1952)

Die Nazi-Vergangenheit der BRD-Justiz

1951/52 saßen in der BRD viele der ehemaligen Juristen des »braunen Reiches« bereits wieder auf ihren angestammten Plätzen, als Staatsanwälte und Richter. Einer von ihnen war Landgerichtsdirektor Steckel, der 1951/52 den Vorsitz im Fall Kallmerten führte. Seine Biographie mag stellvertretend stehen für viele Blut-Richter, die nach 1948 in der bundesdeutschen Justiz ihre Karriere fortsetzen konnten.

Steckel, Jahrgang 1901, schließt sich 1919 als Freiwilliger der »Schwarzen Reichswehr« an, die nach der militärischen Niederlage des deutschen Imperialismus 1918 die aufflammende sozialistische Revolution bekämpft. Später wird er Mitglied eines Freicorps (militärischer Freiwilligenverband). Die Freicorps werden bis 1923 gegen Arbeiteraufstände eingesetzt. 10.000 ArbeiterInnen, die Führer des Spartakusbundes und der KPD, Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, fallen in diesen Jahren dem Wüten von Reichswehr, Schwarzer Reichwehr und Freicorps zum Opfer.

Als Jurist kann Steckel während der Nazi-Herrschaft die Waffen ablegen und sein blutiges Handwerk vom Sessel eines Staatsanwaltes weiter betreiben. Er wird Chefankläger in Kali-

ningrad (dem damaligen Königsberg) und noch im März 1945 an den »Volksgerichtshof« nach Potsdam berufen.

1947 bewirbt sich Steckel in Hamburg zum Richter auf Lebenszeit *»nachdem der "Beratende Ausschuß Justiz für die Ausschaltung von Nationalsozialisten" seine Zulassung zum höheren Justizdienst empfohlen hatte. ...Man hätte ihm auf die Spur kommen können. Denn am 17. Oktober 1947 hatte er an das Oberlandesgericht geschrieben im Zuge seiner Mühe, Landgerichtsrat und Richter auf Lebenszeit zu werden. "Bis zum 23. März 1945 habe ich bei der Reichsanwaltschaft in Potsdam Dienst getan..." Es ging um die Berechnung des Dienstalters.«* (Spiegel 20/1992)

Die Ermittlungen des Landgerichtsrats Steckel

Bei den Ermittlungen und beim Prozeß zum Tode Kallmertens 1951/52 treffen die politischen Interessen der Herrschenden, denen Steckel zeitlebens zu Diensten stand, zusammen mit den persönlichen Ambitionen des Hamburger Landgerichtsrates. Das gesellschaftliche Klima, die politischen Zielsetzungen der bundesdeutschen Parteien bilden das Umfeld, auf dem Steckel weiterwirken kann. Entsprechend fallen die Ermittlungen aus.

»Dabei hatte sein Tun Anfang der fünfziger Jahre fast manische Züge angenommen. Die teilweise mehrmalige Vernehmung von bald 275 Zeugen quer durch die Republik sprengt jeden Rahmen eines normalen Straf-, auch eines Mordverfahrens. Das läßt sich kaum anders als mit Rachegelüsten erklären. Steckels offensichtliches Gefühl einer Verbundenheit mit dem Berufskollegen war nicht zufällig. Denn auch Steckel war als Sonderrichter in Königsberg und bei der Rechtsanwaltschaft am Volksgerichtshof tief in die mörderische Justiz des NS-Staates verstrickt.« (taz, 18.5.92)

Alte Kameradschaftsbünde der deutschen Wehrmacht, Offizierskollegen von Kallmerten werden von Steckel ausfindig gemacht, um im Prozeß gegen Berkemann, Bögelein und Kielhorn auszusagen. Karl Kielhorn in seinem Interview mit dem ak: *»Ich will da mal ein paar Namen und Urteile nennen, von Leuten, die von der sowjetischen Gerichtsbarkeit verurteilt wurden und später als Zeugen gegen Bögelein und mich auftraten: Dr. Andersen, der war Oberleutnant, hat wegen Partisanenbekämpfung 25 Jahre gekriegt. Dr. Dresel, Josef, Oberst, war der anfängliche Leiter vom Eisenbahnlager in Klaipeda, 25 Jahre. Allein 24 wegen Kriegsverbrechen Verurteilte unter den Prozess-Zeugen. Da waren auch welche mit Todesurteil dabei, die dann begnadigt worden sind. ...Man hätte ihn (Kallmerten, die Red.) nachdem sein Tagebuch aufgefunden worden ist, aufgrund seines Geständnisses ordnungsgemäß festgenommen, ins Gefängnis gesteckt und ihm den Prozeß gemacht. Er hätte mit Sicherheit ein Todesurteil bekommen.«* (Karl Kielhorn im ak)

Antifaschisten, die als Zeugen von Steckel 1951/52 vernommen werden, fühlen sich in die Vergangenheit zurückversetzt. *»Bin ich denn hier bei Freisler?", empörte sich einer. Und 1992 sagt Dr. Kohmann über die Vernehmung durch Steckel: »Als ich dem gesagt habe, ich sei immer noch Antifaschist, war der unzufrieden mit mir.«*

Bundesdeutsche Justiz 1992

40 Jahre später kann das Hamburger Landgericht vollenden, was seinem ehemaligen Mitglied, Landgerichtsrat Steckel, versagt blieb. Mit der Einverleibung der DDR ist das letzte Hindernis gefallen. Nach der Vereinigung werden Gerhard Bögelein und Karl Kielhorn verhaftet. *»Ich konnte später nie in den Westen fahren, ich mußte damit rechnen zur Fahndung ausgeschrieben zu sein. Dann, nach der Annexion der DDR, war alles offen, da mußte ich damit rechnen, daß man auf mich zukommt. ...Und dann kamen sie wirklich hier an und brachten den Schutzhaftbefehl von 1952 mit.«* (Karl Kielhorn im ak)

Gerhard Bögelein sitzt seitdem in Untersuchungshaft, Karl Kielhorn wird auf Kaution freigelassen. Ende 1991 wird der Prozeß eröffnet, obwohl es keine neuen Zeugen und Erkenntnisse gibt. Im Gegenteil, die Zeitspanne von 45 Jahren muß die Prozeßführung noch schwieriger gestalten. Das aber kann den ermittelnden Staatsanwalt Duhn nicht bremsen. Er war Referendar bei Landgerichtsrat Steckel. In seiner Anklageschrift vom 8. Mai 1991 schreibt er, daß es in Klaipeda *»eine "antifaschistische", d.h. kommunistische Agitations- und Aktionsorganisation«* gab. *»Ernsthafte Anhaltspunkte dafür, daß unter den Urteilen des Kallmerten auch nationalsozialistisch ausgerichtete Terrorurteile ... gewesen sind, gibt es nicht. Vielmehr sind entsprechende Behauptungen eine Wiedergabe der im Lager von der Antifa gegen Kallmerten betriebenen Hetzkampagne.«*

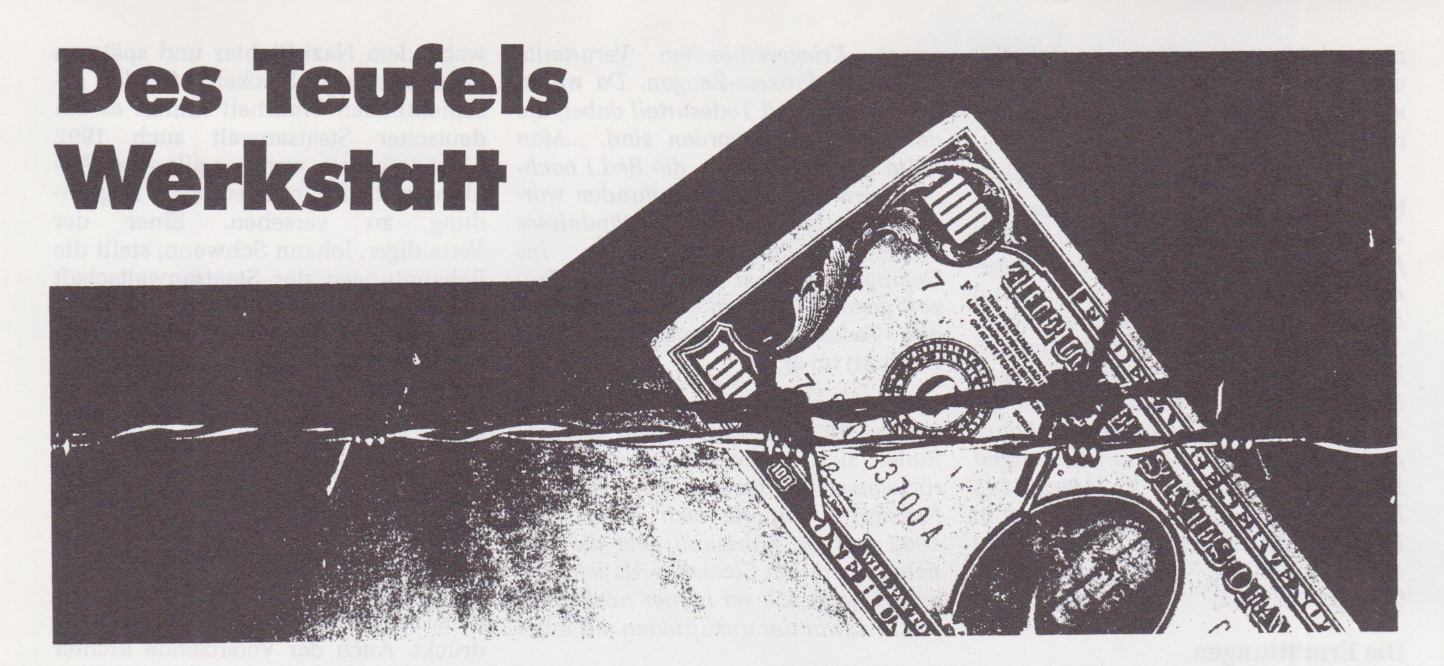
Fast nur in Nuancen der Wortwahl unterscheidet sich der Staatsanwalt Duhn von seinem Lehrherren, dem Freiwilligen der Schwarzen Reichswehr, dem Nazi-Richter und späteren Landgerichtsrat Steckel. Mit der geschichtlichen Wahrheit nimmt es ein deutscher Staatsanwalt auch 1992 nicht so genau, wenn es gilt seine Anklage mit der notwendigen Begründung zu versehen. Einer der Verteidiger, Johann Schwenn, stellt die Behauptungen der Staatsanwaltschaft richtig. In seinem Plädoyer zitiert er aus den Geheimen Lageberichten der Königsberger Justiz. Aus diesen Dokumenten geht hervor, daß von Königsberger Sondergerichten so viele Todesurteile verkündet wurden, daß ihre Zahl *»prozentual mit der Todesurteilsrate der Berliner Sondergerichte konkurriert".«*

Es ist aber nicht nur die personelle Kontinuität Duhns mit Steckel, die dem Prozeß 1992 den Stempel aufdrückt. Auch der Vorsitzende Richter Dr. Erdmann und seine beisitzenden Richter Detlev Grigoleit und Britta Schlage schließen sich der Anklageschrift des Staatsanwaltes mit ihrem Urteil an. Karl Kielhorn wird freigesprochen, Gerhard Bögelein zu lebenslanger Haft verurteilt.

Eine Gesellschaft, die zur Verteidigung ihrer Ordnung und ihrer Interessen einer derartigen Justiz bedarf, kann sich mit den Ursachen des deutschen Faschismus nicht auseinandergesetzt und mit ihrer Vergangenheit nicht gebrochen haben. Aber das wird uns 1992 ja nicht nur in deutschen Gerichtsälen vor Augen geführt, sondern in Bundestagsdebatten, in Zeitungen, in den Talk-Shows des Fernsehens und auf der Straße. Auch in aktuellen Prozessen werden von der Justiz die organisatorischen Zusammenhänge und politischen Motivationen rechter Gewalttäter verharmlost oder geleugnet, während man die Gegenwehr ausländischer Jugendlicher und antifaschistischer Initiativen zur großen Gefahr aufbauscht. ■



Des Teufels Werkstatt



Wir veröffentlichen Teile aus einem Interview mit Adolf Burger, einem der letzten Überlebenden aus dem Kreis der Häftlinge, die von den Nazis zur Falschgeldproduktion gezwungen worden waren. Burger wurde wieder aktiv, als er ein Flugblatt von Erwin Schönborns »KAMPFBUND DEUTSCHER SOLDATEN« las. Darin wurden 10.000 DM als Belohnung für denjenigen ausgesetzt, der den einwandfreien Nachweis für Vergasungen in einem deutschen KZ bringen würde. Burger schrieb über seine Erlebnisse in deutschen KZ's ein Buch mit dem Titel »Des Teufels Werkstatt«, erschienen im Verlag Neues Leben, Berlin, DDR. Demnächst wird eine neue Broschüre von ihm erscheinen.

Gegen den Kriegsverbrecher GOTTFRIED WEISE sagte er in Wuppertal als Zeuge Ende der 80er Jahre aus, gegen HEINRICH JOHANNES KÜHNEMANN im Dezember 1991.

Adolf Burger wurde 1917 in Vel'ka-Lomnica in der Slowakei geboren. Nach seiner Schulzeit machte er eine Lehre als Typograph. Die Wahl dieses Handwerks erwies sich für ihn später als sehr hilfreich im Kampf gegen den Faschismus.

1937 wurde er zum Wehrdienst in die tschechoslowakische Armee einberufen und besuchte die Unteroffiziersschule des 3. Gebirgsinfanterieregiments. Nachdem die Hlinkapartei mit Hilfe der deutschen Faschisten die gewaltsame Trennung der Slowakei von den böhmischen Ländern durchgeführt hatte, schied er aus der Armee aus und arbeitete in Batislava in einer Buchdruckerei. Während seiner Tätigkeit als Drucker trat er in die illegale Slowakische Kommunistische Partei ein und arbeitete 1939 in einer Widerstandszelle mit sechs Personen. Seine Aufgaben waren gefälschte Dokumente beglaubigen zu lassen und Taufscheine zu drucken. Diese Tätigkeit übte er über drei Jahre aus, bis eines Tages im Juni 1942 bei ihm eine Hausdurchsuchung von Hlinkgardisten und Gestapo stattfand und er daraufhin am 11. August auf seiner Arbeit festgenommen wurde. Bei einem kurzen Verhör wurde ihm klar, daß es um seinen politischen Widerstand ging. Er wurde in ein Sammellager gesteckt, wo er seine Frau wiedersah.

Von dort ging es nach Auschwitz. An der Rampe wurde er von seiner Frau getrennt und ein gewißer SS-Hauptsturmbannführer Dr. MENGELE stellte drei Fragen, die über Leben und Tod entschieden: 1. Alter, 2. Beruf, 3. Gesundheitszustand. Von Auschwitz führte in dann der Weg in das KZ Sachsenhausen in Oranienburg bei Berlin, wo er dem Block 18/19 zugeteilt wurde. Dort befand sich die Geldfälscherwerkstatt, die den Gedanken des ALFRED NAUJOCKS entsprang, der ein Untergebener von REINHARD HEYDRICH war. Naujocks war auch dabei, als der vorgetäuschte Überfall auf den deutschen Sender von Gleiwitz stattfand, um den Krieg gegen Polen vor der Weltöffentlichkeit zu rechtfertigen. Im September 1942 nahm das Kommando die Arbeit auf und im Januar 1943 begann die Produktion des Falschgeldes, das die Währung der Kriegsgegner schwächen sollte. Aber auch Briefmarken und Dokumente wurden hergestellt. Bei Kriegsende waren über 40% der englischen Pfundnoten gefälscht.

Mit dem Falschgeld sollten ausländische Waffengeschäfte, Rohstoffeinkäufe für die Rüstungsindustrie sowie das Nazi-Agentennetz im Ausland finanziert werden. Als sich die Rote Armee im Frühkahr 1944 Berlin näherte, wurde die Fälscherwerkstatt mitsamt den beteiligten Häftlingen in das KZ Ebensee im österreichischen Salzkammergut gebracht. Die Nazis hatten die »Alpenfestung« im schwer zugänglichen Ausseer Land als ihre letzte Rückzugsmöglichkeit vorgesehen. Bei Redlzipf in einem stillgelegten Bergstollen sollte die Produktion weiterlaufen. Das bereits gedruckte Geld war in 80 sargähnlichen Kisten mitgenommen worden. Die Häftlinge bekamen diese Kisten Ende April in Redlzipf beim Ausladen das letzte Mal zu sehen. Kurz darauf flüchteten die Wachmannschaften, darunter SS-Sturmbannführer Krüger, der Leiter des Falschgeldprojektes, vor den anrükkenden Amerikanern. Etliche Kisten des Falschgeldes sowie das gesamte Inventar der Fälscherwerkstatt ließ der Obersturmbannführer Höttl wenige Tage vor Kriegsende im Toplitzsee versenken.

Für den Vertrieb der Blüten war Friedrich Schwend zuständig gewesen. Von jeder in Umlauf gebrachten Pfundnote bekam er 33,3% - das bedeutete eine Millardensumme. Darüber sollte er den Vertrieb finanzieren. Er kaufte für das internationale Vertriebsnetz Fahrzeuge, Schiffe, Häuser und baute ein umfangreiches Netz von Stützpunkten und Kurieren auf. Die bei Kriegsende übriggebliebenen Pfundnoten und das von Schwend ge-

schaffene Netz boten später ein solides Fundament für das gigantische Fluchtsystem der Nazis. Es ist zu vermuten, daß in dem »Unternehmen Bernhard« - benannt nach dem Leiter Bernhard Krüger - schon frühzeitig die Weichen für diesen Zweck gestellt wurden.

Ein Großteil des englischen Falschgeldes wurde im Toplitzsee versenkt (neben wichtigen Geheimdokumenten aus der Nazi-Zeit), doch Blüten kursierten noch in den 50er Jahren. Erst 1959 wurden diese Banknoten mit der identischen Seriennummer von der Bank für England für ungültig erklärt. Einen Teil des Profits aus der Falschgeldaktion setzte Schwend nach dem Krieg zusammen mit Walter Rauff, dem Verantwortlichen für die Vergasungswagen, zur Finanzierung der ODESSA ein.

Interview mit Adolf Burger

Wie haben Sie den Anfang des »3. Reiches« erlebt?

Als 1933 Hitler an die Macht kam, hatte ich noch gar kein Interesse an Politik. Das änderte sich aber im Jahr '38, wo schon viele Flüchtlinge bei uns in der Tschechoslowakei waren. Flüchtlinge waren Österreicher, Deutsche, Sozialdemokraten und Kommunisten, und als die Klerofaschisten an die Macht kamen und ihre eigene SS aufstellten, die Hlinkagarde, wurde die Kommunistische Partei verboten, und so war es, daß ich seit 1939 illegal in der Partei war. Dort arbeitete ich als Drucker und fälschte Urkunden usw. Das habe ich bis 1942 gemacht, bis meine Frau und dann ich verhaftet wurden und wir ins KZ kamen. In dieser Zeit wurden auch die Ariergesetze in der Tschechoslowakei herausgebracht, genauso wie in Deutschland, und es wurden aus der kleinen Slowakei über 100 000 Juden in die KZ's Auschwitz und Birkenau gebracht. In dem Transport, mit dem ich weggebracht wurde, waren 1000 Menschen, von denen nur 17 nach 1945 wieder kamen.

Wurden Sie von einem Gericht verurteilt , wenn ja mit welcher Begründung, und worauf stützte sich das Urteil?

Nein ich wurde überhaupt nicht verurteilt, man hat uns alle nach einen kurzen Verhör einfach in den Transport nach Auschwitz gesteckt.

In welchen KZ's waren Sie?

Ich kam am 17. November 1942 nach Auschwitz, dort war ich bis zum 15. Dezember. Dann kam ich nach Birkenau, und in Birkenau war ich bis März 1944. Von dort kam ich als Drukker nach Sachsenhausen in das Sicherheitskommando, wo wir u.a. Geld fälschen mußten. Im Januar 1945 wurde alles nach Mauthausen »evakuiert«, Maschinen und Menschen, weil die Rote Armee schon vor Berlin stand. Dort befanden wir uns isoliert von der SS und den anderen Gefangenen und hatten nur Kontakt mit dem Sicherheitsdienst. Von dort sollten wir in die Festung gebracht werden, wo die V-1 gebaut wurde, und die letzte Schlacht stattfinden sollte. Im Lager Mauthau-

»Des Teufels Werkstatt«, Zeichnung eines Häftlings



sen hat man uns nach Redlsiep gebracht, und wir mußten die ganzen Maschinen wieder aufbauen. Dann kam der 1.Mai, wo wir gelesen haben, daß Hitler an der Spitze seiner Armee den Heldentod gestorben sei und wir wußten, daß dies unser Tod sein sollte. Am 4. April wurden wir von Redlsiep zum KZ Ebensee gebracht, das letzte KZ, das noch nicht befreit worden war, dort sollten wir in den Stollen liquidiert werden. Doch Hauptsturmführer Werner hatte keine LKW's mehr, womit sie uns in den Stollen hätten bringen können. Zu der Zeit hörte die SS, daß die Alliierten nur 15 km von Ebensee entfernt waren und wir sahen, wie die Herrenmenschen in Zivil mit ihren Koffern wie die Hasen wegliefen. Da dachten wir, jetzt ist alles zu Ende, denn wir waren das größte Staatsgeheimnis des 3.Reiches. Denn nur Hitler, Himmler, Kaltenbrunner, Heydrich und ca. 20 Personen vom Sicherheitsdienst (SD) bzw. die Leute, die uns bewacht hatten, wußten von dem Projekt, an dem wir gearbeitet hatten. Doch das war für uns die Befreiung, denn wir kamen in ein »normales« Lager und wir konnten uns unter 16 000 Häftlinge mischen. Am 5. Mai waren wir schon befreit, denn die Häftlinge waren schon bewaffnet, als die Amerikaner am 7. Mai einmarschierten.

Haben Sie ungefähr einen Überblick, wieviel Falschgeld gedruckt worden ist?

Also schauen Sie, was das jugoslawische Geld betrifft, habe ich mehrere Hunderttausende gedruckt. Danach habe ich die Pfund-Sterling gedruckt und nach den Aufzeichnungen von Ingenieur Stein, der die Buchführung geleitet hatte, wissen wir genau, daß 1.003.400 Pfund Sterling gedruckt wurden. Das war so schrecklich viel. Nachdem wir den Engländern, Amerikanern und den Sowjets nach dem Krieg gesagt haben, was wir machen mußten, daß wir z.B. Pässe gefälscht haben, womit die Nazis auf ihrer Fluchtroute Spinne-Odessa flüchten konnten und, daß das ganze englische Geld so gut gefälscht war, daß sie es nicht erkennen konnten, so mußten sie bis auf die 5 Pfund-Noten alles für ungültig erklären und neu drucken. Dieses Geld läuft bis heute noch.

Wie haben sich die »normalen« Aufpasser den Gefangenen gegenüber verhalten?

Also, die SS hat sich nach dem Bestimmungen, die gegeben waren, verhalten. In Birkenau, Auschwitz und Mauthausen in den Vernichtungslagern wurden täglich Menschen von der SS erschlagen.Aber in Sachsenhausen war eine ganz andere SS, denn Krüger und Werner hatten nur ein einziges Ziel, die 142 « Toten auf Urlaub«, die mußten in so einer guten Verfassung sein, daß sie arbeiten konnten. Deshalb wurden wir bevorzugt behandelt, weiße Bettwäsche, Zeitungen, Brot, Suppe soviel wir wollten und selbst eine Tischtennisplatte hatten wir, wo ich mit dem SS-Mann Werner selbst Tischtennis gespielt habe. Obwohl ich Jude bin. Krüger, der einmal in der Woche zu uns kam, um Geld abzuholen, verteilte sogar Zigaretten unter uns, obwohl er ein SD bzw.SS-Mann war, aber er hat auch gesagt, wenn das oder dies nicht gemacht wird, dann erschieße ich vier Leute, in ganz ruhigem Ton.

Haben Sie gesehen, wie Menschen vergast bzw. getötet wurden?

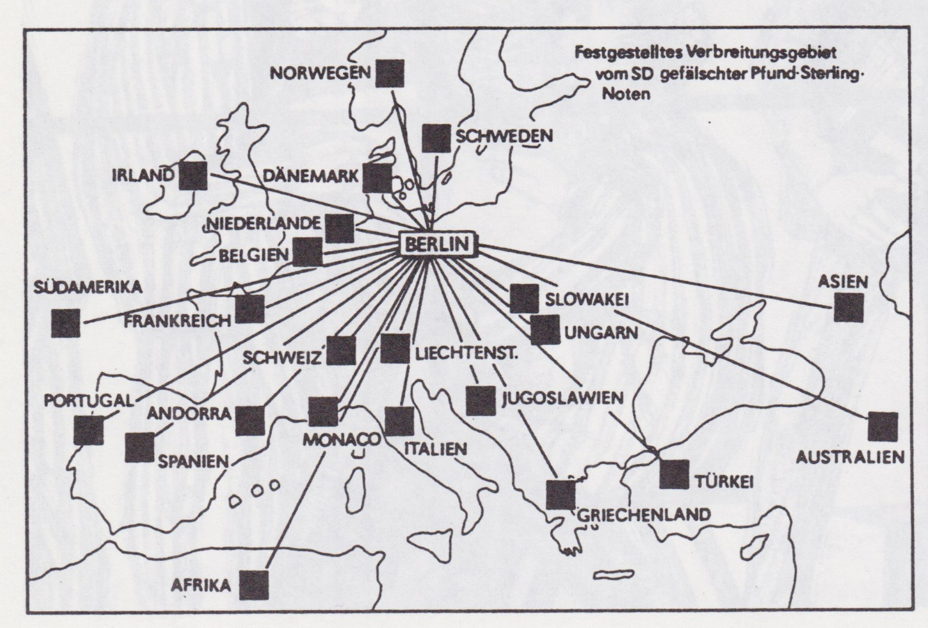
Ich habe bei meinen 1.Arbeitskommando gesehen, wie jemand von SS-Wärtern erschossen wurde, der sich bei der Arbeit eine Steckrübe zum Essen eingesteckt hatte.

Was halten Sie davon, daß es nach so langer Zeit noch NS-Verfahren gibt?

Ich möchte so sagen, man hat versucht zu erklären, auch sehr intensiv vor ein paar Jahren zu erklären, daß diese Morde in den KZ usw. verjährt sind, aber die Weltmeinung (internationaler Druck) war so groß, daß Deutschland das nicht machen konnte, und ich glaube es ist für jeden, der in einem Prozeß sitzt und von einem authentischen Zeugen hört, wie es damals war, daß dieses das Beste ist, daraus zu lernen. Und wenn ein Richter in einen Prozeß 30, 40, 50 Zeugen anhört, und die erzählen, wie es früher war, dann ist das für ihn die beste Schule, die dieser Richter bekommen kann.

Was haben Sie danach erlebt, konnten Sie sich ein »normales« Leben wieder aufbauen, wie haben Sie die Erlebnisse des »3.Reichs« verarbeitet bzw. verdrängt - geht das überhaupt?

Der Gedanke in mir, der mich getrieben hat auszuhalten und zu überleben schon in Auschwitz-Birkenau bei den Aufräumkommandos, war der, daß ich erzählen wollte, wozu diese Faschisten fähig waren. Man muß es so sehen: Wenn jemand, der noch nie politisch gearbeitet hatte, in ein KZ kam und keine eindeutige Einstellung hatte, der konnte dies alles nicht aushalten. Ich wußte, warum ich dort bin und wußte, was ich will und ich glaube, der Wille ist in so einer Situation, wo man tagtäglich so grausame Sachen erleben mußte, schrecklich wichtig. Das war bis '44, bis ich in das Sonderkommando kam, immer der wichtigste Grund. Nach der Befreiung holte ich mir auch direkt einen Photoapparat und photographierte das, was ich erlebt hatte. Nachdem ich wieder nach Prag gekommen war ,ging ich direkt wieder in die Kommunistische Partei und danach zur Kriminalpolizei und sagte aus, was ich über die Geldfälschung wußte. Da ich nicht Tschechisch konnte, ging ich zu zwei Schriftstellern und habe denen meine Erlebnisse diktiert und im September 45 kam schon die 1. Broschüre heraus, die hieß » Der Häftling 64 401 spricht«. Das war ein dünnes Heft, in dem ich über die Ereignisse in Auschwitz-Birkenau berichtete. Danach wollte ich mit keinen Menschen mehr darüber sprechen, auch mit meiner Frau nicht, bis zu diesem Jahr, wo das Flugblatt von den Nazis auftauchte, die 10 000 Mark Belohnung bezahlen wollten für jeden, der beweisen kann, daß Menschen in deutschen KZ's ver-



gast wurden. Danach habe ich wieder angefangen zu recherchieren und habe mein erstes Buch herausgebracht, damit keiner auf die Neonazis hereinfallen kann, und ich sehe es jetzt als meine Aufgabe an, die Jugend zu warnen und werde 1992 ein Heft herausbringen, das für alle ist, wo drinsteht wie es war.

Was können Sie zu der Entwicklung sagen, daß es heutzutage Menschen (Nazis) gibt, die leugnen, daß Menschen in KZ's vergast wurden?

Die Neonazis haben nicht nur dieses Flugblatt herausgebracht, sondern ganze Bücher über die »Auschwitzlüge«, und die glauben so wie früher Goebbels, wenn man dreimal lügt, dann wird es zur Wahrheit. Dagegen kann man nur kämpfen und das ist der einzige Weg.

Was halten Sie von dem neuen Nationalismus, der in vielen Ländern wieder »hochkommt«?

Ich erkläre mir die Sache ganz logisch und einfach. Ich bin heute 74 und ich wurde 1942 von einem 26-27jährigen verhaftet. In Auschwitz hat mich ein 21jähriger geschlagen oder er hat die Leute in das Gas getrieben. Ich lebe und die leben auch. In der Tschechoslowakei und in der DDR war die Propaganda verboten und unter Gesetz gestellt und wurde auch bestraft. Heute im Rahmen der neuen Demokratie ist »alles« erlaubt. Das bedeutet: Die, die damals noch Angst hatten Propaganda zu machen, trauen sich heute wieder zu sprechen und kriechen jetzt wieder raus.

Sehen Sie eine Gefahr darin, daß die Nazis durch die Demokratie wieder eine Chance bekommen?

Bestimmt ist es eine Gefahr, weil sie die Seele der jungen Menschen vergiften und es müßte in jeder Demokratie unter Gesetz stehen, und wenn das nicht geschieht, wird ein großer Teil der Jugendlichen und Arbeitslosen darauf hereinfallen, wenn jemand sagt »Du bist arbeitslos, weil hier Zigeuner sind, Fremde hier arbeiten und Juden hier leben«, also diese Leute werden ein Nährboden dafür sein, daß sie unter diesen Parolen gegen die Regierung gehen werden. Das ist immer eine Gefahr, daß wo sie auftauchen, die Umgebung, das Leben und unsere Jugend vergiftet werden soll, und dagegen muß man kämpfen, das habe ich mir zur Aufgabe gestellt. ■



Häftling Nr. 79 161, Adolf Burger, 1944 in der Fälscherwerkstatt

Die SS heute:
»Der Stoßtrupp für ein neues Europa«
vom Aussterben bedroht?

SS-Traditionspflege in den USA: In Chicago am 25. Oktober 1980

Ausgehend von einer Mitgliedsliste des KAMERADENWERK »KORPS STEINER« recherchierte die antifaschistische Zeitung Searchlight in mehreren europäischen Ländern. Das Infoblatt hatte sich daran beteiligt. An diesem Kameradenwerk läßt sich die Geschichte der SS, ihre Traditionspflege und das Fortbestehen einer SS- Struktur beispielhaft nachvollziehen. Es ist nicht nur ein Geselligkeitsverein ewiggestriger Greise, sondern verfügt über seine in der ganzen Welt verstreuten Mitglieder über ein internationales Kontaktnetz und ist im Rahmen des SS-Traditionsverbandes HIAG Bestandteil der faschistischen Nachkriegsstruktur.

Der Soldatenfriedhof in Halbe bei Berlin ist dabei, ein weiterer Wallfahrtsort der faschistischen Szene zu werden. Unter den 20.000 Soldaten, die noch in den letzten Schlachten in den Tod getrieben wurden, befanden sich zahlreiche Angehörige der Waffen-SS. Dies war kein Grund für die Vertreter des Verteidigungsministeriums, diesen Friedhof nicht im November letzten Jahres mit einer offiziellen Zeremonie aufzuwerten. Bundeswehrsoldaten gaben ein malerisches Bild ab, wie sie vor niedergelegten SS-Kränzen strammstanden. Die Veranstaltung am Nachmittag, angemeldet von der DEUTSCHEN KULTURGEMEINSCHAFT, war geprägt von dem Auftreten der jungen Naziszene aus der BRD wie WIKING JUGEND, FAP und NF.

Der Kranz mit der Schleife »Für die gefallenen Helden Europas« war schon morgens vor dem Bundeswehrauftritt vom Kameradenwerk »Korps Steiner«, das in Berlin auch noch über einige Mitglieder verfügt, abgelegt worden.

Das III. GERMANISCHE PANZERKORPS des SS-Generals Felix Steiner umfaßte verschiedene SS-Divisionen und war (mit deren Überresten) noch an den letzten Gefechten um Berlin beteiligt. Steiner war nach dem Krieg einer der Hauptpropagandisten des Märchens von der Waffen-SS als »viertem regulären Wehrmachtsteil«. Das Internationale Militärtribunal von Nürnberg kam in seinem Urteil zu einer völlig anderen Aussage. Es definierte die SS in ihrer Gesamtheit als verbrecherische Organisation und schloß darin ausdrücklich die Mitglieder der Waffen-SS und die der verschiedenen Polizeieinheiten, die der SS unterstanden, mit ein.



Diese SS-Verherrlichung erschien 1991 in einer belgischen Zeitung für ehemaalige Ostfrontkämpfer als Titelblatt. Der Heraausgeber der Zeitung kommt aus dem Umfeld der neofaschistischen Organisationa »Vlaams Blok«.

Was war die Waffen-SS?

Bereits Mitte der zwanziger Jahre wurde begonnen, eine von der Massenorganisation SA getrennte Eliteeinheit der NSDAP zu schaffen. 1925 noch unter dem Namen »Stoßtrupp Adolf Hitler«, wurde sie schon bald in »Schutzstaffeln« umbenannt. Bei der Liquidierung der SA-Führung (sog. Röhm-Putsch 1934) und der erbarmungslosen Verfolgung der antifaschistischen Kräfte tat sich die SS hervor. 1938 ordnete Hitler die Aufstellung von SS-Einheiten als »Verfügungstruppen« an, als eine bewaffnete Formation, die im Kriegsfall entweder im Rahmen des Heeres oder bei Bedarf im Innern eingesetzt werden. Nach Hitlers Vorstellung sollten sie mit der im Krieg erworbenen Autorität dann als »Staatspolizei« im Innern verwendet werden. Verhindert werden sollte, daß Wehrpflichtige der Armee bei *»kritischen Lagen im Innern gegen eigene Volksgenossen«* vorgehen müssen, so wird Hitlers Position in einem NS-Dokument festgehalten. Als Belohnung sollten die Waffen-SS'ler nach Beendigung der Dienstzeit Bauernhöfe im Osten zur Verfügung gestellt bekommen - nach entsprechender Entvölkerung der Gebiete. *»So entsteht im Osten durch die SS-Kameraden der Front ein neues deutsches Bauerntum, ein lebendiger Ostwall, dessen Stärke und innere Sicherheit die Wehrbauern der SS garantieren«*, verkündete der »Reichsführer SS« Himmler.

Hitler mit SS-Obergruppenführer General Felix Steiner (Mitte) und Leon Degrelle, Kommandant der Panzerbrigade »Wallonien« rechts)

Als »Stoßtrupp für Europa« wurden die Waffen-SS'ler nach »rassischen« und körperlichen Gesichtspunkten ausgesucht, mit einer gründlichen weltanschaulichen Schulung versehen und auf Hitler persönlich vereidigt. Die Wehrmacht wehrte sich gegen eine militärische Parallelstruktur der SS, die SS-Divisionen unter der Führung von eigenen SS-Führern beinhaltete. Doch Himmler setzte sich durch. Die SS-Divisionen wurden zwar insofern in die Wehrmachtsstruktur eingebunden, als sie taktisch der Kriegsführung des Oberkommando des Heeres unterlagen, jedoch disziplinarisch und politisch waren sie der SS-Führung und damit der NSDAP bzw. Hitler persönlich unterstellt. Am Ende des Krieges kam die Waffen-SS auf eine Stärke von 38 Divisionen mit ca. 600.000 Mann. Insgesamt dürften ihr knapp eine Mil-

lion angehört haben. Der Einfluß der Waffen-SS hatte bis 1944 so stark zugenommen, daß die Wehrmacht wesentliche Zuständigkeiten an den »Reichsführer SS« abgeben mußte: die Abwehr, den Befehl über das Ersatzheer und das Kriegsgefangenenwesen.

Die verlustreiche Kriegsführung in der Sowjetunion hatte eine umfangreichere Rekrutierung notwendig gemacht. Hitler gestattete Ende 1941 die Teilnahme ausländischer Freiwilliger »im Kampf gegen den Bolschewismus«, sie mußten nur »nordischen Blutes« sein. So wurden erste solcher Freiwilligen-Legionen aus Skandinaviern, Holländern, Belgiern und Franzosen gebildet, die dann in die SS-Divisionen wie die »Wiking« (unter dem Kommando des Felix Steiner) überführt wurden. Das von Steiner ab 1942/43 geleitete III. Germanische SS-Panzerkorps hatte einen hohen Anteil dieser europäischen Freiwilligen, was der HIAG den Anlaß gab, die Mordpolitik der Waffen-SS als einen Kampf europäischer Nationen gegen den Kommunismus darzustellen.

Doch nicht diese SS-Freiwilligen, auch nicht die in den letzten Kriegsjahren zu SS-Divisionen eingezogenen Wehrpflichtigen machen das Wesen der Waffen-SS aus. In welches überfallene Land wir auch schauen, der Namen der Waffen-SS wird für die Menschen dort immer mit Mord und Massakern verknüpft sein. Vier aus Waffen-SS, Sicherheitsdienst und Sicherheitspolizei zusammengesetzte EINSATZGRUPPEN waren für die flächendeckenden Massaker in den Ländern Osteuropas verantwortlich. Diese mobilen Mordmaschinen sollten im Rahmen der Aufstandsbekämpfung gleich noch die Vernichtung der vom NS-Regime unerwünschten Bevölkerungen betreiben. Beteiligt an dieser Ausmerzungspolitik waren »Volksdeutsche« aus den osteuropäischen Ländern, die ab 1942 in die Waffen-SS rekrutiert und zum Teil auch gepreßt wurden. Auch sie wurden mit den Sondereinheiten zur »Bandenbekämpfung« hinter der Front eingesetzt. Die Führer der in den besetzten Gebieten operierenden Polizeieinheiten konnten übrigens jede verfügbare militärische Einheit für ihren Kampf anfordern, sowohl Wehrmachtseinheiten wie Waffen-SS. Da diese Operationen oft nichts anderes als Massenexekutionen der jüdischen Bevölkerung bedeuteten, wurde in der Regel die Waffen-SS bevorzugt. Die Unterscheidung zwischen den speziellen Vernichtungskommandos und den aus dem Feld abgezogenen Waffen-SS-Einheiten verschwamm dabei zusehends.

Immerhin knapp 35% des Personals der Einsatzgruppen stellte die Waffen-SS. Bevor die Nazis die Ausrottung fabrikmäßig betrieben, spielten diese mobilen Massenmordkommandos eine zentrale Rolle in der NS- Vernichtungspolitik. Der Leiter der Einsatzgruppe D, OTTO OHLENDORF, konnte nach einem Jahr seiner Aktivitäten auf 90.000 ermordete Menschen verweisen. Als die JüdInnen in die Vernichtungsfabriken verschleppt wurden, wartete die Waffen-SS in Form der Wachmannschaften, um sie in den Tod zu transportieren. Auch wenn es die HIAG immer wieder leugnet, die Wachmannschaften waren Teil der Waffen- SS. Sie trugen deren Uniform und hatten deren Soldbücher. Während des Krieges fand ein ständiger







Von oben nach unten: Felix Steiner, Joseph Dietrich und Paul Hausser

Personalaustausch zwischen den Feldeinheiten der Waffen-SS und den Einheiten aus den KZs statt. Fast alle der berüchtigsten KZ-Kommandanten waren Angehörige der Waffen-SS, so RUDOLF HÖSS (Auschwitz), JOSEPH KRAMER (Bergen-Belsen) oder ARTHUR LIEBEHENSCHEL (Maidanek).

Das Waffen-SS-KOMMANDO DIRLEWANGER, ab 1944 lief es als die 36. Waffengrenadierdivision der SS, trieb es mit seiner Brutalität so weit, daß selbst höhere SS-Offiziere seine Abberufung forderten. Diese aus Kriminellen aus den KZs und verurteilten Waffen-SS'lern zusammengesetzte Einheit konnte sich in ihrer Bestialität mit den Einsatzgruppen messen.

Doch auch die Namen der übrigen Waffen-SS-Divisionen stehen für die Ermordung von BewohnerInnen besetzter Gebiete und Massaker an Kriegsgefangenen. Wir wollen nur einige wenige erwähnen. Ein Teil der verantwortlichen Waffen-SS-Führer begegnet uns nach dem Krieg wieder in leitender HIAG-Position (es empfiehlt sich beim Lesen, sich die Namen zu merken).

● Im Mai 1940 wird während eines Rückzuges bei Dünkirchen eine Gruppe kanadischer und britischer Soldaten festgenommen, in eine Scheune getriebe, die angezündet und unter Maschinengewehrfeuer genommen wird. Das Kommando über diese SS-Truppe hatte General WILHELM MOHNKE, Angehöriger des Kameradenwerk »Steiner Korps«.

● 600 galizische Juden werden in einer »Vergeltungsaktion« von der SS-Division »Wiking« umgebracht (Divisionskommandeur zu der Zeit: FELIX STEINER).

● Die »Leibstandarte Adolf Hitler« bringt als Vergeltung für sechs getötete SS-Soldaten 4000 Menschen innerhalb von drei Tagen um (Divisionsführer: SEPP DIETRICH).

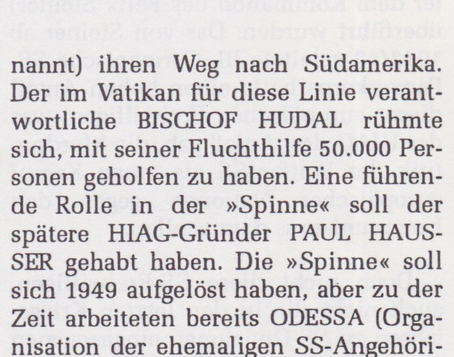
● Teile der Divison »Das Reich« sind an der Erschießung von 920 JüdInnen in Minsk beteiligt. »Das Reich« ist verantwortlich für das Massaker in Oradour-sur-Glane.

● Das Abschlachten der Bevölkerung des Warschauer Ghettos im April und Mai 1943 leitete der Brigadeführer der Waffen-SS Jürgen Stroop; die Befehle für die Zerstörung gab der Waffen-SS-General PAUL HAUSSER.

● Im Sommer 1944 erschießen Angehörige der 12. SS-Panzerdivision »Hitlerjugend« 64 unbewaffnete kanadische und britische Kriegsgefangene (Divisonskommandeur: KURT MEYER »Panzermeyer«).

Das Nachkriegsnetz der SS





Es ist schwierig, Verbrechen des NS-Regimes während des Krieges aufzutun, die nicht in irgendeiner Weise mit der Waffen-SS verknüpft sind. Die SS hatte sich den politischen Zielen der NSDAP verschrieben und war schon per Statut eine verbrecherische Organisation, von der das Nürnberger Tribunal zu Recht keinen Teil ausnahm. Doch die Bilanz der Rechtsprechung sieht anders aus: Von den zig tausenden Mitgliedern der Mordkommandos wurden nur 24(!) verurteilt. 14 Todesstrafen wurden ausgesprochen, von denen vier ausgeführt wurden. Die restlichen erhielten langjährige Freiheitsstrafen, die in den wenigsten Fällen abgesessen werden mußten. Der Kalte Krieg brachte den meisten inhaftierten Naziverbrechern schon bald wieder die Freiheit.

Der SS-General Felix Steiner, der mit den Resten seines III. Germanischen Panzerkorps noch die letzten Schlachten um Berlin mitfoch, hätte am Ende des Krieges lieber – wie sein Vorgesetzter Himmler – die SS-Divisionen den westlichen Alliierten überführt, um gemeinsam den Krieg gegen die Sowjetunion fortzusetzen. Gegenüber DEGRELLE, der die belgischen und französischen Freiwilligen anführte (und heute noch im internationalen Faschistennetz aktiv ist), regte er Anfang April 1945 an, die vorrückenden westlichen Alliierten in großer Schrift mit einem »Hier ist die antisowjetische Front« zu empfangen.

»Der Freiwillige«, das Organ der HIAG



Doch ein bißchen mußten sich die Herren führenden SS'ler noch gedulden. Steiner verbrachte drei Jahre in englischer Kriegsgefangenschaft. Sicherlich nicht der schlechteste Ort für ihn, wo er z.B. nicht nach der Ermordung von 600 galizischen Juden im Sommer 1941 durch seine ihm unterstellte SS-Division »Wiking« befragt wurde. Interessant zu wissen wäre auch, ob den Engländern zu der Zeit bereits bekannt gewesen war, daß die Dienststelle des NS-Falschgeldvertreibers FRIEDRICH SCHWEND in Italien als eine Stelle des Steiner- Korps geführt wurde, nämlich als »Sonderstab - Generalkommando III. Germanisches Panzerkorps« und von Steiner-Soldaten bewacht wurde. Immerhin hatten die Nazis mehr als 40% der englischen Pfundnoten von KZ-Häftlingen fälschen lassen (siehe das Interview mit Adolf Burger in diesem Heft).

Gleich nach Kriegsende begannen die SS'ler unter den Augen der westlichen Alliierten und - wie mittlerweile bekannt ist - zum Teil tatkräftiger Hilfe westlicher Geheimdienste die Flucht hochkarätiger Kriegsverbrecher zu organisieren und die Infrastruktur für den Kampf um ein »Europa von morgen« zu schaffen. Zu diesem Zweck wurden in den folgenden Jahren eine ganze Reihe von illegalen und legalen Organisationen ins Leben gerufen. Die Nazi-Fluchtorganisation »DIE SPINNE« schleuste mit Hilfe ihres internationalen Netzes massenweise NS- Kader aus Deutschland und dabei nicht zuletzt aus alliierten Gefangenenlagern heraus. Massenmörder wie EICHMANN und MENGELE fanden über die »VATIKANLINIE« (auch »Rattenlinie« genannt) ihren Weg nach Südamerika. Der im Vatikan für diese Linie verantwortliche BISCHOF HUDAL rühmte sich, mit seiner Fluchthilfe 50.000 Personen geholfen zu haben. Eine führende Rolle in der »Spinne« soll der spätere HIAG-Gründer PAUL HAUSSER gehabt haben. Die »Spinne« soll sich 1949 aufgelöst haben, aber zu der Zeit arbeiteten bereits ODESSA (Organisation der ehemaligen SS-Angehörigen) und andere Geheimbünde.

Generalleutnant v. MANTEUFFEL führte die »BRUDERSCHAFT« an, die zahlreiche Offiziere der SS-Division »Großdeutschland« und der SS-Polizei Himmlers aus allen vier Besatzungszonen umfaßte. Vier Jahre reichten aus, um eine zwei Divisionen umfassende Geisterarmee aufzustellen. Adenauer lehnte es jedoch in einem Geheimtreffen mit v.Manteuffel ab, diese Divisionen als Kern für eine zukünftige deutsche Armee zu übernehmen. Die »Bruderschaft« wurde später als »NAUMANN-KREIS« zur Unterwanderung der bürgerlichen Parteien, vor allem der FDP, weitergeführt.

Die ODESSA führte setzte das Herausschleusen der von Gefängnis bedrohten Nazi-Verbrecher fort. Über ihre guten internationalen Kontakte konnte sie z.B. aus Argentinien echte Pässe mit gültigen Personenkennziffern besorgen. Mit der Gründung der EUROPÄISCHEN NEUEN ORDNUNG (ENO) wurde ODESSA Teil einer »schwarzen Internationale«. Die in verschiedene Länder verstreuten alten SS'ler erwiesen sich dort oft als wichtige Stützen beim Aufbau faschistischer Strukturen. In Spanien wirkte DEGRELLE am Aufbau des ENO-Ablegers CEDADE. Aber auch um die Etablierung der SS im öffentlichen Leben der BRD kümmerte sich die ODESSA:

Unter dem ODESSA-Beauftragten RICHARD SCHULZE-KOSSENS (bis zu seinem Tod 1988 war er Mitglied des Steiner-Kameradenwerks) entfaltete sich 1951 innerhalb von wenigen Wochen ein HIAG-Netz mit 376 Gruppen. Zu HIAG-Treffen in Hamburg allein kamen schon bis zu 1.700 Mitglieder. Unter dem Deckmantel der »Kameradensuche« stand der ODESSA ein weitflächiges Kontaktnetz zur Verfügung.

In der Öffentlichkeit hat die HIAG immer wieder versucht, den Namen der Waffen-SS von den Verbrechen der Nazis abzukoppeln. Sie stellen sich immer wieder als »normale Soldaten« dar, als »europäischen Stoßtrupp gegen den Kommunismus«. Es reicht ein Blick auf das erste 3er-Leitungsgremium der HIAG, um festzustellen, daß sie kein Geselligkeitsverein normaler Soldaten ist. FELIX STEINER führte seine Militaristenkarriere, die er im I.Weltkrieg begonnen hatte, in die Waffen-SS. Die letzten 2 1/2 Kriegsjahre befehligte er das von SS- Soldaten gebildete III. Germanische Panzerkorps. HERBERT GILLE, SS-General, führte nach Steiners Wechsel zum Germanischen Korps die SS-Division »Wiking«, als deren Kommandeur er den größten Teil seiner Kriegsverbrechen beging. Gille gehörte zu den engsten Vertrauten Hitlers und Himmlers beim Aufbau der Waffen-SS. Beim Überfall auf Polen war Gille bereits Kommandeur des Artillerieregiments der Waffen-SS. Der dritte im Bunde, PAUL HAUSSER, hatte als einer der Hauptorganisatoren der Waffen- SS ein ähnlich enges Verhältnis zu Hitler und Himmler wie Gille. Hausser leitete die SS-Junkerschule in Braunschweig. 1936 wurde er von Himmler zum Inspekteur der SS-Verfügungstruppe ernannt. Es war Hausser, der bei dem Niedermetzeln der Bevölkerung des Warschauer Ghettos im April und Mai 1945 den Befehl zur Zerstörung gab. Etliche Länder West- und Osteuropas, auch die Sowjetunion, machten die blutige Bekanntschaft mit seinen SS-Divisionen .Seine Einheiten »Leibstandarte Adolf Hitler«, »Das Reich« und »Totenkopf« führten die »Taktik der verbrannten Erde« in Osteuropa besonders rücksichtslos durch. Am Schluß leitete er die Heeresgruppe G.

Die in der HIAG vereinigten »Traditionsverbände« entfalteten eine rege Aktivität. Schon bald gehörte es zum Alltag, daß Vertreter der bürgerlichen Parteien, inkl. der SPD, an den Treffen der SS'ler teilnahmen und Sympathiebekundungen für die »tapferen Soldaten« abgaben. Mit der Existenz der Bundeswehr entwickelten sich eine Menge Querverbeziehungen bzw. konnten alte weiter genutzt werden. Schon 1950 hatte sich der FDP-Abgeordnete Mende mit Erfolg im Bundestag für die Auszahlung der Renten an SS-Angehörige stark gemacht. Die Waffen-SS wurde damit statt zu einer Gliederung der NSDAP zu einem Teil des öffentlichen Dienstes erklärt. Die Rentenansprüche der SS-Berufssoldaten wurden anerkannt und später wurden auch noch die (freiwilligen) Dienstzeiten der SS-Verfügungstruppe, die Vorläuferin der Waffen-SS, nachversichert. Vor dem letzten Schritt, auch noch die Zeiten in den Totenkopf-Wachverbänden, die die Vernichtung in den KZs besorgten, nachzuversichern, schreckte der Bundestag allerdings zurück. Für die Bundeswehr erließ der Personalgutachterausschuß im Bundestag die Richtlinien, wonach ex-Waffen-SS'ler bis zum Sturmbannführer (Oberleutnant) aufwärts unter Anerkennung ihres früheren Dienstgrades in die Bundeswehr aufgenommen werden durften. 1959 war die SS so weit in die BRD-Gesellschaft integriert, daß sich die HIAG von »ihrer Hilfe auf Gegenseitigkeit« unverblümt in den »BUNDESVERBAND DER EHEMALIGEN WAFFEN-SS« umbenennen konnte.

Halbe 1991: Ehrung der SS-Division »Wiking« der SS-Genräle Steiner und Gille



KURT MEYER, von seinen Kameraden »PANZERMEYER« genannt, prägte 1959 als HIAG-Sprecher den Ausspruch: *»Wir wollen über die Vordertreppe in den Staat.«* Dies ist längst geschehen, und die HIAG vergißt seitdem auch nicht, in ihren Veröffentlichungen darauf zu pochen, wie sehr sie auf dem Boden der Verfassung steht. Die Anerkennung als gemeinnützige Organisation konnte der HIAG-Bundesverband schon 1956 beim Finanzamt Hagen verbuchen.

Von den finanziellen Förderern wollen wir nur zwei Namen nennen. KURT A. BECHER, einer der Reichsten in Norddeutschland, wurde von uns bereits im Info Nr.8 beschrieben. In seiner Firma stolperte mensch nur so über ehemalige SS-Offiziere. Bechers Nazi-Karriere führte von Massakern in der Sowjetunion über die Plünderung des Warschauer Ghettos nach Ungarn, wo er die Aneignung ungarischer Konzerne organisierte und mit EICHMANN Menschenhandel mit bedrohten reichen Juden betrieb. Ein weiterer HIAG-Unterstützer, JOSIAS ZU WALDECK-PYRMONT (gest. 1967) war Hessens größter Grundbesitzer. Er wußte ebenso wie Becher seine Position in der NS-Zeit zum eigenem Vorteil zu nutzen. Er hatte dem Volksgerichtshof angehört und war als »Oberster Gerichtsherr« im KZ Buchenwald tätig. Mit Hilfe Himmlers konnte er durchsetzen, daß sein Großgrundbesitz zum »Erbhof« erklärt wurde, obwohl dies nach den Nazi-Gesetzen eigentlich nicht möglich war. Seinem Sitz Arolsen verschaffte zu Waldeck SS-Garnisonen, eine SS-Führerschule und ein Außenlager des KZ Buchenwald. AntifaschistInnen ist Arolsen als Ort von HIAG-Treffen ein Begriff. Nach dem Krieg erhielt der General der Waffen-SS zu Waldeck eine lebenslange Freiheitsstrafe, wurde aber schon bald begnadigt. Weiteren Verfahren anderer Schwerverbrechen aus der NS-Zeit entzog er sich mit ärztlichen Attesten.

Waldeck gehörte ebenso wie die späteren HIAG-Funktionäre SEPP DIETRICH und PANZERMEYER zu den Betreuten der »STILLEN HILFE«. Der spätere langjährige HIAG-Sprecher Panzermeyer war wegen der Ermordung von kanadischen Kriegsgefangenen zum Tode verurteilt worden und kam 1954 aus dem Zuchthaus Werl. Als »Spätheimkehrer« erhielt er eine Haftentschädigung von 4.800 DM. Mit der Gründung der »Stillen Hilfe« wurde ein Teil der Gefangenen- und Fluchthilfe der ODESSA legalisiert. Geschaffen wurde diese Gefangenenhilfe von Nazi-Offizieren, nach außen leitete die PRINZESSIN v. ISENBURG die Arbeit. Dieser »humanitäre« Verein konnte sich immer reichlicher Unterstützung aus bürgerlichen Kreisen sicher sein.

Die KAPPLER-Befreiung 1977 ist ein gutes Beispiel für das Zusammenwirken legaler und illegaler Ebenen der SS. Kappler, der einst als Gestapo-Chef in Rom wütete, wurde ebenso wie sein Mitgefangener in der italienischen Militärfestung WALTER REDER, ein österreichischer SS-Offizier, von der »Stillen Hilfe« umsorgt. Die Ehefrau KAPPLER-WENGER flog mindestens einmal wöchentlich nach Rom, aus Haushaltsmitteln des Bundesinnenministeriums finanziert, wie vom Deutschen Roten Kreuz eingestanden.

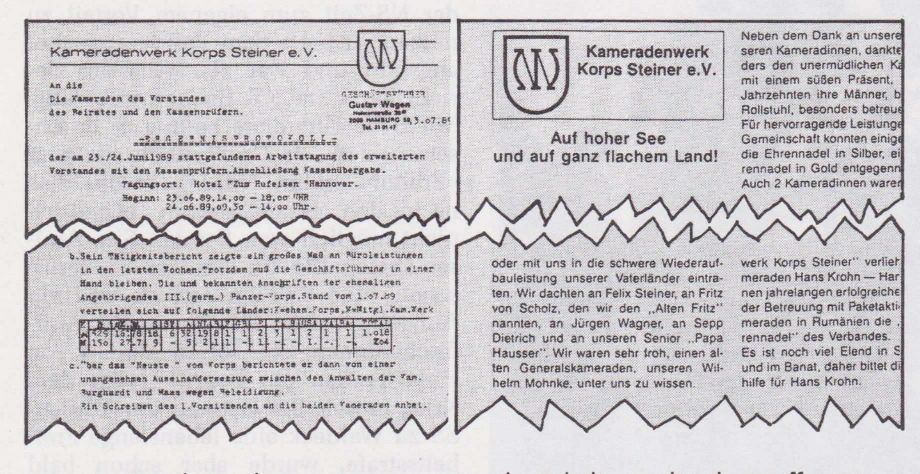
Kappler-Wenger war schon in ihren jungen Jahren aktive Mitarbeiterin der ODESSA. Sie stand inKontakt mit den HIAG-Mitgliedern JÜRGEN MARLOH aus Siegen und DIETRICH ZIEMSSEN, 1. Generalstabsoffizier der SS-Division »Leibstandarte Adolf Hitler« und ODESSA-Mann. Beide hatten 1955 das »KOMITEE FREIHEIT FÜR HERBERT KAPPLER« ins Leben gerufen, das für die Organisation der Befreiung Kapplers und seiner Flucht nach Soltau verantwortlich gewesen sein dürfte. Auf dem Siegener Konto des »Hilfskomitees« wurden Hunderttausende von DM gesammelt. Ziemssen hatte Kappler und Reder noch kurz vor der Befreiungsaktion besucht. Begleitet war er von RICHARD SCHULZE-KOSSENS, einer der »Steiner-Kameraden« und ODESSA-Kollege. Schulze-Kossens, der letzte Adjutant Hitlers, war auch letzter Kommandeur der SS-Junker-Schule in Bad Tölz gewesen und hatte dort gemeinsam mit Ziemssen den Führungsnachwuchs der SS ausgebildet. Noch in den 70er Jahren leitete Schulze-Kossens in Bad Tölz Konferenzen der früheren Teilnehmer der SS-Lehrgänge. 1976 waren z.B. 600 alte SS'ler zugegen.

Das »Kameradenwerk Korps Steiner«

In Halbe bei dem Aufmarsch zu den gefallenen SS'lern traten neben dem Steiner-Kameradenwerk noch andere Organisationen auf, die Teil des nach dem Krieg gesponnenen Netzes sind. Die WIKING JUGEND haben Führungspersonen der unterschiedlichsten Faschoorganisationen durchlaufen. Mit der Schaffung dieser Jugendorganisation 1952 wollten sich die Nazi-Kader nach dem Krieg faschistischen Nachwuchs sichern. Auch die Anmelderin der Veranstaltung, die DEUTSCHE KULTURGEMEINSCHAFT/DKG, (mehr siehe Info Nr.17), ist indirekt ein Kind der NS-Strategen. Die DKG wurde 1979 als Abspaltung des 1950 geschaffenen DEUTSCHEN KULTURWERKES EUROPÄISCHEN GEISTES (DKEG) gegründet. Auch zu REMTER, ebenso eine Schöpfung hochrangiger SS-Offiziere, verfügt das Steiner-Kameradenwerk über Querverbindungen. Regelmäßiger Versammlungsort des Steinerwerkes in Hamburg war das Remter-Restaurant am Holstenwall. Die Remterorganisation setzt sich vor allem aus Rechtsanwälten, Doktoren und Dozenten zusammen und versucht, ihren Einfluß in den Bereichen von Justiz, Wissenschaft und Kultur auszubauen. Es ist eine kleine, aber einflußreiche Organisation, die die Rolle eines Think Tanks spielt (Strategien und Ideologien entwickelt) und ihre Erfahrungen weitervermittelt.

Die Mitglieder des Steinerwerkes bilden ein Kontaktnetz, das sich über zahlreiche Länder erstreckt, hauptsächlich skandinavische sowie Holland und Belgien, aber auch Südafrika und die USA. Während sich die deutschen »Kameraden« sehr bedeckt halten, treten die aus anderen Ländern offener in neofaschistischen Zusammenhängen auf. In Holland sind eine ganze Reihe der Steiner-Kameraden im CONSORTIUM DE LEVENSBOOM der FLORIE ROST VAN TONNINGEN anzutreffen (sie ist eine wichtige Person im europäischen Faschistennetz, ihr Ehemann war Gründer der Nationalsozialistischen Niederländischen Arbeiterpartei). Andere Spuren führen zur NEDERLANDS VOLKS UNIE (Sekretär dort war ET WOLSINK, NSDAP/AO-Mitglied und internationaler Verbindungsmann der militanten Nazi-Szene), den CENTRUMSDEMOKRATEN und der VIKING JEUGD. In Norwegen sichert vor allem das INSTITUTT FOR NORSK OKKUPATIONSHISTORIE (INO) mit seinem Magazin FOLG OG LAND das Fortbestehen der Ideologie der Waffen-SS. In Schweden war das Umfeld der dortigen NationalsozialistischenArbeiterpartei (NSAP/SSS) das Rekrutierungsfeld für die Waffen-SS. So ist auch die Kontaktperson des Steinerwerks, STEN ERIKSSON, ein lange aktiver Nazi, Mitglied der NSAP/SSS gewesen.

Mehr im Hintergrund, aber eine bedeutendere Rolle spielt der Alt-Nazi Erik Wallin, der in Hägerstein, einem Stockholmer Vorort lebt. Wallin war ebenfalls NSDAP/SS-Mitglied und wird von Kennern der Szene auch bei der Sveaborg-Organisation angeseidelt. Die agierte bis Mitte der 50er Jahre im Rahmen des schwedischen Gladio-Ablegers. Seitdem hat Syeaborg immer wieder Hilfestellung bei der Gründung militanter Faschogruppen geleistet. Enge Kontakte von Leuten wie Wallin, von Waffen-SS- und Sveaborg-Mitgliedern, bestehen zur heutigen terroristischen Nazi-Szene. Einer davon war auf dem 1989er- Treffen anwesend: ERIK RUNDQUIST von der Terrorgruppe VAM (Weißer Arischer Widerstand), die bei ihrem Überfall auf ein Polizeirevier automatische Waffen erbeuteten (wir berichteten im Info dar-


Kameradenwerk Korps Steiner e.V.

An die
Die Kameraden des Vorstandes
des Beirates und den Kassenprüfern.

GESCHÄFTSFÜHRER
Gustav Wegen
2000 HAMBURG 50, 3.07.89
Tel. 31 01 47

-ERGEBNISPROTOKOLL-

der am 23./24.Juni1989 stattgefundenen Arbeitstagung des erweiterten Vorstandes mit den Kassenprüfern.Anschließeng Kassenübergabe.

Tagungsort: Hotel "Zum Hufeisen "Hannover.

Beginn: 23.06.89.14,oo - 18,oo UHR
24.06.89,09,3o - 14,oo Uhr.

b.Sein Tätigkeitsbericht zeigte ein großes Maß an Büroleistungen in den letzten Wochen.Trotzdem muß die Geschäftsführung in einer Hand bleiben. Die uns bekannten Anschriften der ehemaligen Angehörigendes III.(germ.) Panzer-Korps.Stand vom 1.07.89 verteilen sich auf folgende Länder:K=ehem.Korps,M=Mitgl.Kam.Werk

K	529	16	78	18	6	32	19	8	1	1	2	3	1	2	1	1	1.o18
M	15o	2	7	9	-	5	2	1	1	-	1	-	-	1.	-.	-.	Zo4

c.Über das "Neuste " vom Korps berichtete er dann von einer unangenehmen Auseinandersetzung zwischen den Anwälten der Kam. Burghardt und Maas wegen Beleidigung.
Ein Schreiben des 1.Vorsitzenden an die beiden Kameraden anbei.

Kameradenwerk Korps Steiner e.V.

Auf hoher See
und auf ganz flachem Land!

Neben dem Dank an unsere
seren Kameradinnen, dankte
ders den unermüdlichen K
mit einem süßen Präsent,
Jahrzehnten ihre Männer, b
Rollstuhl, besonders betreu
Für hervorragende Leistunge
Gemeinschaft konnten einig
die Ehrennadel in Silber, ei
rennadel in Gold entgegenn
Auch 2 Kameradinnen waren

oder mit uns in die schwere Wiederaufbauleistung unserer Vaterländer eintraten. Wir dachten an Felix Steiner, an Fritz von Scholz, den wir den „Alten Fritz" nannten, an Jürgen Wagner, an Sepp Dietrich und an unseren Senior „Papa Hausser". Wir waren sehr froh, einen alten Generalskameraden, unseren Wilhelm Mohnke, unter uns zu wissen.

werk Korps Steiner" verlieh
meraden Hans Krohn — Har
nen jahrelangen erfolgreiche
der Betreuung mit Paketakti
meraden in Rumänien die „
rennadel" des Verbandes.
Es ist noch viel Elend in S
und im Banat, daher bittet di
hilfe für Hans Krohn.

»Das Kameradenwerk Korps Steiner«, eine der Schaltzentralen der Waffen-SS in der BRD: Links einer Veröffentlichung von SS-Mitgliedern in England und den USA, rechts Erinnerungsschrift für General Mohnke.

über). Rundquist ist gerade Ende Mai dieses Jahres mit drei anderen VAM-Leuten in Upsala in einem LKW mit Waffen verhaftet worden.

In der HIAG gibt es Bestrebungen, den Bundesverband aufzulösen. Der langjährige Bundessprecher HUBERT MEYER, seit 1969 im Amt, beendete 1991 seine Arbeit im Bundesvorstand. Meyer, nicht zu verwechseln mit »Panzermeyer« oder dem Vorsitzenden des Steinerwerks Kurt Meyer, war Offizier der SS-Division »Leibstandarte Adolf Hitler« gewesen und ist auch heute Mitglied in der faschistischen LEAGUE ST. GEORGE in England. Die Überalterung der SS'ler macht es der HIAG schwer, ihre Vorstandsposten zu besetzen. Biologisch gesehen wird in den nächsten Jahren nicht allzuviel von dem »Stoßtrupp für ein Europa von morgen«, wie sich Steiner und seine Mannen gerne gesehen haben, übrigbleiben.Doch leider steht der Verlust ihrer Mitglieder in keinem Verhältnis zu dem, was ihre Ideologie mit dem Erstarken der neofaschistischen Bewegung in der BRD an Boden gewinnt. Das Steinerwerk und andere Gliederungen der HIAG wollen auch ohne Bundesvorstand weitermachen. Sie wollen an ihrer »Traditionspflege« festhalten, was nichts anderes bedeutet, als die Tradition der SS aufrechtzuerhalten, den Widerstandskampf gegen das NS-Regime in den Dreck zu ziehen und Identifikationsmuster für die jungen Neonazis zu bieten.

Das Steinerwerk und die HIAG sind eben nicht nur ein Geselligkeitsverein von verkalkten Tattergreisen - und deshalb sind Aktivitäten gegen ihre Treffen nach wie vor wichtig. Erfreulich ist, daß die Enthüllung des Steiner-Kameradenwerkes in der englischen Zeitung Searchlight im März einiges in Gang gebracht hatte. Searchlight hatte auch das für April '92 geplante Steiner-Treffen in Schleswig-Hostein bekannt gemacht. Nachdem sich eine antifa- schistische Öffentlichkeit – auch dänische und norwegische Medien äußerten sich – bemerkbar gemacht hatte, wurde das Hotel gekündigt und die »Kameradschaft« mußte das Treffen abblasen. Schön wäre es, wenn für einen Nazi-Aufmarsch in Halbe am kommenden Volkstrauertag im November das selbe gelten würde. ■

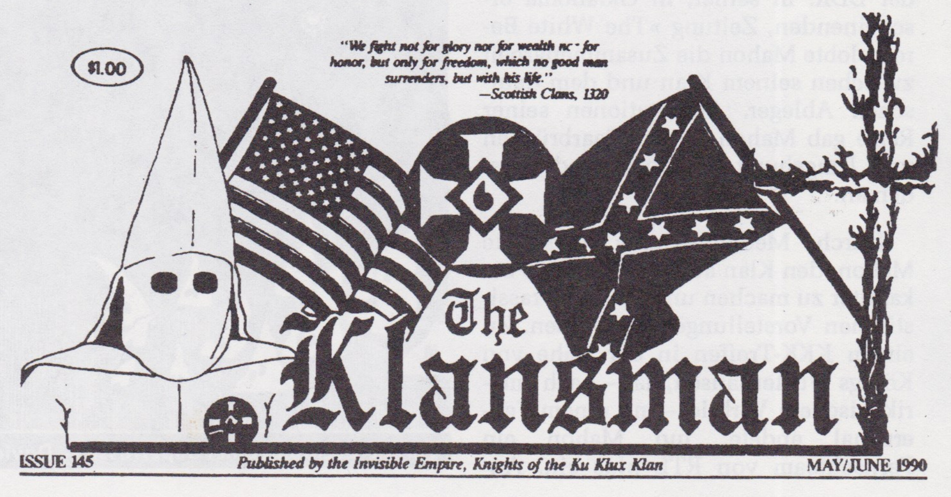


Nicht nur hierzulande nehmen die Aktivitäten des Ku-Klux- Klans zu. Für Neonazi-Führer Michael Kühnen waren die Klan- Aktivisten »Brüder«. Klan-Anhänger, die sich hauptsächlich aus der rechten Skinheadszene rekrutieren, werden von ihren Führern zu rassistischem Terror gegen AusländerInnen und Flüchtlinge aufgestachelt. Grund genug sich etwas genauer mit dieser Organisation zu befassen.

Der Geheimbund Ku-Klux-Klan (KKK) ist Mitte des 19.Jh. in den USA gegründet worden und versucht durch Mord und Terror die weiße Herrschaft aufrecht zu erhalten. Seine Opfer suchte der Klan zunächst unter Schwarzen und GegnerInnen der Rassentrennung. Zunehmend gesellten sich im Laufe der Jahre weitere Feindbilder hinzu: Juden, Latinos, Asiaten, Linke, Homosexuelle und Katholiken. Nach dem zweiten Weltkrieg zerfiel der zuvor zentral gesteuerte KKK in zwei Dutzend Einzelklans, die z.T. untereinander konkurrieren. Seit den sechziger Jahren lebt der KKK wieder auf.

Als mitgliederstärkste Gruppen gelten das »Invisible Empire« und die »Knights of the Ku Klux Klan«. »Invisible Empire« (das »Unsichtbare Reich«) hat aktive Untergruppen in Großbritannien, Kanada, Frankreich und Australien. Dennis Mahon, der im letzten Jahr auf Besuch seiner Anhängerschaft durch die BRD tourte (siehe Info NR.17), ist der Führer der KKK-Organisation »White Knights of the Ku-Klux-Klan«, die in den US-Bundesstaaten Missouri und Oklahoma aktiv ist und dort über beste Kontakte zur Neonazi-Szene verfügt. Die Gesamtmitgliederstärke des KKK wird in den USA auf 6000-8000 geschätzt, die Sympathisantenszene soll noch mal das 30fache betragen. Starken Rückhalt hat der Klan auch in Polizei und Militär.

Der ehemalige Anführer (»Grand Wizard«) der Knights of the Ku Klux Klan, David Duke, der sich zum Wortführer der faschistischen Rechten in den USA entwickelt hat, trat im März zu den Vorwahlen als Präsidentschaftskandidat der Republikanischen Partei an. Mit der Kandidatur Dukes zeichnet sich ein Rechtsruck in der amerikanischen Gesellschaft ab, die vom organisatorischen Zusammengehen von KKK, Nazis, Ultra-Konservativen und christlichen Fundamentalisten begleitet ist (siehe auch Kasten zu Duke).



Der Klan in der BRD

In der BRD fand der KKK zunächst durch hier stationierte amerikanische Soldaten Verbreitung. In den sechziger Jahren erklärte ein Klan-Sprecher München zur »Hochburg« des KKK in Europa. Anfang der achtziger Jahre existierten im Rhein- Main-Gebiet Verbindungen zwischen deutschen Neonazis und Klan-Leuten bei der US-Armee. Aber auch die britische Klan- Untergruppe hatte unter den, in der BRD stationierten Soldaten, Mitglieder. Dies belegt eine von der antifaschistischen britischen Zeitung »Searchlight« veröffentlichte Mitgliederliste (Stand Mai 89) des Klans.

In den letzten Jahren kam es immer wieder zu Anschlägen auf AusländerInnen durch deutsche KKK-Anhänger. Ein Beispiel dafür ist der Angriff von drei Männern auf ein von AusländerInnen bewohntes Haus in Neuenrade (Sauerland) Anfang September 91. Die drei feuerten Schüsse ab und warfen Steine auf das Haus. Bei der anschließenden Festnahme durch die Polizei wurden, neben Pistolen und Molotowcocktails, Aufkleber des KKK-Herford sichergestellt. Im Zusammenhang mit dem KKK in Bielefeld/Herford ist übrigens der »Kameradschaftsführer« der GdNF-Bielefeld, Bernd Stehmann, als örtlicher KKK-Leiter aufgetreten. Neben Herford besteht in Berlin/Reinickendorf – ein Brennpunkt der rechten Nazi-Aktivitäten im Westteil der Stadt – eine weitere Kontaktadresse des Klans (Postfach beim Postamt am Kurt- Schumacher-Platz). Inhaber des Postfachs ist Carsten Szczepanski, der sich selbst als Gründer und »Grand Dragon« des deutschen »White Knights of the Ku Klux Klan« betzeichnet.

Die Reise des amerikanischen Klanführers Dennis Mahon im letzten September durch die BRD, ist ein weiteres Zeichen für die hier zunehmenden Klan-Aktivitäten seit dem Anschluß der DDR. In seiner, in Oklahoma erscheinenden, Zeitung »The White Beret«, lobte Mahon die Zusammenarbeit zwischen seinem Klan und dem deutschen Ableger. Als Stationen seiner Reise gab Mahon Berlin, Saarbrücken und Umgebung, Nürnberg und Dresden an.

Durch Medienberichte versuchte Mahon, den Klan auch hierzulande bekannter zu machen und für seine rassistischen Vorstellungen zu werben. Zu einem KKK-Treffen in der Nähe von Königs Wusterhausen, das – nach amerikanischem Vorbild – mit einem Feuerritual endete, lud Mahon ein Fernsehteam von RTL plus ein. Anfang Oktober wurde der Bericht in einer »Explosiv«-Sendung ausgestrahlt.

Internationale Verbindungen

Ob – wie in Padua/Italien geschehen – afrikanische StudentInnen Drohbriefe mit KKK-Emblemen erhalten, oder – wie in Wien im letzten November – eine zehnköpfige Gruppe nach Klan-Art in weißer Kapuzentracht ausländerfeindliche Parolen brüllt, Vorfälle dieser Art nehmen in ganz Europa zu. Es wäre sicher falsch, von einer einheitlichen Organisation zu sprechen, aber der wachsende Einfluß von KKK-Gruppen, sowie die Anlehnung von Rassisten an amerikanische Vorbilder, ist nicht zu übersehen.

Der KKK-Verband »Invisible Empire« arbeitet u.a. mit der CEDADE zusammen, jener Organisation alter SS-Männer und junger Nazis, die ihren Sitz in Spanien hat. Bekannt sind auch Klan-Verbindungen zu Organisationen der britischen Nazi-Szene, so etwa zu dem Nazi-Skinhead Netzwerk »Blood and Honour« oder der British National Party (BNP). Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang, daß David Duke zu den Pionieren gehört, die bereits in den siebziger Jahren versuchten, ihre Klans auch in Großbritannien (GB) zu etablieren. Neben dem Klan-Führer Bill Wilkinson bezahlte Duke Reisen nach GB. Diese Bemühungen waren damals wegen der großen Konkurrenz zu anderen faschistischen Organisationen nur wenig erfolgreich.

Durch die Entwicklung in den achtziger Jahren, in denen international die rechten Organisationen stärker zusammenarbeiteten, veränderten sich die Bedingungen: So besuchte in den Jahren 1989 und 1990 James W. Farrands, Klan-Führer des »Invisible Empire«, seine Anhängerschaft in GB und Belgien und hatte enge Kontakte zum Chef von »Blood and Honour«, Ian Stuart. Etwa 400 Mitglieder hat der KKK mittlerweile in GB, darunter auch aktive Soldaten.

Besonders aus der rechten Skinhead-Szene gewinnt der KKK seine Anhänger. Das gilt für die USA, ebenso wie für die europäischen Länder. Abzulesen ist das auch an dem Zuspruch durch eine Reihe von Skin-Fanzines, die Sprache und Symbole des Klans übernehmen und dessen Kontaktadressen angeben. Beispiele dafür aus dem deutschsprachigen Raum sind »Totenkopf« aus der Schweiz oder »Nahkampf« und »Feuerkreuz« in der BRD. Im Küssel-nahen österreichischen Skin-Fanzine »Skinhead erwache« wurde vor kurzem unter der Rubrik »Freizeitbeschäftigung« die Klan-Sitte, brennende Kreuze aufzustellen und »Nigger« zu lynchen, angepriesen. Und in einem anderen österreichischen Skinhead-Blatt (»Stahlfront«) wurde gar ein Interview mit einem Klan-Führer veröffentlicht, in dem dieser den Ausbau seiner Gruppe, »Aufbau von Bürgerwehren« und »Organisation von Klanmeetings« ankündigte.

Eine wichtige Rolle bei der Verbreitung des KKK spielen auch Skinhead-Bands von »Blood and Honour«, wie z.B. »Screwdriver« oder »No Remorse«. So gab Klan-Chef Mahon nach seiner Deutschland-Reise damit an, ein »Screwdriver«-Konzert in Saarbrücken dazu genutzt zu haben, Kontakte zu

Not All Nazis Are Living In South America

Reprinted by special permission from Cartoonews International Syndicate, N.Y.C.

LURIE'S WORLD

Für die Züchtung einer Superrasse — David Duke bei der Arbeit

dortigen Skins zu schließen. »Screwdriver« Chef Ian Stuart schenkte er bei dieser Gelegenheit ein Markenzeichen seines Klans: Ein weißes Barett. Als deutsches Beispiel für Verbindungen von Skinbands zum Klan sei die Gruppe "Kraftschlag" aus Elmshorn genannt, die in der Vergangenheit auch auf Treffen von FAP und Deutsche Alternative (DA) auftrat. Zwei Mitglieder der Band sind im KKK.

Aber auch in Richtung Osteuropa zeichnen sich die Verbindungen des Klans ab. Ein Beispiel dafür ist die CSFR, wo sich im Oktober 90 ein Verein mit dem Namen »Das unsichtbare Reich der Ritter des Ku-Klux-Klan« um eine Registrierung bemühte. Der Verein sollte »Ordnung, Sicherheit, Eigentum« schützen und stritt rassistische Motive ab. Trotzdem wurde er von den Behörden nicht zugelassen. Die CSFR ist für ihre überaus militante Skinheadszene bekannt, die vor allem Roma und Sinti terrorisieren.

Der ehemalige Klan-Führer David Duke besitzt wiederum politische Freunde auch in Rußland: Seit November 1990 ist Wladimir Wolfowitsch Shirinowski hauptamtlicher Vorsitzender der Liberaldemokratischen Partei (LDP). Der 46jährige Russe, der mit großrussischen Parolen, Antisemitismus und Moslemfeindlichkeit Politik macht, kam bei den russischen Präsidentschaftswahlen 1991 mit sechs Millionen Stimmen auf Platz drei. Shirinowski sieht sich geistesverwandt mit Duke. Er hoffe, daß dieser die amerikanischen Präsidentschaftswahlen im November gewinne: »Ich bin mit seiner Weltanschauung völlig einverstanden«. Es scheint nur noch eine Frage der Zeit zu sein, bis der KKK seine Krallen auch dorthin ausstreckt.



David Duke – eine braune Karriere

Der ehemalige KKK-Führer David Duke hat aufgrund seiner langjährigen politischen Aktivität enge Verbindungen zu den wichtigsten rechtsextremen Strömungen in den USA, wie der folgende Auszug aus einem Artikel der Zeitschrift Konkret vom März 92 und die anschließenden Ergänzungen von uns aufzeigen:

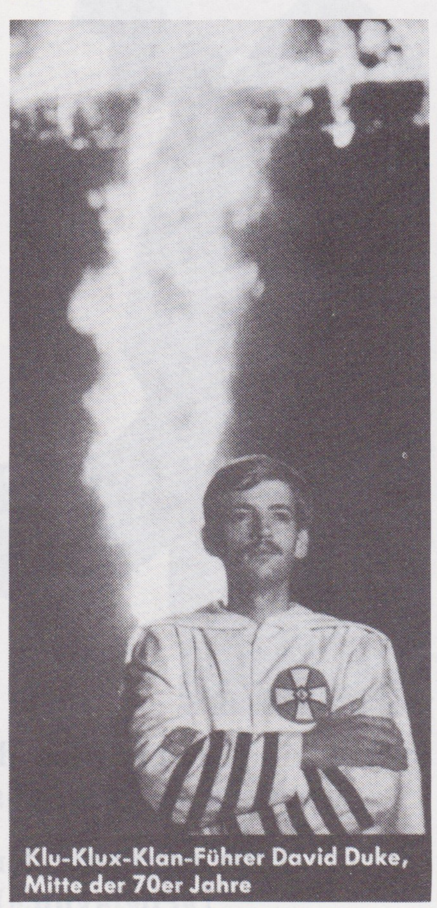
»Schon als Student ... hielt er (in SA-Uniform!) ab 1969 faschistische Reden. Er gründete die Studentengruppe »White Youth Alliance«, die sich Anfang der 70er Jahre der »National Socialist Liberation Front« anschloß. 1975 wurde er Anführer ... der »Ritter des Ku-Klux-Klan« ... für dessen spektakuläre Wiederbelebung in den 70er Jahren Duke verantwortlich gemacht wird.«

»1977 organisierte Duke eine »Klan Border Watch«, eine Bürgerwehr-Grenzpatrouille an der Grenze zu Mexiko. (...) Mit von der Partie war Tom Metzger, der spätere Anführer der berüchtigten Terrororganisation »Weißer Arischer Widerstand« (WAR) in Kalifornien, die ihre Anhänger vor allem unter rechtsradikalen Skinheads rekrutiert und auch über gute Kontakte zur deutschen Neonazi-Szene verfügt. 1981 war Duke an der Planung eines Putschversuchs gegen die Regierung der karibischen Insel Dominica beteiligt.«

»Er hat sich bemüht, das öffentliche Image des KKK aufzupolieren und die Organisation erstmals für Frauen und Katholiken geöffnet. (...) Als seine Modernisierungsbestrebungen nicht vorankamen, verließ Duke 1980 den Klan und gründete eine neue Organisation zur »Förderung Weißer« ... (NAAWP)«

»Dukes Wechsel zur NAAWP fiel in die Periode einer generellen Reorganisation der verschiedenen, oft miteinander rivalisierenden Strömungen der extremen Rechten in den USA. (...) Seither läßt sich eine Intensivierung der Zusammenarbeit und eine ideologische Annäherung der verschiedenen rechtsradikalen Strömungen beobachten.«

»Vorbild der NAAWP, erklärte Duke 1988, sei Le Pens Nationale Front in Frankreich, zu der er enge Kontakte unterhält. (...) Die Wochenzeitung »Village Voice« berichtete im Dezember, daß Duke mit dem Ostberliner Neonazi Ingo Hasselbach im Briefverkehr steht.«


Klu-Klux-Klan-Führer David Duke, Mitte der 70er Jahre

»1990 gab Duke den Vorsitz der NAAWP auf, unterhält aber weiterhin enge Kontakte zu der Organisation.«

Weitere Stationen seiner politischen Karriere: Nach dem Vorbild der faschistischen Organisation von Lyndon LaRouche, die 1987 mit einigem Erfolg innerhalb der Demokratischen Partei kandidiert hatte, zog es Duke zunächst auch zu den "Demokraten".

Um 1988 herum kandidierte Duke dann als Präsidentschaftskandidat der rassistischen Populistischen Partei, die durch das geschichtsrevisionistische Carto-Netz und die antisemitische Libberty-Lobby gesteuert wird. Die Libberty-Lobby, die u.a. die Leugnung des Holocaust und Unterstützung der Apartheid betreibt, hat ihrerseits wieder Verbindungen zur Organisation von LaRouche. Dem Netzwerk der Libberty-Lobby kommt eine Schlüsselrolle bei der Förderung von Dukes Karriere zu. So konnte Duke für seinen Wahlkampf auf die Addressenlisten der Libberty-Lobby zurückgreifen. Duke behielt auch nach seinem letzten Parteiwechsel zur Republikanischen Partei weiterhin Kontakt zur Populistischen Partei und trat auf deren Parteikonferenzen auf.

Im Februar 1989 wurde Duke – trotz breiten demokratischen Widerstands – als Abgeordneter der Republikanischen Partei im Repräsentantenhaus von Louisana vereidigt. Es folgte die Kandidatur zu den Gouverneurswahlen in Louisana, bei der er 39% erhielt.

In diesem Jahr bewarb sich Duke im republikanischen Vorwahlkampf als Präsidentschaftskandidat für die Wahlen im November. Unterstützung findet er bei Klan- Aktivisten und Nazis. Seine Kandidatur soll ihm – unabhängig von den Erfolgsaussichten – in der gesamten USA größere Bekanntheit verschaffen. ■



Kroatien
CSFR
Südafrika

Kroatien

Tummelplatz für militante deutsche Nazis

Der seit mehreren Monaten herrschende Bürgerkrieg in Jugoslawien ist für Außenstehende kaum zu durchschauen. Ursachen der Auseinandersetzungen werden von den Medien vereinfacht und auch den jeweiligen Interessen angepaßt. Die Situation in Jugoslawien genauer zu beschreiben, würde den Rahmen dieses Artikels sprengen, doch möchte ich auf die jüngere Geschichte Kroatiens kurz eingehen.

In Kroatien regiert seit 1990 die »Kroatisch-Demokratische Gemeinschaft«. Unter Präsident Tudjman versucht die Kr.-Dem. Gemeinschaft die Loslösung Kroatiens von Jugoslawien zu erreichen. Die nationalistische Politik findet u.a. darin ihren Ausdruck, daß das alte Wappen der kroatischen Könige, welches auch das Zeichen der Ustascha (siehe Kasten) war, zum Staatssymbol erklärt wurde. Und im Januar wurde das Urteil gegen den Nazi- Kollaborateur Stepinac vom kroatischen Parlament für ungültig erklärt.

Zudem sind Teile der Polizei und die früheren sogenannten Territorialeinheiten (zum Schutz der jeweiligen Region dienende Reservetruppen) in eine rein kroatische Nationalgarde umgewandelt worden. Darunter gibt es auch Spezialeinheiten wie die »Hos«, die in der Tradition der faschistischen Organisation Ustascha steht. Die Ustascha wurde 1929 unter dem Einfluß des italienischen Faschismus gegründet. Nach der Besetzung Jugoslawiens durch faschistische Truppen wurde die Ustascha von diesen an die Macht des neugebildeten kroatischen Staates gesetzt. Nach dem Sieg der Partisanenbewegung und der Befreiung Jugoslawiens wurde die kroatischen Faschisten unterdrückt. Dies änderte sich erst mit der erneuten Unabhängigkeit Kroatiens.



Schon einmal nutzte der deutsche Imperialismus den kroatischen Nationalismus für seine Zwecke:

Adolf Hitler empfängt den kroatischen Staatsführer (»Poglavnic«) Ante Pavelic.

Faschistische Söldner im jugoslawischen Bürgerkrieg

Das alles bietet einen idealen Nährboden für faschistische Organisationen. Der ehemalige Mitstreiter Le Pens, Michael Faci, alias Michael Leloup war als Söldner in Argentinien, Irak, Rumänien und nun in Kroatien. Sein Ziel sei: *»..für den Erhalt der weißen Rasse zu kämpfen und zu töten, und damit die Sicherung Europas«*. Mit zwei Freunden kam er im vergangenen Herbst in Zagreb an, um sich dort von der Hos anheuern zu lassen. Nach eigenen Angaben befehligte Leloup eine 200-Mann-Einheit. Die meisten Männer dieser Einheit seien Kroaten, aber auch ca. 100 ausländische Freiwillige, darunter einige Deutsche und Österreicher, gehörten dazu.

Diese Aussage deckt sich mit Angaben des Bundesdeutschen Kriminalamtes (BKA). Demnach würden viele Söldner in den neuen Bundesländern angeworben werden. Insgesamt soll sich die Anzahl der deutschen Söldner auf 200 belaufen. Anfang des Jahres fand im Wiener »Kursalon Hübner«, ein Versammlungsort der Neonazis, eine Veranstaltung für ein *»starkes und ethnisch reines Kroatien«* statt. Am Ende der Versammlung kam es zu freiwilligen Meldungen zum Fronteinsatz in Kroatien.

Organisationen wie die Nationale Liste in Hamburg, Deutsche Alternative in Cottbus oder der Bayrische Nationale Block hatten bereits im Dezember 91 Aufrufe veröffentlicht, es müsse nationale Solidarität mit kroatischen Söldnern geübt und Geld für Waffen, Munition und Sanitätsmittel gespendet werden. In diesen Aufrufen wurde auch für Freiwillige in Kroatien geworben. Die NSDAP/AO-Zeitung »New Order« des Amerikaners Garry Lauck rief ebenfalls zur Unterstützung der kroatischen Milizen auf.

Mitte Januar sollte sich eine 50-Mann starke Gruppe aus Österreich auf den Weg nach Kroatien machen. Einige Verhaftungen, darunter auch Gottfried Küssel (aus der Führungsgruppe der GdNF), führten zu einer Neuorganisierung des ganzen Unternehmens. Offiziell handelt es sich nun um eine Sanitätsgruppe, denn nach österreichischem Recht droht Söldern im Auslandseinsatz der Entzug der Staatsbürgerschaft. Gerhard Endress (führender Wiener Nazi): *»Wir schicken ein zur Verteidigung bewaffnetes Sanitätskorps nach Kroatien.«* Um Schwierigkeiten mit den Behörden zu vermeiden, treffen sich die Söldner auf neutralem Gebiet, also Schweiz oder Lichtenstein.

B. EWALD ALTHANS

B.E. Althans: Herzog-Heinrich Straße 30- D-8000 München 2

Herzog-Heinrich Straße 30
D-8000 München 2
Tel.: 089-5 38 96 58
Tel.: 089-7 47 02 23
Fax: 089-5 38 99 54

Datum:

c/o Tel.: 1 (416) 922-9850 • Fax: 1 (416) 922-8614

PRESS RELEASE

SPECTACULAR ACTION PHOTOS FOR SALE

Re: The International neo-Nazi Connection to Croatia and Iraq

Over 100 photos are available for you. These photos document neo-Nazi volunteers fighting in Yugoslavia on behalf of Croatian forces as well as neo Nazi involvement in Iraq.

The photos I have are of neo-Nazis from across the world pictured in Iraq at the time of the American "Desert Storm" bombing of Iraq. These photos document the connection between militant neo-Nazis dressed in Iraqi uniforms and the Iraqi government and its officials.

The photographs of neo-Nazis in Croatia document their involvement in the war against Yugoslavian forces. Neo-Nazis from across the globe have flocked to Yugoslavia to fight for Croatia. These pictures have never been published before in the media.

I am willing to sell these pictures for $5000.^00 U.S. to the first respondent to this release. As well as the photos, I can offer you the names of those involved and background information about them, and contacts with some of the neo-Nazis in the photographs for interviews. Video footage is also available for interested parties.

If you are interested in any or all of these colour photographs and the information that I have available, contact me from May 22-24 at this Fax number: 1 (416) 922-8614.

Inquire by Fax no later than Tuesday May 25. I will be selling these photos on Wednesday May 26 only.

B.E. Althans



Der Faschist Ewald Althans (Bild rechts) wirbt für Fotos internationaler Nazi-Söldner bei ihren Einsätzen in Kroatien und im Irak (Abbildung oben).

Wie brisant die internationalen Beziehungen der Faschisten in Kroatien sind, wird auch durch den Tod zweier Journalisten, die hierzu recherchierten, belegt. Der Tod der beiden Journalisten im Osten Kroatiens wird mit den faschistischen Söldnern in Verbindung gebracht. Zunächst wurde der Journalist Christian Wurtenberg ermordet, der sich Zugang zu der internationalen kroatischen Brigade verschafft hatte. Als sein britischer Kollege, der Fotograf Paul Jenks, sich auf die Suche nach Tätern und Hintergründen des Mordes machte, wurde auch er mit einem Genickschuß umgebracht.

Unterstützung durch die Tudjmann-Regierung

Die Regierung Tudjmann unternahm bisher nichts gegen den Fronteinsatz europäischer Faschisten. Im Gegenteil: Am 5.5.91 empfingen kroatische Regierungsvertreter eine Delegation Abgeordneter der extremen Rechten im Europäischen Parlament. Darunter waren Le Pen und Harald Neubauer (führender Kopf der Deutschen Liga für Volk und Heimat). Dazu der Berater von Tudjmann, Hrvoje Sosic: *»Negative Einstellungen von Le Pen und seiner Partei sind Vorurteile, wenn nicht gar Verleumdungen aus bolschewistischen Quellen«*. Neubauer sieht in der Souveränität Kroatiens einen ersten Schritt zur Neuordnung Europas - erst im Osten, dann im Westen. Er fühle sich als Vertreter einer Nationalistischen Vorhut.

Solche Einladungen der Tudjmann-Regierung sind keine Ausnahme: Im Januar 92 besuchten belgische Abgeordnete des rechtsextremistischen Vlaams Blok die kroatische Hauptstadt und Kampfgebiete um Vukovar und Osijek. Es wurden große Übereinstimmungen mit der Regierung Kroatiens festgestellt.

Der Zusammenbruch der ehemals sozialistischen Staaten ermöglicht europäischen Faschisten fast unbegrenzten Spielraum. Nach Polen wird Propaganda-Material und Bürotechnik geliefert. Die NPD sucht selbst in Alma Ata (Kasachstan) Kontakte und leistet auch Hilfe beim Parteiaufbau in Bulgarien. Das rechte Hetzblatt »Europa vorn« wird in der Ukraine gedruckt. Ernst Zündel und Ewald Althans wollen nach Moskau fahren um dort ihre geschichtsrevisionistische Propaganda zu veröffentlichen. ■

Nationalismus und Rassismus in der CSFR

Im Antifa-Info kommen die Länder des ehemaligen Ost-Blocks leider immer ein bißchen zu kurz. Für diese Nummer hatten wir uns deswegen einen ausführlicheren Artikel über die CSFR vorgenommen. Der Kontakt zu entsprechenden Leuten in Prag besteht inzwischen und so haben wir zwei verschiedene Artikel zugeschickt bekommen, die dann übersetzt wurden.

Der erste Teil war den meisten Leuten aus der Redaktion zu unverständlich und so haben wir aus den darin enthaltenden Informationen einen neuen Artikel zusammengestellt, wir hoffen, er wird damit aussagekräftiger. Der zweite Teil ist ein Bericht über den 1.Mai in Prag, der von dem Chefredakteur der Zeitung »A-KONTRA« für das Antifa-Info geschrieben wurde. Von uns aus besteht ein großes Interesse, mehr über die ehemaligen real-sozialistischen Länder zu berichten, denn die dortigen Entwicklungen halten wir für sehr wichtig. Leider fehlt es uns an den entsprechenden Leuten, die dazu etwas schreiben können, wenn sich also Leute näher damit beschäftigen, sind wir sehr an Zuschriften interessiert.

Bezeichnend für die Situation im Europa der 90er Jahre gibt es auch in der CSFR starke nationalistische und faschistische Tendenzen. Die Entwicklung in der CSFR ging, wie in der DDR, schnell ab von den Bemühungen, etwas Eigenständiges auf die Beine zu bekommen. Zu schnell wurde die vollständige Rekapitalisierung des gesamten Landes als oberstes Ziel erklärt. Im Unterschied zur DDR kamen bei den ersten Wahlen in der CSFR die Bürgerbewegungen, die die starken Demonstrationen gegen die vorherige Regierung organisiert hatten, an die Macht. Damit kam Vaclav Havel auf den obersten Posten, ein Mann, der viele Jahre für seine nicht staatsfreundliche Meinung im Gefängnis verbracht hatte.

Wie sieht es nun zwei Jahre später aus?

Es haben sich starke konservative Positionen in der Politik herausgebildet. Sie gehen politisch gegen alle vor, die sich links von ihnen befinden. Das geht bis zum liberalen OH (die aus dem OF, der großen Bürgerbewegung des Herbstes 89, hervorgegangen ist). Da kommen dann Äußerungen, so auf die Tour: »Die und die Partei, dieser und jener Politiker sind eine große Gefahr für die Demokratie; nach der Zerstörung des Kommunismus ist es nun auch erforderlich, den Liberalismus zu zerstören; Vorsicht ist bei den Bolschewiken in der Mitte geboten! - Mir wäre es am liebsten, wenn es keine linksorientierte Presse gäbe - der Linksradikalismus sollte überhaupt unterdrückt werden... usw.« Ihre Propaganda endet teilweise in der Forderung, die Kommunistische Partei (die als einzige KP des Ost-Blocks es ablehnt, die Bezeichnung »kommunistisch« aus dem Namen zu streichen) zu verbieten, für eventuelle Widersacher wurde der 260 des Strafrechts bereitgelegt (er betrifft die Propaganda von Klassenkampf und Kommunismus, besser gesagt, stellt dies unter Strafe). Diese Kräfte haben durch den deutlichen Wahlsieg der ODS starken Aufschwung bekommen, sie können jetzt ohne größere Behinderungen ihren Weg, zumindestens im tschechischen Teil der CSFR, durchziehen. Im slowakischen Teil hat Meciar von der HZDS den Wahlsieg für sich verbuchen können. Damit werden die Stimmen nach einer Abtrennung der Slowakei immer lauter, weil gerade die HZDS für eine eigenständige Slowakei Wahlkampf gemacht hat und die konservativen tschechischen Wahlsieger eigentlich starke Bedenken gegenüber dieser Richtung geäußert haben. Ob die Vernunft siegen wird und sie sich letztendlich einigen werden, wird die Zeit bringen.

Die Wahlergebnisse vom 6.6.92

Tschechische Republik:

ODS (konservativ - rechtsliberal):	33,9%
KP Böhmens und Mährens:	14,3%
Sozialdemokraten:	7,7%
LSU - Liberal-soziale Union (Sozialist. Partei, Bauernpartei, Grüne):	5,8%
SPR RSC (Republikaner):	6,4%
ODA (konservativ):	4,9%
OH (Bürgerbewegung - Nachfolger des Bürgerforum OF) zu vgl. mit dem Neuen Forum in der DDR.	4,4%
HDS-SMS (Partei der Mähren):	4,2%
Partei der Roma:	0,5%
Wahlbeteiligung:	85,1%

Slowakei:

HZDS (Bewegung für eine demokratische Slowakei)(nationalistisch):	33,5%
SDL (Partei der demokratischen Linken):	14,4%
SNS (Slowak. Nationalpartei):	9,3%
KDH (Slowak. Christdemokraten):	8,8%
Partei der nationalen Minderheiten »Zusammenleben«:	7,4%
Sozialdemokratische Partei der Slowakei:	5,0%
Wahlbeteiligung:	89,0%

Bemerkenswert an den Wahlen ist außerdem, daß die Republikaner im tschechischen Teil eine Menge Stimmen auf sich vereinigen konnten. Geht man nach der Stimmung auf der Straße, ist das allerdings gar nicht verwunderlich. Rassistische und faschistische Tendenzen bekommt man überall zu spüren. Ein Teil des Programms der SPR RSC beinhaltet die Übersiedlung von Romafamilien in die Slowakei und damit treffen sie auf viel Zustimmung in der Bevölkerung.

Der Vorsitzende Dr. SLADEK ist ein geschickter Demagoge und Populist. Seine geäußerte Kritik an der »Demokratie« ist sehr treffend und wird damit schnell akzeptiert. Der Einfluß dieser Partei auf die militante Fascho-Scene hält sich noch in Grenzen, obwohl auch hier bereits Vereinigungsbestrebungen da sind. Es gibt eine Vielzahl von militanten faschistischen Parteien in beiden Teilen der CSFR. Im tschechischen Teil sind das in erster Linie die VLAJKA (Fahne) und NARODNI OBEC FASISTICKA (Nationale faschistische Partei). Diese wiederum haben mehrere illegale Organisationen, wie z.B. die »Böhmischen Löwen« oder die »Nationale Interessensgemeinschaft« gegründet. Alle diese Parteien sind in erster Linie stark antisemitisch orientiert. Das geht soweit, daß sie überprüfen, ob Politiker und Beamte auch ja nur arische Vorfahren haben. In der Slowakei existiert die NACIONALNE SOCIALISTIKA ALIANCE (Nationale sozialistische Allianz). Die nationalistischen Tendenzen werden dort aber auch von fast jeder politischen Partei getragen, einige Parteien machen das ja schon in ihrem Namen deutlich. Besonders in der Slowakei kommt dabei noch das Element der starken Rekatholisation und den daraus resultierenden Einflüssen der Kirche auf das Leben der Menschen hinzu. Zusätzlich ist da noch der Fakt, daß die Katholische Kirche eine Stütze des faschistischen Regimes gewesen ist.

Besonders die tschechischen Faschisten sind stark an einem Ausbau der Kontakte nach Deutschland interessiert. Bestehen tun diese bereits. Ende 1991 fand aus Anlaß eines »Endstufe«-Konzertes in Teplice (Nordtschechei) ein deutsch-tschechisches Faschistentreffen statt. Das Konzert mußte leider kurzfristig abgesagt werden, was sie wiederum nicht davon abhielt, gemeinsam die Straßen mit einer Welle von Gewalt zu überziehen. Auch der Geburtstag von A. Hitler wird regelmäßig und intensiv gefeiert. Grundsätzlich läßt sich feststellen, daß die militante faschistische Bewegung in erster Linie von Nazi-Skins verschiedener Richtungen getragen werden. Die einen beziehen sich mehr auf den deutschen Faschismus wo hingegen sich die anderen mehr auf tschechische faschistische Traditionen berufen.

Die faschistische Gewalt auf der Straße nimmt auch in der CSFR bedrohliche Ausmaße an. Grabschändungen auf jüdischen Friedhöfen sind an der Tagesordnung, Roma können sich ihres Lebens nicht immer sicher sein. Darüber mehr am Beispiel des 1.Mai. Der Artikel läßt auch bei uns in der Redaktion viele Fragen offen, die wir nicht beantworten konnten. Wir hoffen, daß wir nach persönlichen Nachfragen einige davon beantworten können.

vom 7. bis zum 9. August 1992 wird in Prag ein antifaschistisches Treffen stattfinden. Weitere Informationen darüber sind bei folgenden Adressen zu erhalten:

A-KONTRA
Valdstejnska 14 – 11000 PRAHA 1

Podplakovnika
Sachora 28 – 17000 PRAHA 7

L.A.S.
P-Box 223 – 11121 PRAHA 1

Der 1. Mai in Prag

In der CSFR kam es nach dem Zerfall des sogenannten »realen Sozialismus« zu zunehmenden rassistischen und faschistischen Tendenzen in der Bevölkerung und zur Entstehung von Gruppen und Bewegungen, die diese Ideen verbreiten. Bis jetzt hat sich keine gesellschaftlich wichtige Gruppe – weder staatliche Organe, Polizei, Justiz, politische Parteien noch andere gesellschaftliche Organisationen – dazu bereit gefunden, sich entschieden dagegen zu stellen. (Von diesen Organen ist unserer Meinung nach auch in Zukunft nichts zu erwarten, da rassistische und faschistische Tendenzen von ihnen dafür benutzt werden, um ihre Macht zu sichern und zu stärken. Anm. d. Red.)

Die einzige Ausnahme bildet die autonome Szene, vor allem die Anarchisten (die jedoch gerade erst dabei sind, sich zu formieren) und einige Roma-Organisationen. Die sogenannte »Roma-Frage« entwickelt sich immer dramatischer, und die Unfähigkeit, die der Staat und die gesamte Gesellschaft zeigen, wenn es um die Lösung dieses Problems geht, bilden einen wichtige Grund für die Formation faschistischer Bewegungen. Die Romas bilden in der CSFR die zahlreichste nationale Minderheit, die gleichzeitig am schnellsten zuwächst. Bezeichnend für die Situation ist auch die Tatsache, daß es keine genauen Statistiken über ihre





Nazi-Skins in Prag (Bild links)

Die tschechische Polizei verstößt gegen das Vermummungsverbot (Foto Unten)



Anzahl gibt. Man vermutet, daß ca. 800000 Romas in der CSFR leben, d.h. sie bilden ca. 5% der Gesamtbevölkerung.Da sich die Romas jedoch unter der Regierung des vergangenen Regime nicht organisieren konnten und ihre Nationalität und Identität unterdrückt und liquidiert wurden, sind die neu entstehenden Organisationen unfähig, die Interessen der Romas effektiv zu verteidigen.

Diese Situation wurde auch im Verlauf der 1.Mai- Geschehnisse in Prag deutlich. Neben den Kommunisten, die am Rande von Prag eine bürgerliche Feier veranstalteten, waren es einzig die Anarchisten, die zu einer Demonstration im Zentrum von Prag, auf dem traditionellen Meeting-Platz der Arbeiter, aufrief. Gleichzeitig formierte die Skinhead-Bewegung eine Demonstration gegen Anarchisten, Romas und andere »unerwünschte Objekte«. Diese Aktion fand auch schon traditionell auf der »letencka plan« (ausgedehntes Parkgelände gegenüber des Fußballstadions) statt. Von dort aus pflegten die Skinheads und ihre Anhänger in vorhergehenden Fällen durch Prag in Richtung romische Viertel zu marschieren, wo dann ihre Aktivitäten beinahe einen Progrom-Charakter erreichten. Deshalb nahmen sich die Anarchisten vor, bei der Demo nicht nur auf den Sinn des 1.Mai hinzuweisen und gegen die Lügen und Betrügereien aufzutreten, wie das Hauptmotto auf den Flugblättern verkündete, sondern auch die Skinhead-Demonstration und deren Umzug durch Prag zu verhindern. Nach einer kurzen Kundgebung auf der Halbinsel »Strelecky ostrov« machten sich ca. 700 bis 1000 der versammelten Autonomen auf den Weg zur Letenska Plan, wo sie mit den Faschisten zusammentrafen. Es kam zu Auseinandersetzungen, die von ca. 100 Leuten auf beiden Seiten getragen wurden. Im Laufe der Zeit änderte sich das Kräfteverhältnis immer mehr zu Gunsten der Anarchisten und so gelang es schließlich, die Skinheads zu vertreiben. Erst in diesem Moment griff die mit Schutzschildern ausgerüstete Polizeieinheit ein, der es gelang, die beiden Lager zu trennen.

Traditionsgemäß wandte sich der Polizeieingriff vor allem gegen die Anarchisten, obwohl bei den Skinheads Schußwaffen sichergestellt worden waren. Es gelang der Polizei jedoch nicht, die formierten Anarchisten auseinanderzutreiben. Erst später erfolgten mehrere Verhaftungen von Demonstranten an verschiedenen Orten in Prag. Ihre klar ersichtlich unberechtigten Angriffe riefen Proteste in der Öffentlichkeit hervor. Dabei wurden auch unbeteiligte Zuschauer und Journalisten angegriffen. Ein Fotograf wurde zu Boden gestoßen und von der Polizei verprügelt. Dabei wurde seine gesamte Fotoausrüstung liquidiert. Die Informationen in den Medien wurden von den offiziellen Stellen verzerrt; der Präsident Vaclav Havel z.B. erwähnte den Zwischenfall als unbedeutenden Zusammenprall. ■

Es ist alles still, wie in einer verschneiten Winternacht. Nur ein leiser, monotoner Tropfenfall. Das sind die Zinzen, die fortlaufend hinabträufeln in die Kapitalien, welche beständig anschwellen; man hört ordentlich, wie sie wachsen, die Reichtümer der Reichen. Dazwischen das leise Schluchzen der Armut. Manchmal auch klirrt etwas, wie ein Messer, das gewetzt wird.

Heinrich Heine

Südafrika

Diese sehr ausführliche Darstellung behandelt die DSAG in zwei Schwerpunkten. Zunächst geht es um die Personen, die die DSAG tragen und deren Querverbindungen auf wirtschaftlicher und politischer Ebene. Danach werden die politischen Aussagen der DSAG untersucht; anhand der Apartheidspolitik, die die DSAG die ganzen Jahre vertreten hat, läßt sich an einem konkreten Fall nachzeichnen, was die »Neuen Rechten« bei uns mit »Ethnopluralismus« meinen.

Eine noch ausführlichere Fassung des Textes kann bei den AutorInnen von der Zeitgeschichtlichen Dokumentationsstelle Marbung bezogen werden (über das Info bestellen).

Kurz zur politischen Situation in Südafrika: Eine weiße Mehrheit hat sich in dem Referendum im März dieses Jahres für das Reformvorhaben der Regierungspartei ausgesprochen. Bei dem »Reformprozeß« in Südafrika geht es nicht um die Abgabe der wirtschaftlichen Macht; die (Teil-)Übergabe der politischen Macht verschleppt das weiße Regime, um die Position des ANC zu schwächen. Es setzt auf eine Regierungsform, in der schwarze VertreterInnen eingebunden werden, die Weißen aber als Minderheit über ein Vetorecht verfügen. Zur Zeit versucht es über einen blutigen Krieg mithilfe von Todesschwadronen und der Zulu-Organisation Inkatha, die Opposition zur Annahme seiner Forderungen zu zwingen.

Das schwarz-braune Netz unter der Lupe:

Die Deutsch-Südafrikanische Gesellschaft (DSAG)

In der bisherigen antifaschistischen Literatur wurde die DSAG zum größten Teil abgehandelt als überalterte und/oder sektiererische rechtsextremistische Gesellschaft der ApartheidprotagonistInnen. Es wurden zwar hin und wieder auch Stimen laut, die dieser Einschätzung widersprachen, wie etwa der SPD-Politiker Günter Verheugen, der die DSAG als »organisatorisches Rückgrat der (Weiß)-Südafrikalobby« bezeichnete, die tatsächliche Bedeutung der DSAG als wirtschaftspolitischer Faktor sowie ihre Verflechtungen im schwarz-braunen Netz ist bisher jedoch nur unzureichend erfaßt worden.

Bei genauerem Hinsehen zeigt sich deutlich die Funktion der DSAG als Publik Relations-Abteilung und als Verbindungsbüro der deutschen Wirtschaftsunternehmen, die im Südafrika-Business tätig sind. Die Organisation selbst, die sich mit ihren angeblich 3000 Mitglieder als die größte bilaterale Gesellschaft Deutschlands bezeichnet, steht seit vielen Jahren in engstem Verbund mit der Regierung und der Wirtschaft im Apartheidstaat. Das »Verbindungsbüro« DSAG hat eine vielschichtige und internationale Bedeutung; hier verbinden sich deutsche Wirtschaftsinteressen mit denen des südafrikanischen Großkapitals; hier finden Meinungsaustausch und Strategiedebatten zwischen reaktionären und rechtsextremen Kräften mit den südafrikanischen Rassistenführern statt; hier verschmelzen Wirtschaftsinteressen mit der burischen Rasseideologie zu einer sich seriös gebenden und nicht immer klar durchschaubaren Propaganda, deren Ausrichtung folgende ist: Aufhebung der Wirtschaftssanktionen und der internationalen Isolation Südafrikas bei gleichzeitiger grundlegender Beibehaltung der Politik der Rassentrennung.

Offiziell für Völkerverständigung und Völkerverbindung eintretend, bietet sie unter diesem Deckmantel mittels ihrer Veranstaltungen und Veröffentlichungen ein Forum für Rassisten und Faschisten aus allen Spektren und trägt damit nicht unwesentlich zur Verbreiterung von rassistischem und neofaschistischem Gedankengut bei. Auch der jetzige Reformkurs der Regierung Südafrikas hat die DSAG nicht aus ihrem Konzept gebracht. Sie charakterisiert sich selbst als »objektive« Beobachterin der »Entwicklung in Südafrika« und hat ihrer Meinungspolitik einen zeitgemäßen Rahmen gegeben. Wie eng jedoch der von der DSAG verkörperte Schulterschluß zwischen Wirtschaft, Politik, Rassismus und Neofaschismus ist, wird beim Blick auf das Personenfeld der DSAG, bei genauerer Betrachtung ihrer Kontakte und Querverbindungen sowie ihrer veröffentlichten Meinung in entlarvender Weise deutlich.

Die DSAG und ihre Verbindungen

Präsident der DSAG ist Casimir Prinz zu Sayn Wittgenstein. Bis zu seinem altersbedingten Ausscheiden 1982 war er stellvertretender Vorsitzender der Metallgesellschaft-AG Frankfurt, eine der wichtigsten Importeure südafrikanischer Produkte in die BRD und in die europäischen Nachbarländer. Wittgenstein selbst war durch Aufsichtsratsmandate und diverse Ehrenstellungen mit einer Unmenge Firmen verbunden. Bis ca. 1988 spielte er u.a. noch eine Rolle im europäischen Versicherungsgeschäft, namentlich »Wahl board directors of

Guardian Royal exchange of Assurance Ltd. London«. Diese Londoner Versicherung hält 86% der Aktien des deutschen Versicherungsgiganten Albingia, wo Wittgenstein ebenfalls Aufsichtsrats-Vorsitzender war.

»Zufälligerweise« ist der Sitz der DSAG in der Friedrich-Ebert-Anlage in Frankfurt im Albingia-Haus. Neben dem Präsidenten Wittgenstein, der als CDU-Rechtsaußen (er wurde im Februar als Landesschatzmeister der CDU-Hessen wiedergewählt) schon seit über 20 Jahren in rechtskonservativen Politzirkeln aktiv ist, finden sich auch im Kuratorium der DSAG weitere interessante Personen. Neben führenden Köpfen aus der Wirtschaft (Siemens, Commerzbank, Bosch usw.), Vertretern des rechten CDU/CSU-Flügel (wie z.B. Wilfried Böhm und Hans Stercken), sind dort ebenso Repräsentanten von rechtslastigen und rechtsextremen Vereinigungen anzutreffen. Beispielhaft für diese Verknüpfungen wären anzuführen: Erich Strätling, ehemaliger Botschafter in Südafrika, Rumänien und auch in Chile, wo er zum engeren Freundeskreis um Paul Schäfer, dem Leiter der rechtsradikalen und skandalträchtigen deutschen Kolonie »Colonia Dignidad« gehörte. Strätling repräsentiert auch den »Deutschen Freundeskreis der Colonia Dignidad« und galt als einer der führenden Propagandisten des Pinochet-Regimes in Deutschland.

Otto von Habsburg, CSU-MdEP, Internationaler Präsident der Paneuropaunion (PEU). Aktiv in Vertiebenenverbänden und in einer Unzahl revanchistischer und rechtsextremer Vereinigungen (Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM), World Anticommunist-League (WACL), Cercle Violet samt Vorläuferorganisationen, Deutschlandstiftung, Zollernkreis u.v.m.).

Darüberhinaus ist er als Berater des »Institut für internationale Begegnung und Zusammenarbeit« der Hanns-Seidel-Stiftung tätig. Für die deutsche Apartheid-Lobby scheint er eine der maßgeblichen Kräfte zu sein. In den 70gern erwarb er als »publizistischer Vertreter« eines ominösen »Instituts für Zeitgeschichte und Wirtschaftsforschung« aus Liechtenstein Anteile an der südafrikanischen Tageszeitung »Citizen«. Diese Zeitung wurde aus Geheimfonds des südafrikanischen Informationsministeriums finanziert und war wesentlicher Bestandteil des Versuchs der Apartheid-Regierung, sich in den USA und in Europa Einfluß zu erkaufen. Gerhard Löwenthal, Journalist aus Wiesbaden, kooptiertes Vorstandsmitglied der DSAG und eine ähnliche Größe im rechten Lager wie Otto von Habsburg. Maßgebliche Person in der IGFM und in der Deutschlandstiftung, Mitbegründer der Bundes Freies Deutschland, Ehrenmitglied des »Hochschulrings Tübinger Studenten« (HTS) u.v.m.



»Man kann Autos nicht im Chaos bauen« – Dienstwagen mit Stander des Chefs der rechtsradikalen Afrikanischen Widerstands-Bewegung, Eugene Terreblanche

Doch kommen wir zurüch zur Organisation selbst. Finanziert wird die Arbeit der DSAG neben Geldern aus der Wirtschaft auch über den Kulturetat von Pretoria. So wird die gewöhnlich sechsstellige Summe pro Jahr von der südafrikanischen Schwesterorganisation der DSAG »Südafrikanisch-Deutsche Kulturvereinigung« an diese weitergeleitet. Über die südafrikanische Industrieorganisation »South African Foundation« (SAF) mit Zweigstelle in Bonn ist die DSAG schließlich direkt mit dem südafrikanischen Großkapital verbunden. Leiter des SAF in Bonn ist auch der langjährige DSAG-Geschäftsführer Rudolf Gruber. Darüberhinaus existieren weitere Stiftungen und Vereine, deren Tätigkeitbereich »Südafrika« ist; zu allen unterhält die DSAG mehr oder weniger intensive Kontakte:

- Die Deutsche Afrika Stiftung in Bonn, die besonders enge Beziehungen zur SAF hat und in deren Präsidium sich die Namen des CDU-Stahlhelmfraktionisten Kai-Uwe von Hassel und des CDU-MdB Karl-Heinz Hornhues finden. Beide betätigen sich zudem als eifrige Publizisten zum Thema Südafrika. Als Vositzende für die Deutsche Afrika Stiftung waren auch schon die DSAG Kuratoriumsmitglieder Hans Stercken und Liselotte von Rantzau tätig. Die Deutsche Afrika Stiftung arbeitet eng zusammen mit dem

- Afrika-Verein e.V., Sitz in Hamburg, in dem Führungspersönlichkeiten der Wirtschaft zu finden sind. Stiftung und Verein geben zusammen die »Afrika-Post« heraus, in der neben bekannten Namen aus der CDU-internen Pro-Apartheid-Riege auch Aktivisten der DSAG und Vertreter des neofaschistischen Hilfskomitee Südliches Afrika (HSA) regelmäßig zu Wort kommen.

- Das »Komitee Freiheit für Namibia«, das 1989 auf Initiative von DSAG-Mitgliedern gegründet wurde und dem neben dem DSAG-Bundesvorstandsmitglied Wolfgang Reith auch der ehemalige Verteidigungsminister und Vorsitzender der Afrika-Stiftung Kai-Uwe von Hassel vorsteht. Letzterer fiel schon im Jahre 1976 als Unterzeichner eines Spendenaufrufs einer »Initiative Angola-Solidarität« auf- und hinter dieser stand der berüchtigte neofaschistische »Hochschulring Tübinger Studenten« (HTS).

- Die »Deutsche Südwestafrika/Namibia-Vereinigung« mit Sitz in Düsseldorf. Im Kuratorium dieser Gruppe finden sich u.a. die Namen des schon erwähnten Karl-Heinz Hornhues (Afri-

ka-Stiftung, Verein für das Deutschtum im Ausland (VdA)) und Hans-Eberhard Schleyer (Vorstand der rechten Denkfabrik Hans-Martin- Schleyer-Stiftung).

Die DSAG und die Kirchen

Aber auch in kirchlichen Kreisen hat die Politik der Rassentrennung durchaus ihre LobbyistInnen, die eng mit der DSAG kooperieren. So existieren umfangreiche personelle Verbindungen zur katholischen Kirche bzw. zu Organisationen von KatholikInnen. Als Beispiel ist hier der ehemalige bayrische Arbeitsminister Fritz Pirkl, Mitglied des DSAG-Kuratoriums, Vorsitzender der »Gemeinschaft katholischer Männer« und hoher Funktionär des Opus Dei zu sehen. Mit der »Afrika-Fördergesellschaft« existiert gar eine eigenständige Organisation innerhalb der katholischen Kirche. Diese Gesellschaft war vor allem in den 70ern eine der maßgeblichen Kräfte der »Pro Apartheid Publik Relations Arbeit« (so durch die rechtskatholische Bildpost).

Auch innerhalb der evangelischen Kirche hat sich eine Gruppe als Kooperationspartnerin der DSAG etabliert: »Christen für Partnerschaft statt Gewalt«. Diese wird angeführt von Christoph Graf Dönhoff, der zugleich Herausgeber des Organs dieser Gruppe, »Rundbrief«, ist. Von 1961-65 war Dönhoff Direktor der Afrika-Stiftung und von 1968- 80 Präsident der DSAG. Mit von der Partie ist hier auch der Volkswirtschaftsprofessor, rechtskonservative Publizist und DSAG-Kuratoriumsmitglied Heinz Dietrich Ortlieb.

Weitere enge Beziehungen pflegt die DSAG zu Wirtschafts- und Handelsorganisationen; hier heißen ihre PartnerInnen Mittelstandsvereinigung der CDU, Deutscher Arbeitgeberverband und Deutsch-Südafrikanische Handelskammer. Letztere nimmt eine unübersehbare Rolle in der Vermittlung von wirtschaftlichen und politischen Kontakten ein. Bekannt geworden ist ihre Funktion als Organisatorin »diskreter Treffen« zwischen Spitzenfunktionären deutscher Unternehmen (Siemens, Commerzbank u.s.w.) mit Abgeordneten der Nationalen Partei Süd Afrikas unter Pieter Botha, auf denen dann weitreichende »Parteispenden« gegen Investitionsprivilegien gehandelt werden.

Die DSAG und neofaschistische Organisationen / Personen

Diese Südafrika-Lobby – allen voran die DSAG – steht jedoch, wie bereits erwähnt, noch in einem anderen Verbund, nämlich mit einer Reihe rechtsradikaler und neofaschistischer Gruppen. Deutlich wird dies schon anhand des DSAG-Organs »Südafrika Journal«. Hergestellt wird die Zeitschrift in der »Druck & Text GmbH« in Koblenz, eine 1983 von der nationalrevolutionären »Wir Selbst«-Redaktion gegründete »Kollektivdruckerei«, in der neben Magazinen der Neuen Rechten vielerlei faschistische Publikationen hergestellt werden.

Demonstration gegen das Arbeitsgesetz – Pietermaritzburg (Südafrika) Oktober 89

Kontakte und personelle Querverbindungen bestehen zur NPD (Beispiel: DSAG-Aktivist Hans Helmut Schmitz, ehemaliges Mitglied des NPD-Parteivorstandes und ehemaliger Leiter des NPD-Auslandsreferates) und zu den Republikanern (Beispiel: Staatsanwalt Gerhard Feldmeier, ehemaliger Vorsitzender der REPs Frankfurt und gleichzeitig Vorsitzender des dortigen DSAG-Kreisverbandes).

Weitere Verbindungen der DSAG führen zum REP-nahen »Ring Freiheitlicher Studenten« (RFS). Der RFS ist entstanden auf maßgeblicher Initiative des Hochschulrings Tübinger Studenten (Ehrenmitglied Gerhard Löwenthal), welcher enge Kontakte zur WSG-Hoffmann unterhielt. Bei einer Veranstaltung im Jahre 1976 (Thema:»Die kommunistische Aggression in Südafrika«) übernahm die WSG-Hoffmann den Saalschutz und verletzte mehrere GegendemonstrantInnen schwer.

Die augenscheinlichsten Verbindungen am äußersten rechten Rand führen jedoch zum »Hilfskomitee Südliches Afrika (HSA)«, Sitz in Coburg. An die Öffentlichkeit trat dieses »Hilfskomitee« 1976 mit der vehementen Verteidigung des Rassistenregimes in Südafrika und sah seine Hauptaufgabe in der *»Schaffung eines Gegengewichtes zu der süd(west)afrikafeindlichen Agitation durch Aufklärung der Öffentlichkeit..«* Diese »Aufklärung« sollte durch »Südafrika-Seminare« erfolgen, die das HSA seit seiner Gründung jährlich in Coburg durchführt und bei denen neben einschlägigen Faschisten auch Politiker der CDU und CSU als Referenten auftreten. Initiiert wurde das HSA von Peter Dehoust, langjähriges Mitglied der NPD und seit 1971 verantwortlicher Redakteur der Zeitschrift »Nation Europa« (NE), die seit langem als Plattform für Alt-und Neofaschisten aller Couleur dient. Durch ihn ist die Zeitschrift auch zum wichtigsten Sprachrohr des HSA geworden; neben Berichten über die Seminare werden dort regelmäßig Artikel von den Referenten veröffentlicht. 1977 wurde bereits die enge Zusammenarbeit zwischen dem HSA und der DSAG auf dem 2. Südafrika-Seminar beschlossen, so daß die Einladungen zu den Seminaren seitdem auch gemeinsam erfolgen. Ebenso treten die Referenten der Süd Afrika-Seminare immer wieder auf DSAG-Veranstaltungen auf und unternimmt der Vorsitzende des HSA, Dr. Martin Pabst, hin und wieder seine Rundreisen für die DSAG. Organisator der Südafrika-Seminare ist neben Dehoust der Coburger CSU-Funktionär Karl Spieß, Vorsitzender des örtlichen DSAG-Verbandes und emsiger Autor in »Nation Europa«. Weitere regelmäßige NE-Autoren aus den Reihen der DSAG sind Otto Olaf Dillmann und Heinz-Diet-

rich Ortlieb. Für die innige Verbindung zwischen DSAG und HSA zeugt weiterhin die Tatsache, daß der Regionalverband des HSA in Hessen der DSAG untergliedert ist.

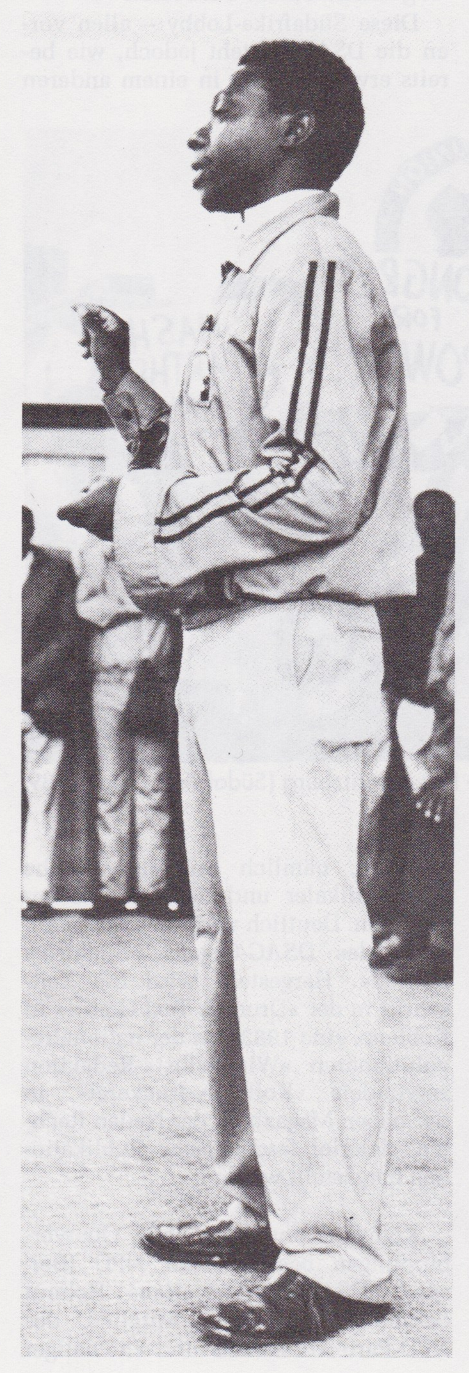
Über die BRD hinaus unterhält die DSAG schließlich noch besonders intensive Verbindungen zur Schweiz, neben der BRD eine weitere wichtige Handelspartnerin Südafrikas in Europa. Der Hauptverbindungsmann dort ist Dr. Ulrich Schlüer, führender Funktionär von allen drei schweizer Südafrika-Organisationen und eine der Größen der Rechtsextremen in der Schweiz. Als Pendant zur DSAG veranstaltet er in Basel ebenfalls Süd Afrika-Seminare, an denen Personen der DSAG teilnehmen so wie er als Referent wiederum auf DSAG- Veranstaltungen auftritt. In der von ihm herausgegebenen, eindeutig rechtsextremen Zeitschrift »Schweizerzeit« publizieren schließlich auch führende Personen der DSAG.

Die Politik der DSAG

Natürlich ist dies nur die Spitze des Eisberges dessen, was an Verbindungen der DSAG zu Faschisten, Rassisten, Wirtschaft und Politik auch international besteht. Wir wollen an dieser Stelle jedoch zunächst die Ebene der Verbindungen von Personen/Organisationen verlassen und uns der Politik bzw. den Inhalten widmen, die die DSAG mittels ihrer Propagandaarbeit zu verbreiten versucht.

Seit ihrem Bestehen redet die DSAG der Politik der getrennten Entwicklung, sprich der rassistischen Apartheidpolitik das Wort. Propagiert wird von ihren ständigen Referenten u.a. *»rein schwarze Autonomenstaaten«*. Zu deren Aufrechterhaltung dienen sogenannte »Paßgesetze«, die nur der schwarzen Bevölkerung mit Arbeitsnachweis erlauben, in die Städte außerhalb der Autonomenstaaten zu ziehen. Dies würde das *»unkontrollierte Wachstum der schwarzen städtischen Bevölkerung«* eindämmen und zudem der *»unheilvollen Verstädterung der Schwarzen vorbeugen«*; unheilvoll deshalb, da *»Schwarze durch die Verstädterung ihrer Identität beraubt würden ..«*, so der ständige DSAG-Referent Otto Olaf Dillmann. Mit der Argumentation »jedem Volk seine eigene Identität« wird ein wesentlicher Denkpfeiler der Neuen Rechten ins Feld geführt, der des »Ethnopluralismus«, womit die Behauptung der *»grundsätzlichen Andersartigkeit, Verschiedenheit von Völkern, Rassen qua Genesis«* gemeint ist und diese Verschiedenheit immer zugleich eine Wertigkeit beinhaltet. An der Spitze der Werteskala steht selbstverständlich die »weiße, europäische Rasse«, deren Privilegien am Kap verteidigt werden sollen. Das klingt dann folgendermaßen: *»Die mit der Entkolonialisierung verbundenen entwicklungspolitischen Mißerfolge enthalten für Südafrika die wichtige Lehre, daß wirtschaftliche Entwicklung einerseits und Entkolonialisierung, d.h. Ausschaltung der weißen Führung andererseits sich in Afrika für lange Zeit gegenseitig ausschließen.. Die Tatsache, daß die meisten den Wunsch haben, einem Wohlstand nach europäischem Muster näher zu kommen,* *bedeutet noch nicht, daß sie auch bereit und fähig sind, die Bedingungen eines solchen Wohlstandes zu begreifen.. Dies gilt auch heute noch für die meisten gebildeten Schwarzen, die mit ihrer Eloquenz von durchaus europäischem Niveau keineswegs genügend Verständnis für organisatorisch-ökonomische und naturwissenschaftlich-technische Zusammenhänge gewonnen haben ..«* so das Kuratoriumsmitglied Ortlieb.

Phineas Sibiya (Betriebsratsvorsitzender der Sarmcol-Fabrik) wurde am 5.12. 1986 von Inkatha-Schlägern und Männern in Polizeiuniform umgebracht.



Eine besonders perfide Argumentation zur Verteidigung der Apartheidpolitik ließ sich Otto von Habsburg bereits vor vielen Jahren einfallen: *»In der Tat, gäbe es volle «Integration« bei dem gegenwärtigen freiwirtschaftlichen System in Südafrika, dann würde das praktisch bedeuten, daß die besser entwickelten Völker, ganz besonders die Inder, aber auch die Weißen und die «Farbigen« dank ihrer höheren Qualifikationen alle Spitzenpositionen in Wirtschaft und Handel besetzen. Die Schwarzen wären gezwungen, sich mit schlechteren Stellen abzufinden. Das System der »Großen Apartheid« hingegen gibt auch Schwarzen die Möglichkeit, in Spitzenstellungen aufzusteigen ..«.*

Angesichts der Reformpolitik, die mit der Ablösung von Pieter Botha durch Frederik de Klerk eingeleitet wurde und die Gegenstand des SA-Seminares 1990 war, äußert die DSAG nun »Besorgnis«. Als Gastreferent zu diesem Seminar war übrigens der außenpolitische Sprecher der Konservativen Partei Süd Afrikas eingeladen, die der Regierung der Klerk angesichts der Abschaffung des Landgesetzes Hochverrat vorwarf. Besorgnis wurde auf diesem Seminar weiterhin kundgetan über die »bedingungslose Freilassung Mandelas, die Legalisierung der radikalen Terrororganisation ANC und PAC und deren Anerkennung als Verhandlungspartner ..«. Wenn schon verhandeln, dann nur mit einem: Mangosuthu Buthelezi, Zulu-Chief und Kopf der Inkatha- Bewegung, der als »repräsentativer Gesprächspartner« schon seit Jahren von der DSAG favorisiert wird. So verschickte sie 1986 mit ihren Einladungsschreiben zu ihren Veranstaltungen eine Dokumentation zu *»Was, eigentlich, wünscht die Mehrheit der Schwarzen in Südafrika?«* Inhalt der Dokumentation ist folgender: *»Die demokratisch legitimierten, d.h. gewählten und für ihre Völker und Länder Verantwortung tragenden schwarzen Führer wenden sich über* S.D. Prinz Ernst von Isenburg (Vorsitzender der DSAG Kreis Langenselbold,kürzlich verstorben, d.A.) *an die Weltöffentlichkeit und fordern:*

- *keine Einmischung von außen;*
- *schon gar kein Desinvestment, sondern mehr Investitionen;*
- *weiterhin: nur friedliche Evolution mit den Weißen zusammen!*

Sie beauftragten...Prinz Isenburg, sie zu vertreten.«

Sodann folgt eine Liste von Personen, die es zu vertreten gilt, an erster Stelle steht der Name Buthelezi. Sinn macht diese Wahl nicht nur hinsichtlich der Forderung nach Aufhebung der Wirtschaftssanktion – seit je innigster Wunsch der DSAG – sondern auch, wenn mensch sich vergegenwärtigt, daß Inkatha von der südafrikanischen Regierung/Polizei unterstützt wurde/wird, sowohl personell als auch durch Lieferung von Waffen, mittels derer die Angriffe auf ANC-MitgliederInnen unvermindert fortgesetzt werden konnten/können. Nach außen als »Stammsfehden« verkauft, sollten durch die von Inkatha initiierten gewalttätigen Auseinandersetzungen stets das Bild vermittelt werden, »die Schwarzen« seien nicht regierungs- bzw. demokratiefähig.

Interessant ist an dieser Stelle ein Vorschlag, den die DSAG in ihrem Jahresbericht 1990 unterbreitet: eine Monarchie für »die Schwarzen«, denn *»Afrikanischer Mentalität entspricht eine Monarchie ohnehin vielmehr als eine Republik, ist jeder Stammeshäuptling letztendlich doch ein kleiner König.«* Sie kommt auch gleich mit einem Vorschlag daher, wer den der König aller Könige sein könnte: Goodwill Zwelethini ka Bhekuzulu, König der Zulu-Nation und seineszeichens Neffe von Mangosuthu Buthelezi.

Soviel zur Haltung der DSAG angesichts der Reformpolitik und dem von ihr verbreiteten und kaum noch zu überbietenden rassistischen Gedankengut. Kontake zu bzw. Zusammenarbeit mit Inkatha/Buthelezi bestehen übrigens schon seit Jahren. 1986 nahm letzterer an einem der »Internationale(n) Kurse für Sicherheitspolitik« teil, die von dem DSAG- Kuratoriumsmitglied Prof.Dr. Werner Kaltefleiter über sein »Institut für Sicherheitspolitik« an der Uni Kiel veranstaltet werden.

Kaltefleiter ist darüberhinaus »Sicherheitsberater« des Kanzlers und war zuvor einer der Leiter der Konrad-Adenauer- Stiftung, deren Inkatha-Unterstüzung durch Steuergelder in Millionenhöhe erst in jüngster Zeit ans Licht der Öffentlichkeit geraten ist. Anwesend waren auf selbigem «Sicherheitskurs» neben hohen Nato- und BND-Funktionären auch Vertreter der rechts- gerichteten RENAMO-Banden aus Mozambique.

Versuch einer Einschätzung: Die neue Linie der DSAG

Nahm die DSAG in der Vergangenheit stets eine ablehnende Haltung gegenüber Reformen ein, so kann mensch nun angesichts der politischen Veränderung in Südafrika auch eine solche Veränderung in der veröffentlichten Meinung der DSAG feststellen. Auffällig ist dies z.B. im jüngsten DSAG-Jahresbericht von 1991, der gegenüber den vorherigen wesentlich »liberaler« gehalten ist und worin eine positive Bezugnahme auf den Reformkurs vertreten wird.

Doch bei der Betrachtung ihrer jahrzehntelangen Geschichte und anhand der Feststellung, daß in den letzten Jahren innerhalb der DSAG weder ein hörbarer Richtungsstreit noch eine grundsätzliche personelle Erneuerung stattgefunden haben, ist der scheinbare Reformkurs dieser Gesellschaft leicht als politisch-taktisches Manöver zu entlarven.

Das politische »Schwarz-Weiß«-Denken, d.h. die Verteidigung der weißen Privilegien am Kap, scheint nicht mehr das alleinige Anliegen zu sein, vielmehr ist die Anstrengung zu erkennen, Südafrika als antikommunistisches Bollwerk zu erhalten. Daher stellt sich für die DSAG eine formelle Machtteilung mit reaktionären, kapitalistisch orientierten Kräften der Schwarzen (INKATHA) als durchaus denkbar dar bzw. als unvermeidlich, wenn nur damit eine Machtübernahme des als kommunistisch angefeindeten ANC zu verhindern ist.

Während der Politik de Klerk's Unterstützung zugesagt wird, wird andererseits die rechte Opposition weiterhin gestützt. So konnte auch auf dem Südafrika-Seminar im April 1992, bei dem der überwiegende Teil der Referenten von der DSAG gestellt wurde, auch »kein Optimismus über den Ausgang des Referendums aufkommen« (Nation Europa). Wenn im DSAG-Jahresbericht 1991 der neofaschistische Afrikanische Widerstandsbewegung (AWB) mit verharmlosender Kritik beurteilt wird, so bleibt wohlweislich unerwähnt, daß zwischen dem AWB und der Konservativen Partei (KP) selbst auf Funktionärsebene eine enge Personalunion besteht.

Auf dem Südafrika-Seminar im September 1991 traten mit dem Vorsitzenden der KP ANDRIES TREURNICHT, und mit dem Apartheid-Chefideologen, CAREL BOPSHOFF wohl die einflußreichsten Vertreter der extremen Rechten Südafrikas als Referenten auf. Die Tatsache, daß dieses Seminar im DSAG-Jahresbericht 1991 in ganzen acht Zeilen ohne Erwähnung des Mitveranstaltes HSA und ohne Hinweis auf die Referenten abgehandelt wurde – was in den vorherigen Jahresberichten jedoch stets der Fall war –, ist ein weiteres Beispiel für die derzeitige Linie der DSAG. Diese sieht ganz offensichtlich vor, die bisher nur notdürftig verdeckten Verflechtungen mit rechtsextremen Gruppen noch stärker aus dem Blickfeld der Öffentlichkeit zu ziehen. Durch die taktische Linie des rechtzeitigen Einschwenkens auf »Reformkurs« hat es die DSAG bisher geschaft, ihre eigene Geschichte sowie ihre führende Rolle in der deutschen Apartheid-Lobby der Öffentlichkeit weitgehend vorzuenthalten.

Die zukünftige Rolle der DSAG läßt sich jedoch nur schwer einschätzen. Es gibt die Ansicht, ihre Rolle als »Verbindungsbüro« wäre mit Aufhebung der internationalen Isolation Südafrikas überflüssig. Dies würde bedeuten, ihr bisheriger Aufgabenbereich würde dann durch staatliche und wirtschaftliche Institutionen abgedeckt und ihre Organisation somit an Einfluß verlieren. Doch diese Einschätzung könnte sich leicht als Fehlspekulation erweisen, denn schließlich verfügt die DSAG über weitreichende Verbindungen, sowohl in wirtschaftlicher wie auch in kultureller Hinsicht – und sie versucht vehement, diese in den Prozeß des Auf- und Ausbaus der Beziehungen zwischen Deutschland und Südafrika einzubringen. Sollte ihr dies letztendlich gelingen, wäre eine politische und gesellschaftliche Aufwertung der DSAG zwangsläufig die Folge.

An dieser Stelle soll noch einmal darauf hingewiesen werden, daß die DSAG keinesfalls eine sektiererische, nur auf Südafrika fixierte Gruppe darstellt, sondern daß sie vielfältige internationale Beziehungen unterhält, was allein schon durch ihre ausgeprägte Personalunion mit der PEU und der Hanns-Seidel- Stiftung (allgemein als das »Außenministerium der CSU« angesehen) deutlich wird. Als Beispiel sei hier die chilenische Militärjunta angeführt, die seinerzeit in West-Deutschland vom »Deutsch-Chilenischen-Freundeskreis« und vom »Freundeskreis der Colonia Dignidad« protegiert wurde; Gruppen, in denen v.a. die DSAG- Kuratoriumsmitglieder Hans Graf Huyn, Gerhard Löwenthal und Erich Strätling aktiv waren/sind. Die wirtschaftlich und politisch einflußreichsten Organisationen, die in Kooperation mit der DSAG stehen, sind jedoch zweifelsohne die PEU und die Hanns-Seidel-Stiftung (HSS). Wie weit die Unterstützung der HSS für die Rassisten im südlichen Afrika geht, wird deutlich am Ausspruch von Adolf Brinkmann, eine der führenden Personen der »Nationalen Partei« in Namibia, Hauptansprechpartner des Hilfskomitee Südliches Afrika und eifriger Schreiber in Nation Europa. *Dieser äußerte sich als Gastgeber einer NPD-Reisegruppe wie folgt: »Die Gelder von der CSU und ihrer Hanns-Seidel-Stiftung sind zwar reichlich, aber* viel zu offen geflossen. Das hätte diskreter gehalten werden müssen.«

Aus all dem bleibt festzuhalten: die Vereinigung von Rassisten aller HERREN Länder erfolgt nie unter einem Dach, sondern unter vielen. Eines davon ist die DSAG, seit jahrzehnten rassistische Propaganda betreibend – mal in »verfeinerter«, mal in »grober« Form – und in deren Gremien sich Unionspolitiker und Neofaschisten die Hand reichen. ■



Polizisten mit einigen der 69 Schwarzen, die 1960 in Sharpeville getötet wurden (Bild oben). Queenstown, im Dezember 1985: Ein Demonstraant hält ein hölzernes Modell eines AK-47 Gewehrs als Symbol des Kampfes gegen die südafrikanische Regierung, während Träger den Sarg eines von elf Opfern zu einer Massenbeerdigung bringen.



AntifaschistInnen werden aktiv

Hau weg den Scheiß!

Antifaschistischer Kampf muß international geführt werden. Theoretisch ist diese Erkenntnis Allgemeingut, praktisch umgesetzt wird sie fast nie.

Je deutlicher wird, wie eng verflochten gerade die nationalistischen faschistischen Gruppierungen ihre internationalen Netzwerke spinnen, desto größer wird die Einsicht in die Notwendigkeit internationaler Zusammenarbeit.

Bestehende Kontakte

1988 führten die Berliner AntifaschistInnen in Abstimmung mit britischen, schwedischen und französischen AntifaschistInnen Aktionen durch. Seit dieser Zeit besteht die Zusammenarbeit mit GenossInnen in diesen Ländern. In Austausch von Informationen konnten sich 'Stoppa rasismen' in Schweden, 'Searchlight' und 'Antifascist Action' (AFA) in England und das Antifaschistische Info-Blatt in Berlin gegenseitig unterstützen. Zusätzlich rissen auch die Kontakte zu GenossInnen von 'SCALP' (Section Carrement Anti Le Pen) und der Pariser Antifa-Zeitung 'REFLEXes' nie ab.

Angesichts der massiven Bedrohung von Flüchtlingen in Deutschland zeigten die GenossInnen in Schweden und England deutlich, was internationale Solidarität über Info-Austausch hinaus konkret bedeuten kann. In London protestierten 500 AntifaschistInnen vor der Botschaft der BRD gegen die deutsche Regierung, die diese Ausschreitungen geschürt hatte. In Manchester, Leeds und Newcastle gab es weitere Aktionen. In Stockholm gingen 1.500 Menschen auf die Straße, andere in Göteborg und Växjö.

Schweden 1991

Die schwedischen Aktionen halten wir für ein gutes Modell, wie internationale Zusammenarbeit praktisch aussehen kann. Die Demonstration war, wie auch die englischen Aktionen, bewußt auf den 9.November gelegt, der in Deutschland seit Jahren ein Aktionstag gegen Rassismus ist. Sie war deutlich als Solidaritätsaktion geplant und führte zur Deutschen Botschaft. Gleichzeitig sollte jedoch der Kampf im eigenen Land vorangebracht werden. Solidarität mit den Flüchtlingen und Antifas in Deutschland war die eine Seite, die andere war: Kämpft, damit es hier nicht soweit kommt.

Mehr als 5.000 DM aus Spenden waren der materielle Nutzen dieser Aktionen. Danke nochmals nach Schweden und England: Aus englischen Gewerkschaftskreisen erhielten wir erneut fast 700,- DM, in Schweden kamen sogar 1850,- DM zusammen.

Rumsitzen und Reden

Vom 8.–10.Mai hatte die Initiative EAFE zu einer europaweiten Konferenz im niederländisch-belgisch-deutschen Dreiländereck eingeladen. Ziel dieser Konferenz war die offizielle Gründung eines Verbandes europäischer AntifaschistInnen.

Eine verbindliche Zusammenarbeit antifaschistischer Initiativen mindestens in Europa befürworten wir. Wenn es sich auf der Grundlage einer solchen Zusammenarbeit als nötig oder richtig herausstellt, ihr den formalen Ausdruck einer Vereinsgründung zu geben oder ein Manifest zu verfassen, werden wir uns auch daran beteiligen. Den Versuch, wie er im Mai - übrigens in der Umgebung von Maastricht - gemacht wurde, halten wir für überflüssig.

Die Zusammenarbeit der niederländischen, deutschen und belgischen Gruppen, von denen die Initiative ausging, scheint gut zu funktionieren, und den Versuch, dies auszuweiten, begrüßen wir. Doch sind den Gruppen unserer Ansicht nach entscheidende Fehler unterlaufen.

So ist keine für uns erkennbare Auswahl getroffen worden, welche Gruppen eingeladen werden. Auch die Legitimierung der Delegierten als VertreterInnen zumindest eines relevanten Teils des antifaschistischen Widerstandes in ihrem Land fand nicht statt; die Delegierten stellten sich nicht einmal vor. Daraus folgte unter anderem, das eine recht kleine Gruppe aus England die Konferenz weitgehend dominieren konnte.

Unserer Erfahrung nach sind Treffen, bei denen nicht vorher klar ist, welche Gruppen anwesend sind und bei denen keine Auswahl bei den Einladungen stattfindet, meistens zum Scheitern verurteilt.


Wir haben die Wahl: Europa so...

Dazu kam aber noch ein weiterer Fehler: Ziel der Konferenz war der Beschluß einer gemeinsamen Plattform statt der Vereinbarung gemeinsamer Aktivitäten. So drehte sich die Diskussion während der zwei Tage nur um ein Manifest, das nichts ausdrückte, weil es gar nicht Manifest eines laufenden, aktiven Widerstandes sein konnte. Das meinen wir unabhängig von dem, was in den Vorschlägen geäußert wurde. So blieb unser Delegierter den Diskussionen nach einer Weile fern und ärgerte sich, daß er nicht in Berlin geblieben war, um gegen die »Nationalen« zu demonstrieren. Eine Delegierte einer britischen Basis-Initiative brachte es auf den Punkt: *»Bei dieser Diskussion fühle ich mich einsamer und verlorener, als wenn ich 500 BNP-Leuten gegenüberstehe...«*(BNP -British National Party)

Falsche Solidarität

Stark dominiert wurde die Diskussion von Vertretern einer britischen Gruppe, die unter dem Namen 'Cafe' (Campaign against Fascism in Europe) auftrat. Diese Gruppe forderte eine europa-weite Mobilisierung zum 1.Mai nach Paris. Unsere GenossInnen von 'Reflex' wiesen diese Anmaßung zurück. »Cafe« hatte als Vorfeld- Organisation der 'Anti Nazi League' bereits versucht, die französische Antifa-Szene zu dominieren und ihnen Ratschläge erteilt. In einem offenen Brief erteilte ihnen 'Reflex' eine scharfe Absage: *»Unsere Gruppe arbeitet seit 6 Jahren mit einer erklärten und erprobten Strategie, um den französischen Faschismus zu bekämpfen. Andere Gruppen sind hier ebenfalls seit langer Zeit verankert, die als Teil einer vereinigten antifaschistischen Front arbeiten. Wir finden es anmaßend, daß ihr glaubt, ihr könnt eure Lakaien hier 'rüber schicken, um eine Kampagne gegen Le Pen zu starten ohne irgend einen Versuch, französische Antifa-Gruppen anzusprechen... Wir wünschen die Unterstützung ausländischer Organisationen für unsere Kampagnen hier, aber die französische Antifa-Bewegung wird ihre Arbeit nicht unterhölen und zerstören lassen durch gedankenlose und bevormundende Versuche der ANL, unseren Kampf zu übernehmen, ohne auch nur höflich genug zu sein, mit den hier bereits arbeitenden Gruppen Kontakt aufzunehmen.«* (zitiert nach 'Searchlight', June 1992)

Dieser Brief gibt der von 'Reflex', dem 'Info-Blatt' und anderen Gruppen vertretenen Ansicht Ausdruck, daß ein solidarischer Kampf nur geführt werden kann, wenn die Wünsche, Vorstellungen und Erfahrungen der einzelnen Gruppen ernst genommen werden. Das gilt für internationale Zusammenarbeit ebenso wie für bundesweite. Aufgrund dieser Auffasung wurde der Vorschlag von 'Cafe' von uns abgelehnt. Eine Zusammenarbeit muß auf der Grundlage einer aktiven Arbeit im eigenen Land stattfinden. Direktes Eingreifen in Auseinandersetzungen in anderen Ländern und Regionen, in denen es antifaschistische Strukturen gibt, kann nur auf deren ausdrücklichen Wunsch und in Absprache mit ihnen stattfinden.

Wichtiger als das Eingreifen in anderen Ländern ist aber der Kampf gegen die Verhältnisse, mit denen wir selber konfrontiert sind.

Aktionstag am 9.November

Wegen der Erfahrungen in der Zusammenarbeit mit Schweden und als europaweite Antifa-Aktion, die unseren Vorstellungen näher kommt, wurde auf der Konferenz durch 'Stoppa rasismen' und das 'Info-Blatt', mit Unterstützung von 'Reflex', 'AFA' und 'Searchlight', der Vorschlag eingebracht, den 9.November zu einem europaweiten Aktionstag zu machen. Da in Deutschland an diesem Tag seit Jahren Aktionen stattfinden (und im selben Zeitraum auch die faschistischen Gedenkmärsche in Halbe bei Berlin) und da 'Stoppa rasismen' dieses Jahr auch Aktionen machen will, lag der Vorschlag nahe. Wir halten es für besser, am selben Tag, aufeinander Bezug nehmend, im eigenen Land Aktionen zu machen, die der eigenen Situation angemessen sind, als alle AntifaschistInnen Europas irgendwohin zu mobilisieren.

Es wäre gut, wenn antifaschistische Demonstrationen in der näheren zeitlichen Umgebung dieses Termins darauf Bezug nehmen, z.B. indem Grußadressen verlesen werden etc.

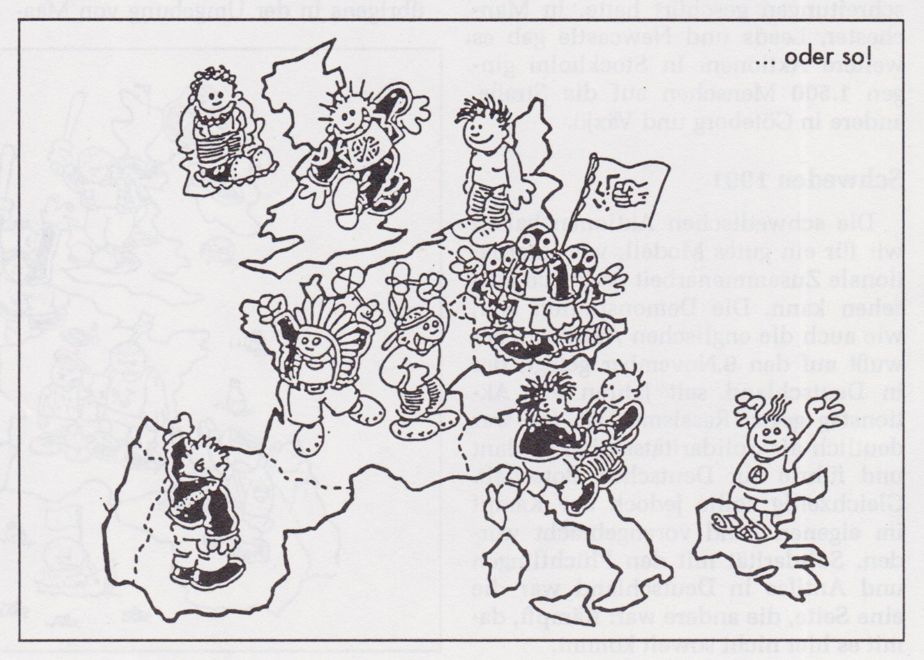
MACHT DEN 9.NOVEMBER ZUM EUROPÄISCHEN ANTIFA-AKTIONSTAG!!

Konkrete Ergebnisse

Als Konferenz hat uns das Wochenende wenig gebracht. Am Rande allerdings gab es konkrete Ergebnisse. Während in zweitägigen Diskussionen fast nichts gesagt wurde, setzten sich VertreterInnen einzelner Gruppen zusammen, und vereinbarten in einem halbstündigen Gespräch eine engere Zusammenarbeit. Beteiligt waren daran Gruppen aus Frankreich, Großbritannien, den Niederlanden, Norwegen, Schweden und Deutschland. Kontakte nach Belgien, Griechenland und Italien werden ausgeweitet.

Auffallend an diesem Arbeitsgespräch war wieder einmal, wie wenig über bestimmte Themen diskutiert werden mußte: In praktischer Arbeit werden manche Punkte einfach klar, so z.B. daß antifaschistischer Kampf sowohl auf der Straße als auch politisch geführt werden muß. Solche Sachen waren für die beteiligten Gruppen Voraussetzung, ebenfalls, daß eine konkrete Zusammenarbeit besser ist, als alle Manifeste, hinter denen nichts steht.

Wie diese Zusammenarbeit ausfallen wird und ob alle beteiligten Gruppen sie ernst nehmen, wird die Zukunft zeigen. Besonders auf den 9.November sind wir gespannt. Für die Leserschaft unserer Zeitung wird sie hoffentlich mehr und bessere Informationen über den antifaschistischen Kampf in unseren europäischen Nachbarländern mit sich bringen. ■



Wunsiedel

alle Jahre wieder Aufmarschort von Faschisten aus vielen Ländern

Wunsiedel August 92: Der Todestag von Rudolf Hess jährt sich zum 5. mal. Die ersten Aufrufe der Faschisten zum »Rudolf-Hess-Marsch 92« sind im Umlauf und die ersten Vorbereitungstreffen finden statt. Dieses sich alljährlich wiederholende Spektakel entwickelte sich zu einem Kristallisationspunkt der militanten Rechten, bei dem sich mittlerweile die Täter von Hoyerswerda bis Schönau mit immer größeren Kreisen der Schreibtischtäter treffen, um ein »Fanal für Deutschland« auf die Sraße zu bringen. Auch die von Anfang an vorhandene internationale Beteiligung stieg 91 sprunghaft an. Wir wollen mit diesen Beitrag die Entwicklung nachzeichnen und die beteiligten Gruppen darstellen.



Bayreuth 91: Die »Führung« berät sich. Thomas »Steiner« Wulf (NL,Hamburg – mit Funkgerät), Gottfried Küssel (VAPO – rechts daneben), rechts daneben ein weiterer Kamerad von der VAPO und Christian Malcoci (links, mit Brille und Rollmütze)

Auch Tore van Moekensen aus Flandern in Belgien war 1991 mit dabei



»Rudolf Hess - Märtyrer für Deutschland«

Als Rudolf Hess am 17.8.87 als 93-jähriger im Gefängnis von Berlin-Spandau starb, war der Mythos vom Märtyrer in der Neofa-Scene schon lange am Leben. Er wurde hochstilisiert zum *»Botschafter des Friedens«*, der durch seine Fallschirmlandung in England *»sein Leben auf's Spiel setzte, um in einen kühnen Alleingang den Frieden zu retten«* (Vortrag W.R.Hess).

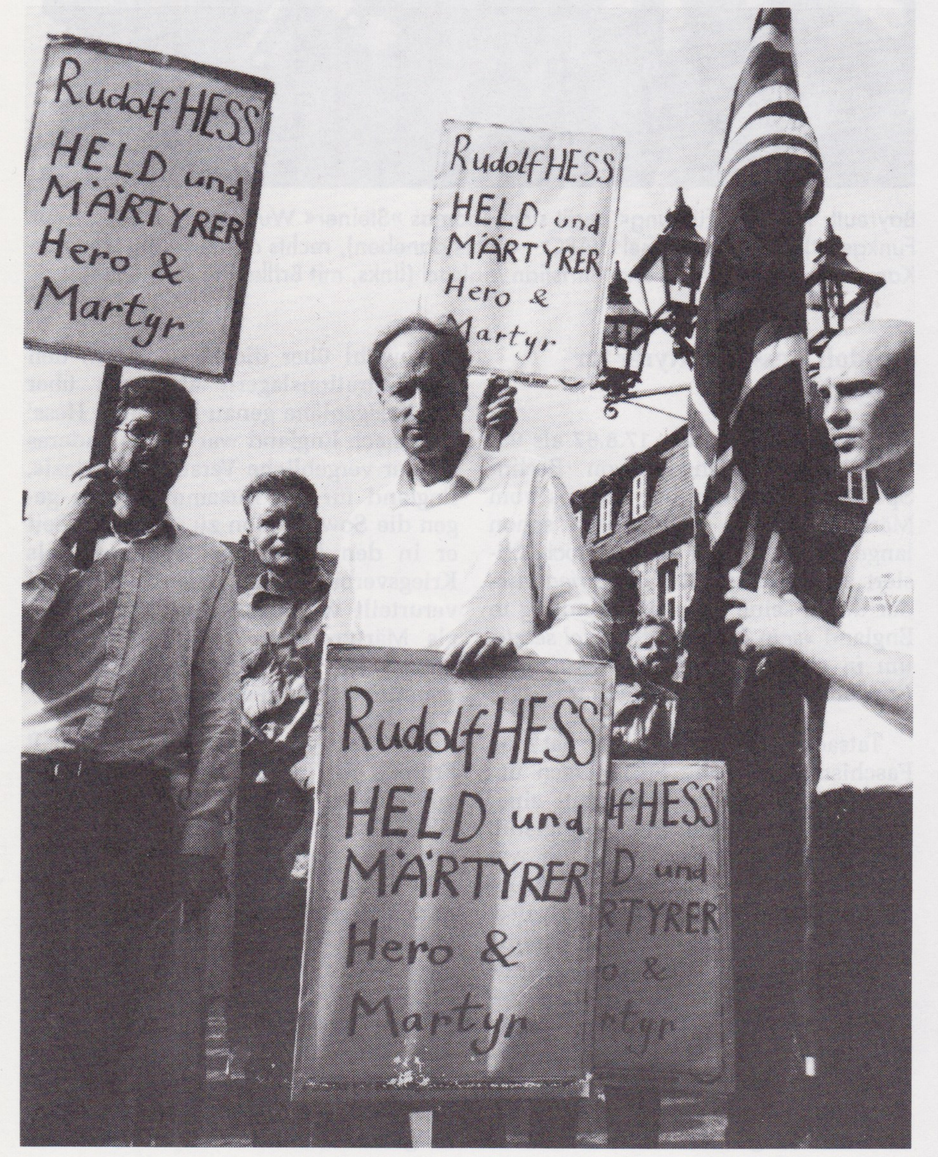
Tatsache jedoch ist: Hess hat den Faschismus und die Strömungen um Hitler (Europakonzeption mit einer starken Achse Deutschland- England) von Anfang an mit aufgebaut. Er war schon beim Putschversuch in München 1923 dabei. Als Hitlers »Privatsekretär« lies er sich »Mein Kampf« diktieren. Nach der Machtübernahme der Nazis wurde er »Stellvertreter des Führers der NSDAP« später außerdem »Reichsminister ohne Geschäftsbereich«. An ihm ging kein Weg vorbei, wenn es sich um Verordnungen oder Gesetzesvorlagen handelte. So wußte er sowohl über die Zustände in den Konzentrationslagern als auch über die Kriegspläne genau bescheid. Hess' Flug nach England war nichts anderes als der vergebliche Versuch der Nazis, England für ein Zusammengehen gegen die Sowjetunion zu gewinnen.Seit er in den Nürnberger Prozessen als Kriegsverbrecher zu lebenslanger Haft verurteilt wurde, diente sein Mythos als Märtyrer den Faschisten immer wieder als Konzentrationspunkt zum Sammeln verschiedener Kräfte.

1967 wurde die »Hilfsgemeinschaft Freiheit für Rudolf Hess e.V.«(HFRH) von seinen Sohn WOLF RÜDIGER HESS ins Leben gerufen, die immer wieder Kampagnen zur Freilassung und völligen Rehabilitierung starteten. In den 70er Jahren bis 81 war ihr erster Vorsitzender EWALD BUCHER, CDU, »Bundesminister a.D.«, der aus Protest gegen die Ablehnung der Verjährung von Nazi-Verbrechen durch den Bundestag 1965 von seinen Posten zurück- und in die braune Gemeinschaft eintrat. Und die Gesellschaft mit ihren Mitgliedern und Akteuren in der er

sich befand, spricht für sich: BERTOLD RUBIN, Mitarbeiter der Deutschen Nationalzeitung, Gründer der Aktion Deutscher Osten, Gründer der CSU-Freundeskreise, Mitinitiator des von GERHARD FREY gegründeten Freiheitlichen Rats, ... sprang 1968 am Geburtstag von Hess mit dem Fallschirm an der Stelle ab, wo Hess gelandet war. Einer der beiden Rechtsanwälte der HFRH, EBERHARD ENGELHARDT referierte vor Mitgliedern der Gesinnungsgemeinschaft, die im Anschluß das Nürnberger Fußballstadion mit Parolen zur Freilassung von Hess vollsprühten. ENGELHARDT war zeitweise auch Anwalt von RÖDER, dem Gründer der Deutschen Bürgerinitiative, der mit seinen Deutschen Aktionsgruppen mehrere Sprengstoffanschläge verübte. Zum 80. Geburtstag von Hess stürmten 50 Faschisten unter Führung von RÖDER und THIES CRISTOPHERSEN eine antifaschistische Ausstellung in Berlin. Die HFRH hatte nach eigenen Angaben 2000 Mitglieder und beste Kontakte ins Ausland, rühmte sich, »Aktive« in Chile, Brasilien und Spanien zu haben. Direkte Unterstützung erhielt die HFRH aus den HIAG-, Stahlhelm- und NPD-Kreisen, die über ihre Organe und Ortsgruppen die Kampagnen zum Teil direkt trugen. Unterstützung erhielt sie auch von eher neurechten JN-Gruppen, die den Friedensnobelpreis für Hess forderten, bis zur Wehrsportgruppe Hoffmann, die sich mit Übungen und den Plänen der Kanalisation unter Spandau für Hess Befreiung vertraut machten. Die HFRH verstand es im Laufe der Jahre über 200000 Unterschriften unter ihrer Forderung nach Freilassung des Nazi- Verbrechers Hess zu sammeln.Dabei diente ihnen die Person Hess letztendlich als Vehikel um eine Rehabilitierung des Nazismus als gesellschaftliche Ideologie zu betreiben und Geschichte umzuschreiben. Seit dem Tod von Hess wurde der


Berthold Dinter (Rheda Wiedenbrück)

gebastelte Mythos erst recht wirksam, und eine engere Zusammenarbeit der verschiedenen Gruppierungen der Faschisten fand um den Kristallisationspunkt der Grabstätte in Wunsiedel statt. Hess als Mittel.



Die Delegation aus Großbritannien: In der Mitte Richard Edmonds von der British National Party (BNP)

17.August 1987- Der Mythos lebt!

Noch am gleichen Abend des Todes von Rudolf Hess fanden in einigen Städten, darunter Berlin, Hamburg, Wien und München spontane Aufmärsche und Brandanschläge einiger Faschisten statt. In den darauffolgenden Tagen wurde der Friedhof in Wunsiedel in Erwartung des Begräbnisses von hunderten von Faschisten trotz Versammlungsverbot belagert. »Kameraden der 'Kampfgruppe Ostwestfalen' trugen ein Transparent voran: 'Wolfszeit ist!' Fahnen mit Runenzeichen wehten. Polizeihunde bellten...« beschreibt CHRISTIAN WORCH seine ersten Eindrücke vor Ort.

Rudolf Hess selbst wurde jedoch erst im März 88 im engen Kreis seiner Verwandten und Freunden, wie dem früheren bayrischen Innenminister ALFRED SEIDEL, begraben. Am schnellsten erkannten die Aktivisten der Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front die Chance, die die künftige Grabstätte als Wallfahrtsort innehat. MICHAEL KÜHNEN kündigte im Mai 88 an, daß der Ort in Zukunft nicht mehr zu Ruhe kommen werde. Über BERTOLD DINTER (ehemaliges NPD-Mitglied, Hrsg. des Käseblattes »Wehr dich« und Teilnehmer am NSDAP/AO-Treffen am 4.7.90 in Kollund!!) als Anmelder, und CHRISTIAN WORCH von der Nationalen Liste als Stellvertreter begannen die Vorbereitungen für den 1. Rudolf-Hess-»Gedächtnis«- Marsch.Vertreten durch den Hamburger Fascho-Anwalt JÜRGEN RIEGER wurde ein Verbot des

Landratsamtes vor dem Verwaltungsgericht angefochten. Dem Aufruf folgten jedoch im ersten Jahr gerade 120 Personen, was eine schwere Enttäuschung für die Organisatoren darstellte. Darunter jedoch die Kader verschiedener Gruppierungen und die ersten Faschisten aus dem europäischen Ausland, wie Italien.

1989 das gleiche Bild: DINTER meldete den Aufmarsch präventiv bis 95 an, und führte zusammen mit WORCH und zu diesen Zeitpunkt noch STEFAN MANNECK aus Bamberg die Verhandlungen mit dem Landratsamt. RIEGER übernahm seitdem alljährlich den Rechtsstreit. Ergebnis in diesen Jahr waren bereits 250 Faschisten auf den Straßen von Wunsiedel und eine erstmalige Beteiligung des FAP-Flügels unter Führung von FRIEDHELM BUSSE, der sich dafür auch ans Mikrofon begeben durfte. Unter der noch relativ geringen Zahl befand sich alles, was in der militanten Neofa-Scene Rang und Namen hatte: Die Nationale Liste mit THOMAS »STEINER« WULF; HEINZ REISZ, OTTO RIEHS, GERALD, WOLFGANG und RENATE HESS von der Nationalen Sammlung; die FAP war mit AXEL ZEHNSDORF, MICHAEL KRATZ, JÜRGEN MOSSLER, MICHAEL SWIERZEK, GISBERT REICHEL, OLIVER SCHWEIGERT, »SS-Sigi« SIEGFRIED BORCHARDT und CHRISTIAN MALCOCI vertreten; EDGAR und LILO GEIß vom Volksbund Rudolf Hess filmten die ganze Chose ebenso wie die Wicking-Jugend Altsemester THEODOR und RENATE KOTZENBAUER vom Nürnberger Videodal; Kühnen-Stellvertreter THOMAS BREHL und GOTTFRIED KÜSSEL (von der VAPO aus Österreich) waren ebenso wie CHRISTA GÖRTH von der Hilfsgemeinschaft nationaler Gefangener vertreten. Neben WORCH und BUSSE wurden die Abschlußreden von BERT ERIKSON (von der verbotenen VMO und ehemaliger Wirt des »Cafe Odal« in Antwerpen) und einem Faschisten aus Belgien gehalten. Eine Gegendemonstration von 300 AntifaschistInnen war in diesem Jahr zum ersten Mal durch eine rein regionale Mobilisierung zustande gekommen.

1990 entstand auch durch die »Wiedervereinigung« mit der DDR eine neue Qualität für den Aufmarsch in Wunsiedel. BERTOLD DINTER, der alljährliche Anmelder, hatte mittlerweile OTTO RIEHS als Vorsitzenden des Volksbund Rudolf Hess abgelöst. Er erwartete eine größere Beteiligung der frisch angeschlossenen Faschogruppen aus den neuen Bundesländern. Unterstützt vom alten Team WORCH/ RIEGER sowie KAI DALEK (GdNF/Kronach) und EWALD ALTHANS (Deutsches Jugendbildungswerk/AVÖ- München) bereiteten sie den Faschoaufmarsch vor. Und der Mob kam: Unter den gut 1000 Faschisten liefen FRANK HÜBNER von der Deutschen Alternative vereint neben THOMAS FINK von der Deutschen Bismarkjugend (und mittlerweile Sauerländischen Aktionsfront). Greise wie ROLAND TABERT, Gründer der ehemaligen Nationalen Deutschen Befreiungsbewegung, durften ebenso nicht fehlen wie der besonders agressive Leipziger RICARDO STURM, PETER BOCHE von den Republikanern Ostberlin, und KARL POLACEK von der FAP. Ordnerdienstfunktionen übernahmen KAI DALEK als Leiter, GOTTFRIED KÜSSEL mit seiner VAPO-Truppe, THOMAS STECHER (Erlangen, der mittlerweile dem Nationale Offensive- Spektrum angehört), MEINHARD ELBING von der Nationalistischen Front aus Bielefeld, und ein SCHUDHASCH, der bei den letzten Landtagswahlen in Schleswig-Holstein auf Platz 8 der DVU-Landesliste kandidierte. Auch die Personen, die sich am Rande dezent zurückhielten waren hochinteressant. Zum Beispiel die Schwarze Witwe FLORENTINE ROST VAN TONNINGEN und ihr Begleiter TORE VAN MOEKENSEN aus Belgien. Der ganze Zug wurde schließlich vom bayrischen USK und starken Bundesgrenzschutzeinheiten durch die Stadt geleitet, um ein Aufeinandertreffen mit den bundesweit mobilisierten 2000 Antifas zu verhindern. Landrat Seiser (SPD) hielt es auf Anfrage der Polizei, die sich nicht hundertprozentig in der Lage sah, dies zu verhindern, nicht für nötig, deshalb den Faschistenaufmarsch kurzfristig zu untersagen. So waren es lediglich interne Auseinandersetzungen in der Fascho-Scene (BUSSE regte sich über die Anwesenheit von MICHAEL KÜHNEN auf, und wurde kurzerhand mit seiner FAP-Truppe an das Ende des Zuges verwiesen) von denen sich die Faschisten behindert sahen.



Wunsiedel 90: Frank Hübner (DA; Cottbus; links) und Thomas Fink (Sauerländer Aktionsfront; W-8870 Günzburg/Donau, Postfach 1404, Tel.: 06629-6894, Autotel.: 9161/1725630). Er hat in diesem Jahr den ersten Aufruf für einen »Rudolf Heß Marsch« in Wunsiedel verschickt, die angegebenen Tel.Nr. sind die Kontaktnummern vor und während der Demo.

Durch die Bank feierten die Faschisten den Marsch von 1990 in ihren Publikationen als »Durchbruch« (»Index« der Nationalen Liste) oder den »Sieg« (»Deutscher Beobachter« der Nationalen Offensive). Angesichts dessen wurden die rechten Organisatoren schon euphorisch: *»Wir gehen davon aus, daß im nächsten Jahr die linke Gegendemonstration nicht mehr stattfinden darf... Dann wird es zu einer Situation kommen, wo nicht mehr vorwiegend nur die jungen, radikalen, nötigenfalls auch zur Gegenwehr bereiten, Kameraden kommen. Die guten Bürger des Nationalen Lagers, die Schlips- und- Kragen-Träger und viele ältere Leute, die aus Angst vor Steinwürfen zu Hause geblieben sind, werden sich anschließen.«* (CHRISTIAN WORCH in der gemeinsam mit EWALD ALTHANS herausgegebenen Broschüre »Wunsiedel 90«). Und die Entwicklung gab ihnen Recht. Für den 4. Hess- »Gedenk«marsch verbreiterte sich Spektrum der Aufrufer stark. Zum ersten Mal dabei war die 89 als Nachfolgeorganisation der »Hilfsgemeinschaft Freiheit für Rudolf Hess« gegründete »Rudolf- Hess- Gesellschaft«. Sie rief dazu auf, sich an der Demonstration zu beteiligen und sich

beim Organisator BERTHOLD DINTER zu melden, nachdem man in den Vorjahren abwartende Distanz gezeigt hatte. Vereinsvorsitzende sind RÜDIGER WOLF HESS (der Sohn von Rudolf Hess) sowie MARGRET KARN aus Duisburg, die GERT SUDHOLD (ehem. Vorsitzender der Gesellschaft für freie Puplizistik) im Dezember 90 in seinen Amt ablöste. Ebenfalls interessant ist das Umfeld, das sich als Referenten der Rudolf Hess Gesellschaft zur Verfügung stellt. Dazu gehören: – ALFRED SEIDEL, ehemaliger bayerischer Innenminister, der wegen seiner Nazi-Vergangenheit seinen Dienst quittieren mußte; – ALFRED SCHICKEL, Vorsitzender der »Zeitgeschichtlichen Forschungsstelle Ingolstadt«, der eher als Autor in den Blättern der »Neuen Rechten« wie »Europa Vorn«,»Zeitenwende« und »Junge Freiheit« zu finden ist.

Die englische Übersetzung des Buches von RÜDIGER HESS über seinen Vater erscheint 1992 frisch bei Samisdat Publishers /Toronto- Kanada, der Adresse von ERNST ZÜNDEL. Er und PEDRO VARELA (Madrid/Spanien), sowie das US-amerikanische Institut for Historical Review sind neben DAVID IRVING aus England einige der Motoren bei dem derzeitigen Versuch der Faschisten, die Massenvergasungen im KZ Auschwitz zu leugnen. Alle drei riefen 1991 erstmalig mit zum Hess-Marsch auf. DAVID IRVING wurde sogar von EWALD ALTHANS als Hauptredner angekündigt. Weitere internationale Faschisten riefen ebenfalls auf: RIJS KNUDSEN (aus Aalborg, Vorsitzender der dänischen nationalsozialistischen Vereinigung); BERT ERIKSON (Antwerpen), CLAUDE CORNILLEAU (Paris, von der PFNE), ALDO MONITI (Mailand), CHRISTIAN RUIZ (Madrid, CEDADE). Als Ergebnis marschierten 91, nachdem in Wunsiedel ein 2-tägiges allgemeines Versammlungsverbot erlassen wurde, auf der von JÜRGEN RIEGER angemeldeten »Protestkundgebung« im nahegelegenen Bayreuth gut 250 (von knapp 2000) Faschisten, die mit Bussen aus Belgien (Vlams Blok), Frankreich, Italien, Spanien, Österreich und England (British National Party mit ihren Vorsitzenden RICHARD EDMONDS) angereist waren. Auch das Spektrum der BRD erweiterte sich. Neben den auch schon in den Vorjahren mobilisierenden Gruppen wie Nationale Offensive, dem Deutschen Jugendbildungswerk, Nationale Liste, Deutsche Alternative, riefen auch Gruppen wie die Kameradschaft Gorbitz, das Berliner Forum und der als Jugendorganisation der Deutschen Liga für Volk und Heimat gegründete Bund Reichstreuer Jugend mit seinen Vorsitzenden GÜNTER BOSCHÜTZ nach Wunsiedel auf. So bot Bayreuth ein buntes Bild vom eher bieder gekleideten JUCHEM (»patriotischer Puplizist«, Sprecher der »Aktion Freies Deutschland« und Deutsche Liga-Unterstützer) bis zu den volltrunkenen Fascho-Skins; von der belgischen Volkstracht bis zum Trommler- zug der FAP.

Die 2500 AntifaschistInnen konnten zwar ihren Abschlußkundgebungsort besetzen, wurden jedoch die restliche Zeit von starken Polizeikräften begleitet und um die Innenstadt von Bayreuth herumgeführt.

Die ersten Aufrufe der Faschisten für 1992, die zum Beispiel von THOMAS FINK (Günzburg) mit der Post des Förderkreis Vereinigte Rechte (Initiator PETER DEHOUST von der Zeitschrift Nation und Europa) breit verschickt werden lassen für dieses Jahr eine weitere Verbreiterung der Teilnehmer befürchten. ■



Für eine große internationalistische antifaschistische Demonstration

Ausgangslage I

Am 17.8.92 ist der 5.Jahrestag des Hitler Stellvertreters und Kriegsverbrechers Rodolf Heß. Er starb 1987 im Gefängnis der Alliierten in Berlin-Spandau und wurde in Wunsiedel beerdigt. Seit 1988 veranstalten Faschisten einen »Rudolph Heß Gedenkmarsch«. Inzwischen ist Wunsiedel für das gesamte Spektrum des europäischen faschistischen Netzwerkes, vom Ideologen bis zum Nazi-Skin, zum »Wallfahrtsort« geworden. Die faschistische Demonstration ist auch Ausdruck der zunehmenden Zusammenarbeit der verschiedenen Flügel innerhalb ihrer Reihen. 1991 waren in Bayreuth (für ganz Wunsiedel galt ein 48 Std. allgemeines Versammlungsverbot) 2000 Rechte versammelt, was damit die größte faschistische Ansammlung auf dem Boden der BRD darstellte. Dieses Jahr rechnen wir mit 2500-3000 Faschisten aller nur erdenklichen Richtungen und aus den verschiedensten Ländern, so auch aus dem ehemaligen Ost-Block. Für eine Gegendemonstration waren 1991 2000 AntifaschistInnen mobilisiert worden. Den faschistischen Aufmarsch konnten wir nicht verhindern. Auf der Rückfahrt wurden 4 zusammen fahrende Busse durch Faschisten angegriffen, es gab Verletzte und einen Sachschaden von 15000,– DM. Desweiteren gab es 1991 Probleme bei der kurzfristigen Ummobilisierung von Wunsiedel nach Bayreuth.

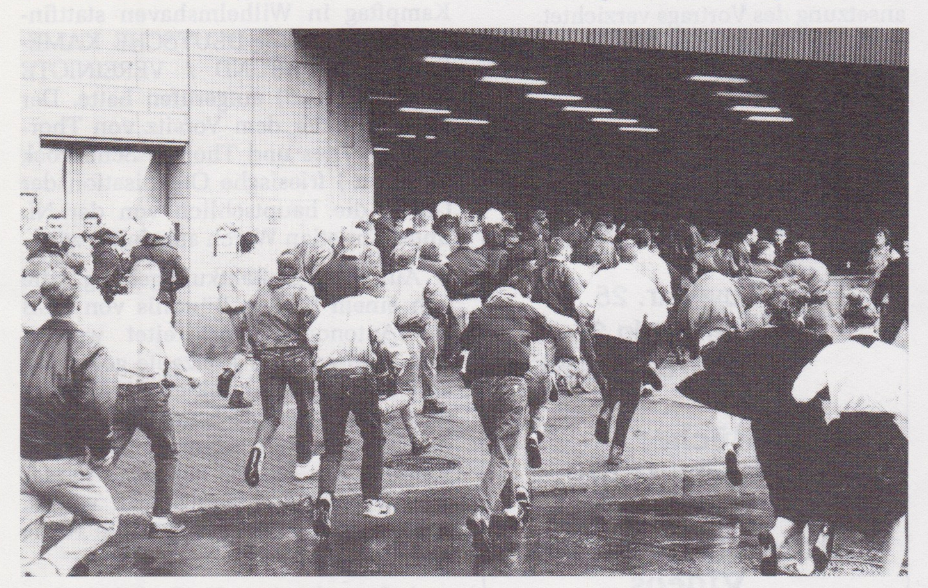
Für Samstag, den 15.8.92, haben die Faschisten eine Demonstration in Wunsiedel angemeldet. Wir gehen davon aus, daß, spätestens mit unserer Mobilisierung nach Wunsiedel, beide Demos verboten werden und wieder ein allgemeines Versammlungsverbot über Wunsiedel verhängt und bei Widerspruch gerichtlich bestätigt wird. Die Faschisten werden wieder nach Bayreuth ausweichen und wir ebenfalls.

Wir finden eine realistische Einschätzung unserer Möglichkeiten für eine Wunsiedel/Bayreuth Mobilisie-

rung wichtig. Wir gehen davon aus, auch und gerade mit den gemachten Erfahrungen der letzten Jahre, den faschistischen Aufmarsch nicht verhindern zu können.

Ausgangslage II

Die Saat, die durch die Propaganda der bürgerlichen Parteien und deren Sondergesetzen zu Flüchtlingen und MigrantInnen, Änderung des Grundgesetzes, Europa 92 des Kapitals, neue Weltordnung... gesät wurde, geht auf. Der Terror faschistischer Schlägertrupps wird täglich brutaler und menschenverachtender. Gewalt gegen Frauen, Flüchtlinge und MigrantInnen und gegen alle, die sich nicht dem nationalistischen Konsens unterordnen, wird immer gezielter geplant und durchgeführt. Schwerverletzte und Tote sind nicht mehr die Ausnahme bei faschistischen Überfällen, sondern stehen auf der Tagesordnung. Gleichzeitig steigt in großen Teilen der Gesellschaft die Akzeptanz und Ignoranz gegenüber diesen »praktischen Auswirkungen« des geschürten Nationalismus und Rassismus.



So möchten wir sie immer sehen...

Organisatorisches

Die Demonstration wird es nur geben, wenn sich im Vorfeld viele Gruppen verbindlich an der Vorbereitung beteiligen. Die AntifaschistInnen aus Bayern können und wollen die Demonstration nicht alleine organisieren. Da die Vorbereitungszeit relativ kurz ist, stellen wir uns regionale Zusammenschlüsse vor, die neben der Mobilisierung in ihrer Region Teilaufgaben für die bundesweite Struktur mit übernehmen (in Norddeutschland wird es schon probiert). Ein Beispiel: Region Nord koordiniert sich, und neben der Mobilisierung in der eigenen Stadt gibt es in Norddtschl. eine Anlaufstelle, über die bundesweit die Plakate verschickt und alle Vorbereitungstreffen und inhaltlichen Veranstaltungen in Nord vorbereitet und durchgeführt werden, außerdem übernimmt Nord den Lautsprecherwagenschutz. Das selbe sollte es für Süd, West und Ost geben. So wäre es auch leichter, größere Konvois bei der An- und Abfahrt zu organisieren (wie gesagt, alles nur Beispiele).

Demonstration

Wir wollen eine BRD/exDDR weite antirassistische und antifaschistische Demonstration mit einigen tausend TeilnehmerInnen. Wir wollen versuchen, europaweit AntifaschistInnen auf die Demo zu mobilisieren (zumindestens da, wo schon Kontakte bestehen). Wir wollen eine Demonstration, an der sich viele beteiligen können, die ein Ausdruck der breiten antifaschistischen Bewegung ist, auf der Flüchtlinge und MigrantInnen von ihrer Situation erzählen, auf der aus anderen Ländern AntifaschistInnen von ihrer Situation berichten, auf der nichts vergeben und vergessen wird (wir denken z.B. an das Erinnern an jedes Opfer des faschistischen Terrors des letzten Jahres), auf der was über die Zusammenarbeit zwischen Staat und Faschismus, über Sexismus und die zunehmende Frauen/Lesben Unterdrückung und über die zunehmende Akzeptanz breiter Bevölkerungsgruppen für Nationalismus und Rassismus gesagt wird, natürlich auch deren Ursachen und nicht zuletzt was über unsere Vorstellungen einer solidarischen Welt und des antifaschistischen Widerstandes. Diese Inhalte sollten auch in der Mobilisierung eine große Rolle spielen. Die Demonstration sollte ein Ausdruck des Widerstandes gegen die zunehmende Rechtsentwicklung sein und schon im Vorfeld wollen wir die Diskussion mit allen Linken - nicht nur aus dem Teilbereich der Antifa - führen. Besonders freuen würden wir uns über die Teilnahme von Flüchtlings- und MigrantInnengruppen und AntifaschistInnen aus anderen Ländern. Gut fänden wir, in regionalen Bündnissen die breite Mobilisierung zu beginnen. Wir finden eine massive Öffentlichkeitsarbeit auch schon im Vorfeld wichtig, z.B. durch:Flugis, Plakate, Broschüren zu Wunsiedel (Geschichte, Hintergründe), Veranstaltungen, Pressearbeit, Konzerte usw.

Daß die Demo geschlossen laufen soll, ohne Abgriffe durch die Polizei, ist klar, über gesicherte An- und Abfahrten müßten wir auch noch reden.

Behindern, Verhindern, Angreifen

Wir finden es richtig und wichtig, faschistische Demos wo möglich zu verhindern. Für Wunsiedel halten wir eine Doppelsrategie für realistisch. Einerseits durch eine starke Bündnisdemo ihnen politisch zu begegnen und, wo möglich, ihnen »Räume und Plätze« zu nehmen, andererseits gezielt in ihre Vorbereitungen und den Ablauf ihrer Demo einzugreifen. Beides wollen wir als Einheit vor, während und nach der Demo politisch vermitteln. Konkret stellen wir uns vor, daß sich erfahrene Gruppen überlegen, wo es Ansatzpunkte für eine mögliche Störung der faschistischen Infrastruktur gibt. Einige Ansatzpunkte sind für uns: Welche Personen sind für die Planung und Durchführung von Wunsiedel wichtig, woher kommt die Infrastruktur für die Demo (Lautsprecherwagen, Worch fährt ein Auto mit Telefon), wo werden die Flugis gedruckt, wie fahren die Faschos zur Demo (Sammelpunkte, Busse, Fahrtrouten), wie und womit koordinieren sich die Faschos untereinander. Zusätzlich fänden wir es gut zu überlegen, wo es innerhalb der Faschodemo selber Ansatzpunkte gibt. Desweiteren schlagen wir eine Anlaufstelle (Telefon?) vor, an die die Infos über Störaktionen übermittelt werden, um die Infos als gemeinsamen Ausdruck des antifaschistischen Widerstandes breit vermitteln zu können (z.B. auch schon auf der Demo oder bei einer Pressekonferenz nach der Demo).

Dieses Papier ist aus einer Diskussion von 20 autonomen und antifaschistischen Gruppen aus der BRD/exDDR im Mai 92 entstanden.

Hoffentlich sehen wir uns sehr zahlreich am 15. August in Wunsiedel /Bayreuth wieder, bis dann. ■



........Kurzmeldungen aus der BRD ....

Essen

Eine Veranstaltung der Republikaner mit dem NRW-Landesvorsitzenden Uwe Goller aus Hamm konnte am 8.4.92 von Antifa-Leuten erfolgreich verhindert werden.

Buxtehude

Antifa-Demo

Am 28.3.92 demonstrierten 500 Menschen gegen den zunehmenden Nazi- Terror in Buxtehude. Anlaß war der Tod eines 53jährigen Seemanns, der in einer Diskussion mit zwei Nazi-Skins Adolf Hitler als großen Verbrecher bezeichnet hatte. Daraufhin wurde er von ihnen mit Kanthölzern zusammengeschlagen und erlag drei Tage später seinen schweren Verletzungen. Schon mehrfach wurden jugendliche Antifas von Nazis angegriffen, selbst eine SPD-Veranstaltung wurde gestört. Auf der Demo, ein Bündnis von autonomer Antifa, GAL, Jusos und DFG- VK, wurden u.a. Nazi-Parolen übermalt. VertreterInnen der Antifa, der GAL und der SPD-Bürgermeister hielten Redebeiträge. Die Demo war ein Erfolg und hoffentlich ein Aufschwung für die antifaschistischen Kräfte in Buxtehude. (aus Antifaschistische Nachrichten 8/92)

Eine Veranstaltung des »Junge Freiheit Leserkreises Gießen«, die im April 92 in den Räumen der Burschenschaft Dresdensia-Rugia stattfand, wurde von Antifa-Leuten angegriffen. Während des Vortrages des Journalisten Michael Stange vor etwa 30 ZuhörerInnen über das Thema »Der §218 StGB und die Medien« flogen Steine und Farbeier durch die Fenster.

Hagen

Ein Vortrag mit dem Mitglied des neurechten Ideologie-Zentrums »Thule Seminar« Sigrit Hunke in der VHS-Hagen fiel im April wegen Krankheit der Referentin aus. Nachdem die Leitung der VHS über über den politischen Standpunkt der Referentin informiert wurde, wurde auf eine Neuansetzung des Vortrags verzichtet.

(Antifaschistische Nachrichten 8.5.92)

Wilhemshaven

Antifa-Demo gegen Deutschen Kameradschaftsbund

(Der folgende Text wurde uns zugeschickt, wir veröffentlichen hier eine Zusammenfassung, d. Red.)

Wie im Info Nr. 18 schon angekündigt, sollte am 23.5.92 ein Nationaler Kampftag in Wilhelmshaven stattfinden, zu dem der DEUTSCHE KAMERADSCHAFTSBUND / VEREINIGTE RECHTE (DKB) aufgerufen hatte. Der DKB ist unter dem Vorsitz von Thorsten de Vries und Thomas Schönrock eine (ost-) friesische Organisation der GdNF, die hauptschlich von der NL unter Christian Worch angeleitet wird.

Auf der Auftaktkundgebung, die von einem breiten Bündnis von DGB bis Autonomen vorbereitet worden war, wurden zwei Konzepte gegeneinander gestellt. Zum einen die Blockade des Kundgebungsortes der Faschisten, zum anderen der Vorschlag einer Demo, bei dem immer wieder darauf hingewiesen wurde, keine Einzelaktionen gegen die Nazis zu unternehmen.

Aufgrund der Kräfteverhältnisse setzte sich das Demokonzept durch. So zog dann eine ca. 500 Personen starke Demo (unter ihnen höchstens 50 organisierte AntifaschistInnen) einmal um den Häuserblock. Obwohl sich viele BürgerInnen, die über die Faschokundgebung empört waren, beteiligten, konnte die Kundgebung der Nazis nicht verhindert werden. Sie wurde jedoch durch Parolen, Pfiffe und vereinzelte Eierwürfe gestört. Da es weder Transparente, noch Redebeiträge oder Flugblätter von autonomen AntifaschistInnen gab, war der Ausdruck der Demo und der Blockade bestimmt durch DGB-Fahnen und Friedenstauben-TrägerInnen.

Nach Abschluß der Faschokundgebung, setzten die Bullen ohne Vorwar-

nung scharfe Hunde ein, um den Abzug der Faschisten durch die Ketten der Antifas zu schützen. Dabei wurde ein Mann durch einen Biss in den Oberschenkel schwer verletzt.

Das Vorhaben der Faschos, mit 500 angekündigten Neo-Nazis Wilhelmshaven in eine Hochburg ihrer Bewegung zu verwandeln, ohne mit Widerstand von AntifaschistInnen zu rechnen, war nicht umzusetzen; höchsten 80 Neo-Nazis, unter ihnen erstaunlich viele Faschistinnen, waren gekommen. Beteiligt waren vor allem norddeutsche GdNF Kader (NL mit Worch und Wulff, FAP und NF-Gruppen, DA und JN). Es wurde schnell deutlich, da deVries mit seinem DBK bisher kaum Rückhalt in Norddeutschland (bzw. Weser Ems Region) hat.

Da der Kampftag des DBK lediglich behindert und gestört werden konnte, lag unter anderem an folgenden Punkten:
– zu wenige organisierte Antifazusammenhänge nahmen die Mobilisierung gegen das Faschotreffen ernst. Wir waren schlicht zu wenige untereinander koordinierte Antifagruppen, um die Möglichkeit nach entschlossener Verhinderung zu nutzen.
– es gab, wie oben schon erwähnt, keine Transparente, Redebeitrge oder Flugblätter, die unser Anliegen als autonome Antifas vermitteln konnten.
– das Konzept der AntifaschistInnen aus der Region wurde nicht deutlich genug vermittelt, es wurde den revisionistische Kräften im Bündnis überlassen, sich durchzusetzen.

Aufgrund des Alkohols auf und der Stimmung nach der Demo wurde der anschließende Kameradschafts- und Sangesabend der Nazis nicht mehr abgewartet.

Buchenwald

Workcamp

Bereits seit drei Jahren findet im Sommer ein Antifa - Workcamp auf dem Gelände des ehemaligen KZ Buchenwald statt. Dort trafen/treffen sich Menschen verschiedener autonomer und Antifa-Gruppen aus dem gesamten Bundesgebiet. Ziel des Workcamps ist die Wiederherstellung spezieller, für uns wichtiger Teile der Gedenkstätte, sowie die Zusammenarbeit und das Kennenlernen der Gruppen untereinander während und nach dem Workcamp.

Die Arbeiten der vergangenen Jahre konzentrierten sich auf die Freilegung des Krankenreviers, auf Ausgrabungen an der ehemaligen Bahnhofsrampe sowie Renovierungsarbeiten in der internationalen Jugend- und Begegnungsstätte.

Nach der Arbeit am Vormittag finden verschiedene Veranstaltungen statt (Filme, Foren, Führungen im Lager usw.). Auerdem treten verschiedene Bands (u.a. Feeling B, das linke Politkabarett Heiter bis wolkig [SEK]) auf.

Dieses Jahr findet das Camp in der Zeit vom 24.8 – 30.8.92 statt. Übernachtet wird in der Bungalow Siedlung. Anreise Sonntag ab 18.00 Uhr, empfangen werdet Ihr am Lager Buchenwald. Bis jetzt werden ca. 50 Leute erwartet. Bringt bitte Schlafsäcke und eventuell auch Zelte, auf alle Fälle aber einen Unkostenbeitrag von 2 DM fr die Unterkunft und 5 DM für die Verpflegung, natürlich pro Tag, mit.

Rückfragen und Anmeldungen an:

1. Umschlag : Infoladen Anschlag, Heeperstr.123, W-4800 Bielefeld 1

2. Umschlag : Vorbereitungsgruppe Antifa - Workcamp 92 in Buchenwald

Bonn

Am 30.Mai wollte die FAP Bonn/Rhein-Sieg wieder einmal in Bonn aufmarschieren. Anlass sollte die Errichtung des Denkmals für den Befehlshaber der britischen Bomberverbände im 2.Weltkrieg, Arthur Harris, in London sein. Polizeipräsident Kniesel verbot die geplante Kundgebung, vielleicht auch, weil die GenossInnen der PDS die lokale Presse und die Öffentlichkeit über die geplante FAP-Aktion informierten. Die Antifa Bonn/Rhein-Sieg reagierte umgehend mit einem Flugblatt, um zu Gegenaktionen aufzurufen und über die historischen Zusammenhänge und Hintergründe zu informieren und die eigene Positon klarzustellen. Die FAP klagte vor dem Köllner Verwaltungsgericht gegen das Verbot und bekam Recht. Das Oberverwaltungsgericht Münster, bei dem Kniesel daraufhin Beschwerde einlegte, bestätigte das Verbot am späten Abend des 29.Mai.

Die AntifaschistInnen versammelten sich dennoch am vereinbarten Treffpunkt, da es gesicherte Informationen gab, daß die REPs eine Demonstration und eine Kundgebung aus dem gleichen Anlaß im nahegelegenen Bad Godesberg planten.

Die Polizei verwandelte Bad Godesberg in eine besetzte Stadt,was sogar völlig Unbeteiligte zu starken Protesten veranlasste. Der Theaterplatz in der Innenstadt, auf dem die Kundgebung der REPs stattfinden sollte, wurde schon Stunden vorher mit Sperrgittern abgeriegelt. Ca. 150 GegendemonstrantInnen waren anwesend, um die Faschisten gebührend zu empfangen. Die Polizei wurde ihrem Ruf voll gerecht und fuhr die REPs mit einem Bus der Stadtwerke Bonn zu ihrem Kundgebungsplatz, um deren Sicherheit zu gewährleisten. Besonders widerlich war die Verhöhnung von Käthe Kollwitz durch die REPs: auf einigen Transparenten war ihre Zeichnung »Nie wieder Krieg« abgebildet.

Es gab kleine Rangeleien, auf die die Polizei übermäßig hart reagierte. Daraufhin wurde auch sie massiver mit zur Verfügung stehendem Wurfmaterial eingedeckt. Es kam zu einem Schlagabtausch, der mehrere Schwerverletzte auf seiten der Antifas zur Folge hatte. Einer Frau wurde bei ihrer Verhaftung eine Pistole an den Kopf gesetzt. Die wieder mit einem Bus abziehenden REPs wurden nochmals eingedeckt, ein Polizei-Pressebus mußte auch noch daran glauben.

Wieder einmal wurde die von Polizeipräsident Kniesel propagierte »weiche Linie« knallhart durchgesetzt. Wie verlautet, fordert die Stadtratsfraktion der Grünen eine Untersuchung des gewalttätigen Vorgehens der Polizei.

Bücher, Broschüren, Zeitschriften

Von Karma bis Lebensschutz

Das ist der Titel der sehr empfehlenswerten 30seitigen Broschüre über Ökofaschismus, New Age und Heidentum. Die AutorInnen beschäftigen sich mit einer Reihe von Organisationen und Personen, die, oberflächlich betrachtet, oft folgendes gemeinsam haben: »Sie nennen sich ökologisch, esoterisch, naturreligiös, sie proklamieren ein »neues Bewußtsein«, gesunde Lebensführung, Naturverbundenheit (...) Was führt nun dazu, daß Linke und Rechte sich in solchen Gruppen treffen? Treffen sie sich dort überhaupt? Schöpft die neue Rechte ihre Ideologie »nur« aus dem Repertoire der bekannten nationalsozialistischen Propaganda oder gibt es andere neue/alte Gruppen die Ideologie schaffen? Was gibt es für eine Verbindung zwischen den Wörtern Ökologie und Faschismus? Das waren und sind einige der Fragen die sich uns stell(t)en.« (aus der Einleitung) Einige Stichworte aus dem Inhaltsverzeichnis, zu denen es jeweils kurze Abschnitte in der Broschüre gibt, sind: »Das Collegium Humanum«, »Die Ex-Linken«, »Der Armanenorden«, »Die Gylfiliten«. Das Heft ist für 4,– DM beim Asta Fachhochschule c/o Antifa Referat, Fachhochschule Bielefeld, Kurt Schumacher Str. 6, W-4800 Bielefeld 1 zu bestellen.

Land Unter

Themen der Juni-Ausgabe der autonomen Zeitung aus Schleswig-Holstein sind u.a. Rückblick zu Norderstedt, DVU-Wahl in Schleswig-Holstein, Faschistischer Terror in Rendsburg, Weltwirtschaftsgipfel, RAF/RZ- Diskussion, Frauenkampf. Die Zeitung ist für 5,– DM + 2,– Porto pro Ausgabe zu bestellen bei: Land Unter c/o Infoladen Omega, Bahnhofstr. 44, 2350 Neumünster.

ZAG

Die dritte Ausgabe von ZAG (Zeitungsprojekt antirassistischer und antifaschistischer Gruppen) ist im Mai erschienen. Das in Berlin erscheinende ZAG wird gemeinsam von der Antirassistischen Initiative e.V., dem Antifa-Infotelefon und dem Antirassistischen Telefon herausgegeben und erscheint vierteljährlich. In der aktuellen Ausgabe sind u.a. Artikel zu folgenden Themen: Rassistische Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt, Interview mit Gülay Toksöz über Immigrantinnen-Fabrikarbeit und gewerkschaftliche Interessenvertretung, Rassistischer Terror in Eberswalde, Gründungsaufruf der VietnamesInnen in Berlin, sowie Meldungen und Besprechungen. Das Heft ist für 2,– DM über die Antirassistische Initiative e.V., c/o Fabrik Osloer Str., Osloer Str. 12, 1000 Berlin 65 zu beziehen.

Antifa-Kalender 1993

Auch im nächsten Jahr wird es wieder einen Antifa-Kalender geben. An seiner Erstellung wird zur Zeit schwer gearbeitet. Die Umschlagvorderseite steht bereits fest. Zu dem Zeitpunkt, wo dieses Info erscheint, ist es keider schon zu spät, um sich noch in die Erstellung dieses Kalenders einzubringen. Da uns zum jetzigen Zeitpunkt aber auch noch nicht mehr über den Inhalt bekannt ist, da dieses Treffen wiederum zum jetzigen Zeitpunkt noch in der Zukunft liegt, geben wir hier nur die beiden für den Kalender wichtigen Adressen an. Der Kalender wird in diesem Jahr 10,– DM kosten, für Mehrfachbestellungen gibt es folgende Rabatte: ab 5 Kalender 30%, ab 20 Stk.35%, ab 50 Stk. 40%. Hinzu kommen die Versandkosten. Wer bis zum 15.7. bereits bezahlt, zahlt nur einen Subskriptionspreis von 9,– DM, die Rabatte berechnen sich dann entsprechend dieses Preises.

Die Redaktion ist zu erreichen über: c/o UWZ, Scharnhorststr. 57, 44 Münster

Der Vertrieb erfolgt über: unrast, Querstr. 2, 44 Münster, Tel.: 0251/666293

Antimilitaristisches Info Nr. 3

Zur aktuellen Totalverweigerungsdiskussion (vom Vietnam-Kongreß 1968 zur Auseinandersetzung um Militär/Patriarchat/Migration); Remilitarisierung und der Widerstand in dem 50ern (vier Artikel); Militarisierungstendenzen.

64 Seiten für 5,–DM (Prozeßkostenspende + Porto); Bestelladresse: AntiMilPlenum, c/o AStA-FU, Kiebitzweg 23, 1000 Berlin 33

Weitere Broschüren siehe auch bei den Anzeigen oder erkundigt Euch bei den Archiven

Kurzmeldungen und Berichte



aus der Fascho-Szene

Mainz

»Hitler-Geburtstag« bei Nazi-Müller in Mainz-Gonsenheim

Am 20.04.92 fand, wie jedes Jahr, anläßlich des Hitler-Geburtstages ein Treffen auf dem Gelände der Familie Kurt und Ursula Müller statt, das schon seit Jahrzehnten militanten Faschisten als Treffpunkt und Anlaufstelle dient. Ursula Müller ist Vorsitzende der faschistischen Gefangenen-Organisation HNG. Früher war sie Vorsitzende der »Deutschen Frauen Front« DFF.

Zum Treffen am 20.04. waren ca. 250 Faschisten auf dem Gelände der Müllers eingetroffen. Zwei Tage vorher, am 18.4.92, fand in der Nähe von Bingen (25 km von Mainz) ein Aufmarsch von Faschisten an einer Stelle statt, an der auf ehemaligen Soldatengräbern eine Mülldeponie errichtet werden soll. Über diesen Aufmarsch berichtete auch die Zeitung »Junge Freiheit« in ihrer jüngsten Ausgabe.

Die beiden Ereignisse und die relativ hohe Zahl von TeilnehmerInnen am 20.04. deuten darauf hin, daß die Müllers nach dem Tod von Michael Kühnen ihre Position im Lager der militanten Faschisten wieder stabilisieren konnten. In den letzten Jahren, während der Fraktionierung aufgrund von Kühnens Homosexualität hatte sich das Ehepaar Müller auf die Seite der Anti-Kühnen-Fraktion gestellt. Dies führte u.a. zum Rücktritt von Ursula Müller vom Vorsitz der DFF. Die TeilnehmerInnenzahlen bei Treffen bei Müllers bewegten sich in dieser Zeit zwischen 80 und 120. Die überraschende Teilnahme von Kurt Müller beim Kühnen- Begräbnis in Kassel läßt auf eine Bereitschaft zur Beilegung der Fraktionierung schließen. Auch die Tatsache, daß als Schauplatz für den (von Antifas verhinderten, s. Info Nr. 17) Aufmarsch am 7.3. Mainz gewählt wurde, weist darauf hin, daß der Standort »Gärtnerei Müller« wieder an Bedeutung gewinnt.

Berlin

Am 9.6.92 wurden vier Naziskinheads verurteilt, die zwei 32jährige Algerier in der S-Bahn überfallen und mißhandelt hatten. Obwohl die Nazis einen der Algerier aus der Tür geworfen hatten, wurde der Vorwurf des versuchten Totschlags nicht aufrechterhalten. Wegen Raubes und/oder gefährlicher Körperverletzung wurden der 19jährige Enrico D. zu zwei Jahren und der 19jährige Oliver D. zu 1 1/2 Jahren Jugendstrafe verurteilt. Der 37jährige Mike Sch. erhielt zwei Jahre und der 24jährige Mario S. ein Jahr Knast auf Bewährung versteht sich... (Berliner Zeitung, 10.6.92)

Essen

Der NRW-Landesparteitag der NPD konnte am 26.4.92 in Essen völlig ungestört über die Bühne gehen. In Antifa-Kreisen wurde aufgrund einer Fehlinformation für den 16./17.5. nach Bochum-Wattenscheid mobilisiert.

Bonn

Die FDP-Politiker Gerhard Baum und Burkhard Hirsch, die sich gegen eine Verschärfung des Asylrechts aussprechen, erhalten zunehmend rechtsextremistische Pamphlete, darunter auch Morddrohungen.

Frankfurt

Nachtrag zum JN-Bundesparteitag in Frankfurt-Kalbach

In der »Deutschen Stimme« der NPD findet sich in der Ausgabe 4/5-92 ein Spendenaufruf für die »Opfer des Terrors der KP-Chaoten«. Beim Bundeskongress der JN sei ein Schaden von 10.000 DM an den Wagen von »jungen Kameraden« entstanden, den keine Versicherung tragen würde. Gut zu wissen, daß die Faschisten nun ihre letzten Groschen zusammenkratzen müssen, die ihnen woanders fehlen werden.

Aachen

Im April '92 wurde ein Sprengstoffanschlag auf das »Anne-Frank-Gymnasium« in Aachen verübt. Es wurden 40-50 Fensterscheiben zerstört.

Hünxe

Schnapsfahne als Freibrief für Faschisten?

Am 26.5.92 wurden vor der Jugendkammer des Duisburger Langerichtes die Urteile gegen die »Hünxe-Attentäter« verkündet. Am 3.10.91 hatten zwei libanesische Mädchen nach einem Brandanschlag auf eine Flüchtlingsunterkunft lebensgefährliche Verbrennungen erlitten. Drei Jugendliche aus dem Umfeld der FAP wurden kurze Zeit später als Täter ermittelt. Einer der Täter rechnet sich selbst dem »gemäßigt rechtsradikalen Raum der Republikaner« zu. Der andere feierte zu Hause Hitlers Geburtstag, und bei dem Dritten wurden bei einer Durchsuchung Hakenkreuzfähnchen, FAP-Auf-

kleber und anderes neonazistisches Propagandamaterial sichergestellt. Die Staatsanwaltschaft hatte die drei Nazis wegen versuchten Mordes, schwerer menschengefährdender Brandstiftung und Sachbeschädigung angeklagt. gemeinschaftlich im Zustand verminderter Zurechnungsfähigkeit (Alkoholeinfluß). Bei der polizeilichen Vernehmung und in dem Prozeß ergab sich eindeutig der rechtsextremistische Hintergrund der Täter. Die Verbindung zu Nazi- Organisationen wie der FAP wurde allerdings kaum unter die Lupe genommen. Beim Prozeß versuchten die drei sich mit Reue aus der Affäre zu ziehen. Auf mehrmalige Nachfragen des Richters räumten sie ein, *»nicht darüber nachgedacht zu haben, daß Menschen zu Schaden kommen könnten«*. Die beiden Hauptbeschuldigten erhielten fünf Jahre Jugendstrafe ohne Bewährung, der dritte Angeklagte kam mit dreieinhalb Jahren davon. Gegen das viel zu milde Urteil haben Staatsanwaltschaft und die als Nebenkläger auftretende Familie der beiden Mädchen bereits Revision eingelegt.

München

Irving verurteilt

Am 5. Mai 1992 wurde der britische Geschichtsfälscher David Irving vom Amtsgericht München wegen »Beleidigung und Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener« zu einer Geldstrafe von 10 000 DM verurteilt. Er hatte am 21. April 1990 auf einer Veranstaltung des »Deutschen Jugendbildungswerks« (DJBW) behauptet, labortechnische Untersuchungen hätten ergeben, daß »in den den Touristen gezeigten Gaskammern niemals Juden vergast worden« seien. Auf einer Pressekonferenz nach dem Urteil erklärte Irving, er werde bis zum Bundesgerichtshof in Karlsruhe gehen und nötigenfalls bis zur Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen in New York. Auch ein Weg um seine Nazipropaganda weltweit zu verbreiten.

Entgegen den meisten Presseberichten wurde Irving nicht wegen »Verbreitung der Auschwitzlüge« verurteilt. Ein dementsprechender Straftatbestand existiert nicht in der BRD. (1982 sollte das »Belohnen und Billigen von Straftaten und Leugnen und Verharmlosen des nationalsozialistischen Völkermordes« als 140 in das StGB aufgenommen werden; dies wurde von der christlich- liberalen Koalition als »verfassungswidrig« abgebügelt).

Auf die Anfrage der PDS-Bundestagsfraktion, warum Irving ständig in der BRD umherreise, obwohl sein Name im Ausländerzentralregister mit dem Vermerk »Einreise unerwünscht« versehen ist, antwortete die Bundesregierung, das läge an dem hohen Reiseaufkommen an den deutschen Grenzübergängen. Der Vermerk biete auch für sich allein keine Rechtsgrundlage für ein Redeverbot. (aus Antifaschistische Nachrichten 11/92)

Köln

Am 14.4.92 wurden die Redaktionsräume der neurechten Publikation »Europa Vorn« in Köln von der Polizei durchsucht. Die Räume befinden sich in der Wohnung des Mitglieds der »Deutschen Liga« und Kölner Stadtratsabgeordneten Manfred Rouhs. Es wurden eine Computer-Festplatte mit 12.000 Adressen (darunter die Abonnementslisten von Europa Vorn) und eine Druckvorlage der »Domspitzen«, der Zeitung der Kölner DL- Stadtratsfraktion beschlagnahmt. Grund für die Durchsuchung war ein »Merkblatt für die Anwohner von Flüchtlingsheimen«, daß zuerst in den »Domspitzen« abgedruckt war und dann als Flugblatt in hoher Auflage im gesamten Kölner Stadtgebiet mit den gefälschten Unterschriften der Ratsfraktionen von CDU, SPD, FDP, den Grünen sowie des Städtischen Presse- und Informationsamtes verteilt wurde.

Lohbrügge

Am 5.5 und 8.5.92 wurde die Gerichtsverhandlung gegen die Lohbrügger Nazi- Skins fortgesetzt, die am 20.7.91 drei türkische Menschen brutal angegriffen und einen davon schwer verletzt haben (siehe Info 18).

Der Besucherraum war von Antifas besetzt (70-150), die sich von den besonderen Sicherheitsvorkehrungen und Leibesvisitation nicht abschrekken ließen. In Anbetracht der Überzahl der Antifas trauten sich die wenigen Nazis aus dem Umfeld der Angeklagten entweder nicht in den Gerichtssaal, oder verfolgten stumm das Geschehen. Die Angeklagten Christian Haupt und Christian Obrembalska legten Teilgeständnisse ab, Markus Helms leugnete seine Tatbeteiligung, obwohl die Beweislage so eindeutig ist, daß selbst der Richter ihm riet, ein Geständnis abzulegen. Alle drei geben sich völlig unpolitisch. Sie behaupten, so betrunken gewesen zu sein, daß sie sich an nichts mehr so richtig erinnern könnten um nur eingeschränkt schuldfähig zu sein. Bestimmte, abgesprochene Einzelheiten haben sie allerdings nicht vergessen.

Dies gilt auch für die Nazi-Zeugen. Auf Fragen, ob von den Skinheads in Lohbrügge allgemein ausländerfeindliche und rechtsradikale Parolen und Aktionen ausgingen, antworteten sie, sie könnten sich nicht entsinnen. Dies führte dazu, daß der Richter den Zeugen Strafen wegen Falschaussage androhte, diese allerdings nicht vollstreckte.

Jürgen Rieger, der Fascho-Anwalt, versuchte in altbekannter Weise die Nazi- Täter zu Opfern zu machen. Er sprach von »Verlustbilanzen«, behauptete, daß auf einen toten Türken zehn tote Skinheads kämen. Und die Ausländer hätten selber Schuld, wenn sie angegriffen würden. Sein offen rassistisches Auftreten führte zu berechtigtem Protest im Zuschauerraum. Der Prozeßtermin am 6.5. mußte verschoben werden, da Rieger vor Beginn der Verhandlung bei Auseinandersetzungen vor dem Gebäude eine dicke Nase davontrug. (aus: Antifaschistische Nachrichten, 11/92)

Bonn

Morde durch Faschisten alltägliche Normalität??

Rassistische Anschläge sind aus dem Interesse der Öffentlichkeit weitgehend verschwunden. Die Aktivitäten der Neonazis haben aber keineswegs nachgelassen. Nach Angaben des Bundeskriminalamtes wurden offiziell allein im Januar »212 fremden-/ausländerfeindlich motivierte Straftaten gegen Personen und 150 sonstige Straftaten (Sachbeschädigungen, Bedrohungen, Beleidigungen, Raubdelikte u.a.)« registriert. Im Februar waren es insgesamt 176 Straftaten (davon 17 Brandanschläge) und im März 141 Straftaten (20 Brandanschläge). Auch wenn einige Personen vorläufig festgenommen wurden, hat die Bundesanwaltschaft keine Ermittlungsverfahren eingeleitet. Ein Überblick auf Länderebene läge nicht vor. Auf die Anfrage der PDS-Bundestagsfraktion, wieviele Personen verletzt worden seinen, hieß es lapidar:»Todesfälle im Zusammenhang mit fremden- /ausländerfeindlich motivierten Straftaten waren nicht zu verzeichnen.«. Dabei sind allein in einer Woche im März mindestens drei Menschen aus rassistischen/faschistischen Gründen getötet worden. Am 15.3. wurde bei einem Überfall auf ein Flüchtlingsheim in Rostock ein 18jähriger Rumäne erschlagen. Am 18.3.92 wurde in Buxtehude ein 53jähriger Seemann von zwei Naziskinheads mit Kanthölzern zu Tode geprügelt, weil er in einer Diskussion mit ihnen Adolf Hitler als einen großen Verbrecher bezeichnet hatte. Lt. Hamburger Taz und Morgenpost wurde in dieser Woche in Flensburg ein Mensch aus rassistischen Gründen ermordet (genauere Informationen liegen bisher leider nicht vor).

Dänemark

Die Nationalistische Front zu Gast bei dänischen Nazis

Vom 10. bis 12.April 92 trafen sich der Bundesvorsitzende Andreas Pohl und 5 weitere deutsche Neonazis von der Nationalistischen Front mit der PARTEI DER NATIONALEN (P.D.N.) in Dänemark. Das Treffen diente entgegen anderslautender Zeitungsmeldungen angeblich einem rein ideologischen Austausch. Am 11.April veranstaltete die dänische P.D.N. ihr Landesdelegiertentreffen in Odense auf der Insel Fünen. Dort hielt der führende Berliner NF'ler Andreas Pohl eine Rede über die " Gefahren, die uns in Europa drohen". NF und PDN planen eine Zusammenarbeit bezüglich des Kampfes gegen die Europäische Union, gegen "Völkerwanderung" und "Entfremdung des Volkes", während eine weitere Zusammenarbeit zu innenpolitischen Themen, trotz inhaltlicher Übereinstimmungen, aus dem nationalen Selbstverständnis der beiden Parteien heraus, abgelehnt wird. Die P.D.N. ist eine legale dänische nationalistische Partei. Ihr Chef und Parteigründer Albert Larsen ist offiziell mittlerweile nicht mehr Mitglied der DNSB (Dänische Nationalsozialistische Bewegung). In Dänemark gibt es keine offenen Aufmärsche der Faschisten, sondern bisher nur stille Organisation. Dafür nahmen dänische Faschisten am Aufzug zum Heldengedenktag in Halbe teil.

Stuttgart

»Größter Neonazi Prozeß der BRD«

Seit dem 5. Feb. 1991, also seit fast eineinhalb Jahren, findet in Stuttgart einer der größten Neonazi Prozesse in der Geschichte der BRD statt. Die Hauptangeklagten sind durchaus keine Unbekannten. Es handelt sich dabei um JÜRGEN MOSLER, MICHAEL SWIERCZEK, ALOIS HOGH (alle Nationale Offensive NO), CHRISTIAN MALCOCI, WILLY WEGNER, FRIEDHELM BUSSE, GERALD MENHORN, ANDREAS ROSSIAR, FALCO SCHÜSSLER (alle FAP), EWALD BELA ALTHANS (Deutsches Jugendbildungswerk) und CHRISTIANE MADER (DFF). Der Verteidiger ist einmal mehr JÜRGEN RIEGER von der NF.

Sie sind angeklagt, die seit 1984 verbotene Organisation »Aktionsfront Nationaler Sozialisten/Nationale Aktivisten« in Form der »Bewegung« fortgeführt zu haben. Ziele der 1978 von Kühnen gegründeten ANS/NA waren u.a. die Forderung nach Aufhebung des NS-Verbots, »Ausländerrückführung« und der Kampf für das 4.Reich. Nach dem Verbot der ANS/NA gründete Kühnen mit einigen Kameraden das KAH (Komitee zur Vorbereitung des 100. Geburtstag von Adolf Hitler – Info 6/7), das die Organisationsstruktur der ANS/NA beibehielt and als »legaler Arm« der Nationalsozialistischen »Bewegung« fungieren sollte. Deshalb ermittelt das Landgericht Stuttgart nun nach §85 (Verstoß gegen das Vereinigungsgesetz).

Für den Tag der Urteilsverkündung ist bereits jetzt eine Demonstration der Faschisten angekündigt. Die Stuttgarter rufen zu einer bundesweiten Antifa-Demo auf, um die auf 1000 geschätzten Faschisten an ihrer Demo zu hindern. Aktuelle Infos gibt es über den »AK Bewegung« an der Uni Stuttgart, ZFB, Keplerstr. 17, 7000 Stuttgart

Deggendorf

Die REPs auf Bundestags-Kurs

Der ehemalige Waffen-SS-Mann Franz Schönhuber hat die »Republikaner« wieder fest im Griff. Knapp 90 Prozent der 500 Delegierten des REP-Bundesparteitages im niederbayerischen Deggendorf wählten ihn zum Bundesvorsitzenden und hoffen, daß der populäre Demagoge die Partei 1994 in den Bundestag führen wird. Die triumphalen Wahlerfolge in Baden-Württemberg und Berlin bringen nicht nur die dazu notwendigen Millionen in die leere Parteikasse. Derzeit haben die REPs knapp über eine Million Mark auf Festgeldkonten, nur knapp 180.000 DM sind sofort verfügbar. Die Wahlerfolge haben auch gezeigt, wie gut die REPs in diesem Land im Trend liegen.Um nicht die Fehler von 1990 zu wiederholen, als innerparteiliche Querelen und die deutsche Vereinigung die REPs nach ihren Erfolgen bei den Europawahlen und in Berlin wieder unter die Ein-Prozent-Marke drückten, verordnete Schönhuber seinen Mannen (und den wenigen Frauen) Geschlossenheit. Die Basis reagierte mit Ergebenheitsadressen für ihren Parteichef. Der dankte es ihnen vom Podium aus: *»Hier unten sitzt das andere, das bessere Deutschland.«*

Es gelte, so Schönhuber, bereits jetzt die Weichen für die »große Fahrt« in Richtung Bundestag richtig zu stellen. Deshalb müßte die Partei vom Geruch des Rechtsextremismus wegkommen. *»Mit Radikalinskis, Skins, Heilschreiern, die sich selbst Neonazis nennen, wollen wir nichts zu tun haben«*, beschwört Schönhuber gleich zu Beginn seines eineinhalbstündigen Rechenschaftsberichts die Delegierten. Die REPs seien *»nicht mehr der wilde Haufen von vor zwei Jahren«*. Er appelliert an die Basis, daß die Partei *»im Ton moderater«* werden müsse. An den Inhalten ändert sich jedoch nichts, wie der REP-Chef am Ende seiner Rede selbst unter Beweis stellt. Wie in »alten« Zeiten sprach er von der *»geistigen Umweltverschmutzung und der Verluderung der Sitten«* und hetzte gegen die *»moralisch kaputte Medienhalbwelt«*. Zudem müsse die *»ständige Reise nach Canossa«* ein Ende haben, *»fester denn je«* sei Deutschland derzeit *»an den Marterpfahl der Geschichte gefesselt«*. Völlig im Jargon derer, die Schönhuber medienwirksam aus der Partei gejagt hat, fordert er die Rückgewinnung nicht nur der nationalen, sondern auch der *»völkischen Identität«*. Königsberg gehört da selbstverständlich mit dazu, die Karten würden ja *»überall auf der Welt neu gemischt«*.

Das neue Bundespräsidium der »Republikaner«:

Bundesvorsitzender:
Franz Schönhuber (By)

stellvertr. Bundesvorsitzende:
Rolf Schlierer (Ba-Wü),
Christian Käs (Ba-Wü),
Alexander Hausmann (By),
Ekkehard Birkholz (Sachs.-Anh.),
Hermann Voss (Berlin)

Schatzmeister:
Klaus-Dieter Pahl (By)

Bundesschriftführer:
Martina Rosenberger (By)

Stellvertr. Schriftführer:
Ammon (Ba-Wü)

Beisitzer zum Bundesvorstand:
Ingeborg Seifert (Berlin),
Uschi Winkelsett (NRW),
Sepp Brunner (By),
Kurt Vajen (Niedersachsen),
Bernd Bernhard (Mklbg.-Vorpo.),
Dr. Steffen (Schleswig-Holstein),
Ingeborg Ackermann (Schl.-Hol.),
Burkhard Stieglitz (NRW),
Horst Trageiser (Ba-Wü),
Dietmar Donnerstag (Ba-Wü),
Horst-Ludwig Petzold (Sachsen),
Walter Heller (NRW),
Gisela Baumbeck (Berlin),
Heinz Kremzow (By),
Gerolf Tittel (By),
Burkhard Schmanck (NRW),
Prof. Schubert (By),
Heimo Hoch (Hessen),
Bernd Korbach (Hessen),
Wolfgang Schulz (Berlin)

Um das angestrebte Ziel zu erreichen, wollen die REPs wie schon beim Landtagswahlkampf in Baden-Württemberg verstärkt soziale Themen aufgreifen und sich den Wählern als »Sozialpatrioten« präsentieren. Das macht sie gefährlich. Sie knüpfen am deutschen Wohlstandschauvinismus und den deutschen Werten von Sicherheit und Ordnung versus den *»Auswüchsen der westlichen Zivilisation«* an. Neben den alten rassistischen Parolen werden in der Agitation jetzt vor allem das Drogenproblem und die Agitation gegen die EG sowie die Maastrichter Verträge in den Vordergrund gestellt. Das dänische Beispiel als Vorbild fordert die Partei einen Volksentscheid in Deutschland. Mit der Kampagne *»Rettet mit uns die DM«* glaubt der wirtschaftspolitische Sprecher der REPs, der Starnberger Betriebswirt ALEXANDER HAUSMANN (40), 81 Prozent der Deutschen aus dem Herzen zu sprechen. Unangefochten wird Hausmann neben dem baden-württembergischen Fraktionsvorsitzenden, dem Yuppie-Rechtsextremen und Schönhuber-Kronprinzen ROLF SCHLIERER (37), dem baden-württembergischen Landeschef CHRISTIAN KÄS (32) und dem Landeschef von Sachsen-Anhalt, dem West-Berliner und Ex-Sozialdemokraten EKKEHARD BIRKHOLZ zum stellvertretenden Bundesvorsitzenden gewählt. Im zweiten Wahlgang schafft es auch der Berliner HERMANN VOSS.

Mit der Besetzung der Stellvertreterposten mit jungen, intellektuellen Leuten glaubt Schönhuber weiter an Renommee zu gewinnen. *»Jetzt kommen die richtigen Leute zu uns«*, frohlockt er und führt beispielhaft den langjährigen Würzburger SPD-Oberbürgermeister KLAUS ZEITLER an. Der in Deggendorf in Form eines Bundesarbeitskreises abgesegnete parteieigene Jugendverband soll die große Attraktivität bei den Jungwählern noch verstärken. Insbesondere FRANK SEIFERT, der Landesjugendbeauftragte der REPs in Berlin, kämpfte für seine »REPUBLIKANISCHE JUGEND«, die ihre Flugblätter mit der Losung *»Von der Maas bis an die Memel«* unterzeichnet. Für seine Rede, in der er bekannte, er sei stolz ein Deutscher zu sein, Berlin sei Hauptstadt *»und nicht Israel«* und Deutschland bräuchte *»keine multikulturelle Gesellschaft, sondern deutschen Nachwuchs«*, erhielt er frenetischen Beispiel. In solchen Worten findet sich die Basis ebenso wieder wie bei der stellvertretenden Berliner Landesvorsitzenden INGEBORG SEIFERT. Sie kandidierte zur Wahl der Beisitzer im Bundesvorstand mit der Forderung, man müsse die Bevölkerungspolitik in den Mittelpunkt stellen: *»Ich sehe nicht ein, daß die europäischen Völker die Explosion in der Dritten Welt durch ihr Aussterben ausgleichen sollen.«* Der Lohn für solch eindeutige Worte war die höchste Stimmenzahl in dem stattgefundenen Wahlgang. ■



Zwei Diskussionsbeiträge sollen die Auseinandersetzung über antifaschistische Arbeit und Organisierung weiter voran bringen. Vor allem über die Art und Weise antifaschistischer Arbeit und Aktionen muß verstärkt diskutiert werden, um aus der vorhandenen Stagnation herauszukommen.

Welches Schweinderl hättens denn gerne? Ich glaube, ich nehme Antifa!

Den folgenden Text haben wir aus der Antifaschistischen Zeitung Kiel (ATZE) übernommen. Sie ist für 2,50 DM + Porto (ABO 15 DM für 4 Ausgaben) bei Antifaschistische Zeitung Kiel, Schweffelstr. 6, 2300 Kiel zu bestellen.



Zur autonomen Organisationsdebatte:

Die Autonomen diskutieren wieder – jedenfalls könnte man das der Flut von Papieren, die seit einigen Wochen die linksradikalen Publikationen überschwemmt, entnehmen. »Organisation der radikalen Linken, anhand von Antifa-Politik«. Wer hätte das gedacht? Aber immerhin ist der Antifa-Bereich mittlerweile ja der letzte Bereich, in dem tatsächlich noch in beachtenswertem Maßstab autonome Politik praktiziert wird.

Ohne Zweifel: die linksradikale/autonome Restbewegung muß sich organisieren, will sie sich weiter mit nennenswerten Ergebnissen auch gegen die stärker werdende Repression durch den Staatsapparat behaupten. Sie muß sich organisieren, will sie ihre Ideen in größeren Teilen der Bevölkerung verbreiten, will sie den Boykott der mehr oder weniger gleichschaltenden Medienlandschaft durchbrechen. Sie muß sich auch organisieren, wenn sie überhaupt wieder breitere Diskussionen, auch untereinander, über die Zukunft antifaschistischer Arbeit initiieren will.

Tatsächlich lebt die Antifa-Bewegung im Moment davon, daß viele Einzelpersonen aus aktueller Betroffenheit, und Mangels Alternativen, bereit sind, Demonstrationen, Veranstaltungen und Aktionen mit antifaschistischem Hintergrund zu besuchen. Tatsächlich dominieren diese Einzelpersonen die Szenerie. Dies wurde sicherlich deutlich anhand verschiedener Großdemonstrationen des letzten Jahres. In Bayreuth (wir berichteten von der Antifaschistischen Gegendemonstration zum Geburtstag von Rudolf Hess) waren z.B. kaum mehr als 5 organisierte Zusammenhänge von mehr als 10 Personen erschienen. Wo es vor Jahren noch möglich war, eine Großdemonstration zu stabilisieren, indem sich organisierte Gruppen mit Erfahrung und Verantwortung in ihr verteilten, und eigenverantwortlich die Demos mitzubestimmen, und wo es noch möglich war, diese Gruppen per Plenum zu koordinieren, befand sich lediglich eine große Masse von Einzelpersonen, die ohne Plan und Ziel durch die Gegend wankten.

Aber auch die politische Arbeit spiegelt die Verfassung der Antifa-Bewegung wieder: Außer in ein paar Städten, in denen noch relativ gut funktionierende Zusammenhänge bestehen, gibt es kaum noch koordinierte Antifa-Arbeit. An der Arbeit dieser Zusammenhänge orientieren sich denn auch mehr oder weniger die im Land verstreuten Kleingruppen. Die

Antifa-Bewegung wird also politisch und programmatisch im Grunde genommen von nur einer Hand von Gruppen ausgemacht. Sie ist hauptsächlich bestimmt durch den Kampf gegen Nazi-Organisationen. Das bedeutet über faschistische Organisationen und Aktivisten zu recherchieren, Öffentlichkeitsarbeit zu machen, sie gesellschaftlich so gut es geht zu isolieren und, wo möglich, zu attackieren. (Mehr und mehr aber auch in der Unterstützung von Flüchtlingskämpfen.)



Diese Politik beruht meines Wissens nach im Grunde genommen immer noch auf Diskussionen der frühen 80-er. Diskussionen die jedoch auch nicht von einer breiten Bewegung, sondern von einigen Wenigen geführt wurden. Allein die Tatsache, daß schon damals ein nicht zu unterschätzender Teil der in die antifaschistischen Arbeit involvierten Menschen solche Diskussionen kaum wahrnahm, ist bedenklich. Daß die Antifa-Bewegung der späteren Jahre sich im Grunde genommen damit zufrieden gab, »daß da ja mal Diskussionen geführt, und Grundlagen gefunden« worden sind, schon beinahe erschreckend. Die Analysen dieser Diskussionen kann man grob zusammenfassen:

Die BRD steht in der Kontinuität des Faschismus. Die tragenden Säulen der Nazi Gesellschaft wurden übernommen. Faschismus ist nicht an der konkreten Herrschaftsform, sondern an den Staatszielen festzumachen. Antifaschismus ist also immer gegen die hauptsächlichen Staatsziele gerichtet. Er muß antiimperialistisch sein. Nazi-Organisationen werden von den Herrschenden nicht nur geduldet, sondern auch gefördert, da sie sowohl als Mittel gegen den linken Widerstand dienen, als auch gesellschaftliche Aufgaben übernehmen (heute als Vorreiter einer äußerst repressiven Flüchtlingspolitik) Faschismus ist integraler Bestandteil der westeuropäischen Demokratien .

Diese Ausgangspunkte sind grundsätzlich nach wie vor richtig. Ich will mich aber hier einmal mit ihren Schattenseiten beschäftigen. Jede Kampfetappe, sei es der Kampf für die politischen Gefangenen, die Solidarität mit den Befreiungsbewegungen des Trikonts, die Anti-IWF Kampagne (um nur einige zu nennen) ist damit Bestandteil des antifaschistischen Kampfes. Besonderheiten des antifaschistischen Kampfes waren damit in den 80-ern vor allem die direkte, nachvollziehbare Militanz, eine teilweise offene Haltung gegenüber Bündnissen mit Gewerkschaften und dem DKP-Spektrum und die Tatsache, daß regelmäßig, nämlich zumindest zu jedem Wahlkampf, die Faschisten Schauplätze für unsere Aktionen stellten. Das ging so weit, daß in ländlichen Gegenden regelmäßig durch die immer wiederkehrenden Nazi Veranstaltungen die Antifa-Bewegung mobilisiert wurde. Immerhin reichte diese Regelmäßigkeit aus, eine gewisse Kontinuität unserer Arbeit hervorzubringen.

Neben diesen Besonderheiten teilte die Antifa-Bewegung das Schicksal der übrigen autonomen Kampagnen: inhaltliche Debatten wurden »aufgeschoben ist nicht aufgehoben«. Diese Debatten schienen ja im Grunde auch gar nicht nötig. Die Komplexität der Themenbereiche garantierte, daß irgendeine Begründung die jeweilige Kampagne schon inhaltlich füllen würde. Über spezielle Probleme des antifaschistischen Kampfes wurden Auseinandersetzungen, wenn überhaupt, anhand von Bündnisdiskussionen geführt. So zum Beispiel die Diskussion über die »Verbotsforderung«.

Dagegen spielten Themen wie der Faschismusbegriff, die Situation in anderen europäischen Ländern, Antisemitismus in der Antifa-Bewegung kaum eine Rolle. Andererseits spielte sich das selbe in anderen Politikbereichen ab. Daß uns vor zwei Jahren, mit der Mauer ein ganzer Berg von ideologischen Fragen vor die Füße fiel, haben wir einzig und allein unserer Angst vor »Unklarheiten«, vor der Zerstörung unseres bequem unkomplizierten Weltbildes zu verdanken.

Damit erklären sich einige unserer heutigen Probleme. Die reformerische, staatstragende Antifa- Bewegung aus dem DKP/VVN Spektrum, die sich immer wieder an den Staat und seine Organe wandte, endlich gegen die Faschisten vorzugehen, ist als erste Opfer dieser Probleme geworden. Seit der Auflösung der DDR hat sie ihre eigentliche Aufgabe verloren. Das schlechte Gewissen will heute auch die liberale Öffentlichkeit nicht mehr vorgehalten bekommen. An die Politiker und Medien die Forderungen »Kein neues 33« und »33 kam nicht über Nacht« zu richten, während diese sich der Auswirkungen ihres rassistischen »Asyl-« und »Ausländergesetzes« erfreuen, ist Blödsinn. Aber auch der autonome Antifaschismus ist insofern Bankrott. Wenn der Faschismus den westlichen Demokratien und der imperialistischen Politik immanent ist – ist er wirklich erst in den paar Monaten nach der Übernahme der DDR dort »entfacht« worden? Außerdem läßt die Teilnahme an Antifa-Aktionen in dem Maße nach, in dem Rassismus und faschistische Übergriffe alltäglich werden. Ja, in der Zeit in der wir die Faschisten klein halten konnten, war das noch einfach. Jetzt schwappt langsam von Osten her (und in der eigenen Umgebung) etwas auf uns zu, was vielen denn doch zu gewaltig erscheint. Außerdem ist es auch schwierig, einen permanenten Kleinkrieg mit Faschisten politisch zu nutzen. Die Folge daraus ist ein Bedürfnis nach Stärke. Und wenn wir die Stärke nicht aus der Masse schöpfen können, müssen wir sie eben erreichen, indem wir wenigen übriggebliebenen uns zusammenschließen.

In diesem Zusammenhang begreife ich zunächst auch das Bedürfnis vieler nach Organisierung. Wie oben schon gesagt – ich teile dieses Bedürfnis. Die Frage ist nur wie. Der Versuch radikale oder nennt sie autonome Linke anhand Antifa-Politik zu organisieren birgt einen Vorteil: im Bereich Antifa haben wir noch eine gewisse Stärke. Der Nachteil dagegen wäre eine Wiederholung der selben Fehler wie vor zehn Jahren. Wir müssen genau wissen, warum wir Antifa-Arbeit betreiben. Und wir müssen genau wissen was an unserer Arbeit, sei es Antifa oder andere, revolutionär ist. Ich sage es hier ganz klar: Ich glaube nicht, das antifaschistische Arbeit aus sich heraus revolutionär ist, mag sie auch noch so militant sein. Antifaschisti-

sche Arbeit hat heute mehr denn je den Charakter von defensiver Verteidigung. Wir müssen den Vormarsch reaktionärer Stimmungen und Politik stoppen. Wir müssen Angriffe abwehren und möglichst breit Bündnispartner suchen. Revolutionäre Ansätze müssen wir dabei so gut wie möglich einarbeiten. Allerdings kann das kein Ersatz dafür sein, losgelöst vom Bereich Antifa, nach Kampfbereichen zu suchen, in denen wir trotz alledem in die Offensive kommen können. Die Hauptwidersprüche des Kapitalismus im imperialistischen Stadium sind nunmal nicht die , mit denen wir unmittelbar im Antifa-Bereich konfrontiert sind. Hauptwidersprüche bleiben nach wie vor Arbeit und die Auspressung der Menschen in den rohstoffexportierenden Ländern. Hauptwiderspruch ist der Widerspruch zwischen lebenswertem Leben für und den Ausbeutungsstrategien der Herrschenden, von der »neuen Weltordnung« bis zur allgegenwärtigen Unterdrückung der Frauen, die die rassistische Diskriminierung noch potenziert.

Eine Organisierung von Antifa-Arbeit kann also nur sinnvoll sein, wenn sie auf einem Verständnis aufbaut, welches davon ausgeht, daß diese Organisierung nur einen Teilbereich, und zwar einen Nebenschauplatz umfasst. Dieser Nebenschauplatz ist zwar im Moment unglaublich wichtig, trotzden stellt er nicht den Dreh- und Angelpunkt revolutionärer Politik dar, und muß auch so behandelt werden. Alles andere, nämlich das Beharren auf der revolutionären Organisation anhand Antifa, stellt nur die Wahllosigkeit dar, mit der heute oft vorgegangen wird. Es ist egal, welches Feld man sich sucht – Hauptsache es verspricht einige Aufmerksamkeit von außen. Ob Antifa oder IWF – Hauptsache wir sind viele und fühlen uns gut!

Das war die erste Hälfte des »wie«. Die zweite Hälfte meiner Bedenken gegenüber der mir zugänglichen Stellungnahme zur »antifaschistischen Organisation« ist eher technischer Natur. Ich erinnere mich genau an Autonomentreffen nach den »großen« Demonstrationen in Berlin und Krefeld Anfang der 80er. Damals gab es Organisationsvorschläge, die ähnlich gelagert waren wie die heute. Die Voraussetzungen waren dieselben: Gut funktionierende Zusammenhänge (allerdings alles etwas größer als heute) in einigen Städten. Ansonsten kleine Gruppen, die sich mehr oder weniger daran orientierten. Aber auch schon damals gab es dieselbe Kritik wie heute: »Wenn sich nicht Zusammenhänge an der Basis herausbilden, also in den



Städten und Dörfern entwickeln, die sich, sobald sie einigermaßen groß und stabil geworden sind, miteinander verknüpfen, wird nur eine Organisation von oben erfolgen«. Es ist auch heute so. Die beteiligten Zusammenhänge können natürlich relativ fundiert und aus einer Diskussion heraus ihre Positionen vertreten. Wahrscheinlich könnten sie sogar eine bestimmte Beteiligung an einer Organisierung garantieren. In der größten Anzahl von Städten jedoch bestehen solche Strukturen nicht. Fährt der Autonome X (meistens sind es ja auch Typen) also zu einem »Organisierungstreffen« (Plenum) spricht er – wie oft erlebt – für seine Stadt. Tatsächlich hat dies aber nichts zu bedeuten. Was kann er gewährleisten – kann er überhaupt die Diskussion weitergeben? Wie soll so eine Organisierung gewährleistet werden?

Organisierung kann nur zwischen funktionierenden Zusammenhängen entstehen. Zusammenhänge, die eigenständig entstanden sind, eigenständig vernünftige Arbeit leisten und gemerkt haben, daß es in ihrem Interesse ist, ihnen etwas nützt, sich mit anderen Zusammenhängen zu vernetzen. Solche Zusammenhänge sind einschätzbar, da sie ihre geleistete Arbeit darstellen können, und geben eine gewisse Garantie für Kontinuität. Nur in einem solchen Rahmen wird sich auch eine zielgerichtete Diskussion entwikkeln lassen.

Ich fasse also zusammen: Organisierung kann sich nur zwischen selbstständigen, kontinuierlichen Zusammenhängen entwickeln. Nur wenn solche Zusammenhänge in, in Bezug auf die Gesamtfläche, genügend großer Anzahl vorhanden sind, können sie eine Struktur bilden, die auch weniger gut strukturierten Gruppen Halt geben kann.

Damit rückt das in der Organisationsdebatte angestrebte Ziel zunächst in größere Ferne. Ins Auge gefasst werden könnte lediglich eine verschärfte Zusammenarbeit der bestehenden größeren Zusamenhänge, auf einer rein antifaschistischen Ebene. Sinnvoll könnte auch eine verbesserte Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen antifaschistischen Zeitungen sein. Alles weitere später. Grundsätzlich jedoch müssen unsere Kräfte erst mal dazu verwandt werden, vor Ort, und in möglichst vielen Orten, eigenständige Antifa-Strukturen zu errichten. Wenn das im Moment schwierig zu sein scheint, so müssen wir uns Gedanken über unsere Inhalte machen. Nur durch inhaltliche Fortschritte werden wir in der Lage sein, mehr Leute kontinuierlich in unsere Arbeit einzubinden. Mit Plattheiten werden wir allerdings niemanden dazu bewegen, sich zu engagieren.

Alles in allem ein langer Weg. Kürzer allerdings, als die Umwege über die verschlungenen Pfade der Vernetzung von Phantombewegungen. Für die Gruppen, die jetzt schon recht gut strukturiert sind, mag dieser Vorschlag allerdings eine Gefahr in sich bergen: mit der Diskussion über unsere Inhalte könnte sich natürlich so manch eine/r aus dem Staub machen, der/die nur durch die Unklarheiten noch dabei war. Für die anderen gilt nach wie vor: »Im Vertrauen auf die eigene Kraft Berge versetzen« – allerdings nur mit der eigenen!

Fantomas ■

Zum Tod eines Faschisten

Im folgenden beschäftigen wir uns mit dem Tod des »Deutsche Liga«-Funktionärs Gerhard Kaindl, der bei einem Angriff auf ein Treffen mehrerer Faschisten getötet wurde. Zunächst soll die DL vorgestellt und die öffentliche Reaktion aus unserer Sicht geschildert werden. Anschließend wollen wir die Gelegenheit benutzen, eine längst fällige Diskussion zu führen, die sich mit Motivation, Methoden und Zielbestimmung von Antifa- Aktionen beschäftigt und auch mit der Verantwortung politisch bewußter Menschen innerhalb von Auseinandersetzungen.

Am 3.4.1992 drangen mehrere Menschen in ein China-Restaurant am Kottbusser Damm in Berlin-Neukölln ein, überfielen eine Gruppe an einem Tisch mit Baseball-Schlägern und Stichwaffen und flüchteten. Einer der Überfallenen starb an den Stichwunden, ein anderer wurde schwer verletzt. Soweit die Fakten, wenn wir Presse und Polizei folgen.

Schon bald nach dem Angriff war klar: Der Überfall hatte einem Treffen der Nazi-Organisation »DEUTSCHE LIGA für Volk und Heimat« gegolten. An diesem Treffen nahm unter anderem Carsten Pagel teil. Er ist ein in Berlin allgemein bekannter faschistischer Funktionär, der vom rechten Flügel der JU zu den REPs ging, Landesvorsitzender wurde und nach deren vorläufigen Scheitern nun als verantwortlicher Redakteur der »Jungen Freiheit« ein wichtiger Sympathisant der DL ist. Eine ähnliche Karriere hatte Thorsten Thaler, seit '91 DL-Mitglied. Er wurde am 3. April schwer verletzt. Außerdem anwesend war Rudolf Kendzia, ehemals REP- Funktionär und nun im Bundesvorstand der DL. Beisitzerin im Vorstand ist auch Gabriele Hartung. Damit waren an diesem Abend wohl die wichtigsten Berliner DL-Mitglieder anwesend. Auch der Tote Kaindl hatte als Landesschriftführer eine Funktion in der Partei.

Was ist die Deutsche Liga?

In der Presse hieß es nach dem Tod Kaindls stets, ein »Rechtsextremer« sei getötet worden. Für uns drückt dieser Begriff nicht aus, was die Organisation, die am 3.4. angegriffen wurde, ist. Als Rechtsextremisten bezeichnen wir Menschen mit extrem rechten Positionen, die wenig mit den Traditionen des Faschismus zu tun haben, oder solche, die dem faschistischen Weltbild nahestehen, aber es weder als geschlossenen Weltbild vertreten, noch in Organisations-Strukturen eingebunden sind.

Schon mit dem ersten Erstarken der REPs wiesen antifaschistische Initiativen nach, daß das Programm dieser Organisation in seinem Kern nichts anderes als faschistisch ist.



Die DL nun ist unter anderem von ehemaligen REPs gegründet worden, die ihre Lehren aus der ersten Niederlage gezogen hatten. Dazu gehörte zum Beispiel das mutmaßlich ehemalige NSDAP/AO-Mitglied, der Europa-Abgeordnete Harald Neubauer.

Die Organisation sollte eine Sammelbewegung sein, die offen auftretende Faschisten nicht, wie die REPs, ausgrenzt (weshalb sie sich zunächst auch den Beinamen »Vereinigte Rechte« gab). Als große Partei sollte sie den Bogen von enttäuschten REPs über die Anhänger der angeblich »demokratischen« Rechten (NPD oder DVU) bis zu den Angehörigen der illegalen NS-Bewegung spannen. Durch eine kollektive Führung sollten Machtkämpfe à la REPs abgeschwächt werden.

Tatsächlich gab ein großer Teil der NPD diese Partei auf und trat zur DL über, so zum Beispiel der baden- württembergische Landesverband um Martin Mußgnug, der schuldenfrei war. Auch die Gründungsveranstaltung am 3.10.1991 war in Baden-Württemberg, in Villingen-Schwenningen.

Anwesend: Thorsten Thaler und Peter Boche. Boche aus Berlin-Köpenick war gleichzeitig REP- und GdNF- Mitglied und beteiligte sich am Wahlbündnis »Die Nationalen« in Berlin. Mitglied dieses Bündnisses ist auch Thilo Kabus, Berliner NPDler.

Sich selbst bezeichnet die Liste als Bündnis aller rechten Organisationen mit Ausnahme der REPs. Es ist gut möglich, daß diese Einschätzung in etwa stimmt, da neben DL- und NPD-Mitgliedern auch NAler auf den Wahllisten standen. Die Selbsteinschätzung ist übrigens in »Europa Vorn« oder der »Jungen Freiheit« nachzulesen. Dies sind Blätter der »Neuen Rechten«, die zum großen Teil auch in der DL organisiert sind. Peter Dehoust von der Zeitung »Nation und Europa« ist Beisitzer im DL-Bundesvorstand.

Harald Neubauer, MdEP und DL-Vorstand: *»Meine Partei wird zu überlegen haben, wie sie sich gegen solchen Terror aus eigener Kraft schützen kann. Außerdem werde ich im Europäischen Parlament den Ausländerterror gegen Deutsche auf die Tagesordnung bringen«* (zit. nach: Europa Vorn aktuell Nr.30/ 9.April 1992)

»Die Nationalen« riefen auch zur Wahlkampfveranstaltung in Karlshorst am 9.5. auf, die verboten wurde und gegen die AntifaschistInnen demonstrierten (s. Info Nr.18). Außerdem riefen sie zu einer Mahnwache vorm Jüdischen Gemeindezentrum auf.

Was von den »Nationalen« zu erwarten ist, zeigt ein DL-Wahlspot aus dem baden-württembergischen Landtagswahlkampf, gegen den sich das »Lied vom Tod« im REP-Wahlspot 1989 wie ein freundlicher Schulterschlag ausnimmt: Ein DL-Mitglied aus Villingen-Schwenningen, als Türke verkleidet und mit stark übertriebenem Akzent, behauptet, seit 14 Jahren in Deutschland von Sozialhilfe zu leben und von dem, was sein Sohn angeblich als Dealer auf deutschen Schulhöfen verdiene. Rassismus pur.

Nach Kaindls Tötung kündigte die DL öffentlich an, sie werde sich jetzt um ihren Selbstschutz kümmern. Was ist damit zu erwarten? Mehrere Berliner Antifa-Gruppen lachten kürzlich über einen dramatisch abgefaßten Drohbrief eines »Kommando Horst Wessel«, eine Erklärung, es herrsche Krieg, und Linken und Ausländern werde nun gezeigt, wem Berlins Straßen gehören. Begonnen habe der Krieg mit dem Tod des *»Kameraden Gerhard*





Zwei Spuckies von zwei »verschiedenen« Parteien: Die DL nimmt kein Blatt mehr vor den Mund

Kaindel« (sic!). Ist das der »Selbstschutz« der DL?

Die Entwicklung nach dem Vorfall

Sofort wurde der Tod Kaindls von der Presse aufgegriffen, derselben Presse, die von den vielen Morden durch Faschisten nichts wußte. Die Tat wurde verurteilt, jeden Tag stand etwas über die Ermittlungen in den meisten Zeitungen, und zwar noch einige Tage danach - und wenn nur geschrieben wurde, es gäbe noch nichts Neues.

Die Polizei hatte eine zwanzigköpfige Sonderkommission eingesetzt. Das ist für einen Mord eine relativ aufwendige Ermittlung. Zweimal bildeten die Zeitungen Phantombilder ab. Das erste zeigte einen jungen Mann, der Stunden vorher in dem Lokal mit Pagel, dessen Gesicht in den ImmigrantInnen-Gemeinden Berlins bekannt ist, eine Auseinandersetzung, vermutlich ein Wortgefecht, hatte. Mit seinem Anwalt ging der Mann zur Polizei, die ihm auch tatsächlich keine Tatbeteiligung nachweisen konnte. Am nächsten Tag wurde ein zweites Bild ausgegeben, wiederum ein »südländisch« aussehendes Gesicht. Wie dieses Allerweltsgesicht zustandekam, erklärte die Polizei nicht.

Die Ermittlungen gingen nach offiziellen Angaben in Richtung türkischer politischer Zusammenhänge, obwohl unseres Wissens aus den Beschreibungen des Tathergangs nichts diesen Verdacht begründete. Für die Polizei stand scheinbar fest: Messer gegen Nazis = Türken. Mitte Mai wurden dann auch 7 Wohnungen in Berlin und eine in Köln von der Polizei durchsucht. Jede Durchsuchung galt AntifaschistInnen türkischer Herkunft. Eine Frau wurde festgenommen und stundenlang verhört. Es gab massive Drohungen und Angebote auf Belohnung bei Aussage. Unseres Wissens drangen die Schergen in einige Wohnungen mit gezogener Waffe ein. Wie immer gab es Zerstörungen, Beschlagnahme unter anderem von Adressen etc.

Es erscheint eindeutig, daß die Polizei hier ausschließlich mit dem Interesse ermittelt, antifaschistische Zusammenhänge zu durchleuchten, etwa in der Art, wie es oft bei 129a-Ermittlungen geschieht. Die Tatsache, daß sich türkische Linke bewußt antifaschistisch organisieren, scheint sie besonders zu ärgern (s. unten).

Einschätzung des Verhaltens von Medien und Polizei

In einem Flugblatt der Unabhängigen Antifagruppen Berlin wird darauf aufmerksam gemacht, daß bei keinem der 15 rassistisch begründeten Morde im letzten Jahr so ein Ermittlungsaufwand betrieben wurde. Tatsächlich ist die Zahl 15 eine Minimalschätzung: Es sind die Morde, die erstens bekannt wurden, und zweitens sicher rassistisch begründet sind oder von Faschisten ausgeführt wurden. Ein Teil der Presse bemüht sich, diese Morde als unpolitisch, mindestens als unorganisiert darzustellen. Die Polizei ließ teilweise Leute frei rumlaufen, die längst als mögliche Täter bekannt waren. So sind für den Mord an Jorge Gomodai in Dresden alle 7 Tatbeteiligten, Angehörige der rechten Szene, der Polizei mit Namen bekannt. Für die drei baden- württembergischen und vier Dresdner Täter hat das bisher keine Folgen gehabt.

Definitiv ist die Zahl der Opfer bereits im Monat März um drei weitere Menschenleben gestiegen, und im April wurde in Berlin-Marzahn ein Vietnamese erstochen (s. Info Nr.18).

In Magdeburg ermordeten inzwischen Nazi-Skins bei einem Überfall einen Punk, verletzten andere schwer. Einige der Täter sind mittlerweile festgenommen.

Der Tod Kaindls fällt in eine Zeit, in der die Berliner und Bundesdeutschen Medien ohnehin fortlaufend gegen antifaschistische Initiativen hetzen - und dabei Material von Polizei und Verfassungsschutz benutzen. Der Vorfall wurde allerdings von Bullenseite nicht als Anlaß für den »großen Schlag« genommen. Auch die Presse ist be-

Thorsten Thaler (DL-Vorstand; hinten, 3.v.l.) und Peter Boche (Reps, GdNF; vorn mit Vollbart) bei der DL-Gründungsveranstaltung in Villingen-Schwenningen C.N. Foto, Kontakt übers Info

stimmt noch nicht beim Höchstmaß dessen angelangt, was sie leisten kann, um die AntifaschistInnen zu diffamieren.

Für uns ist diese Diffamierung der Antifa bezeichnend. Die Organisierung der Nazis ist besser denn je, sie erzielen wieder Wahlerfolge, der Rassismus nimmt zu etc. Gleichzeitig ist die politische Linke dabei, zur Bedeutungslosigkeit abzusinken. Kaum je war die Situation der Linken Organisationen in der BRD so desolat, und zwar in allen Fraktionen. Die Antifa erscheint als eine letzte, noch etwas weniger schlecht organisierte Abwehrbewegung. In so einer Situation wird das Gespenst Antifa heraufbeschworen, nach dem Motto: Der Feind steht immer links. Insbesondere die gemeinsamen Aktionen politisch bewußter Linker mit anderen ImmigrantInnen und Deutschen, die in Auseinandersetzungen mit Rassismus und Faschismus stehen, mißfallen dem Sicherheitsapparat.

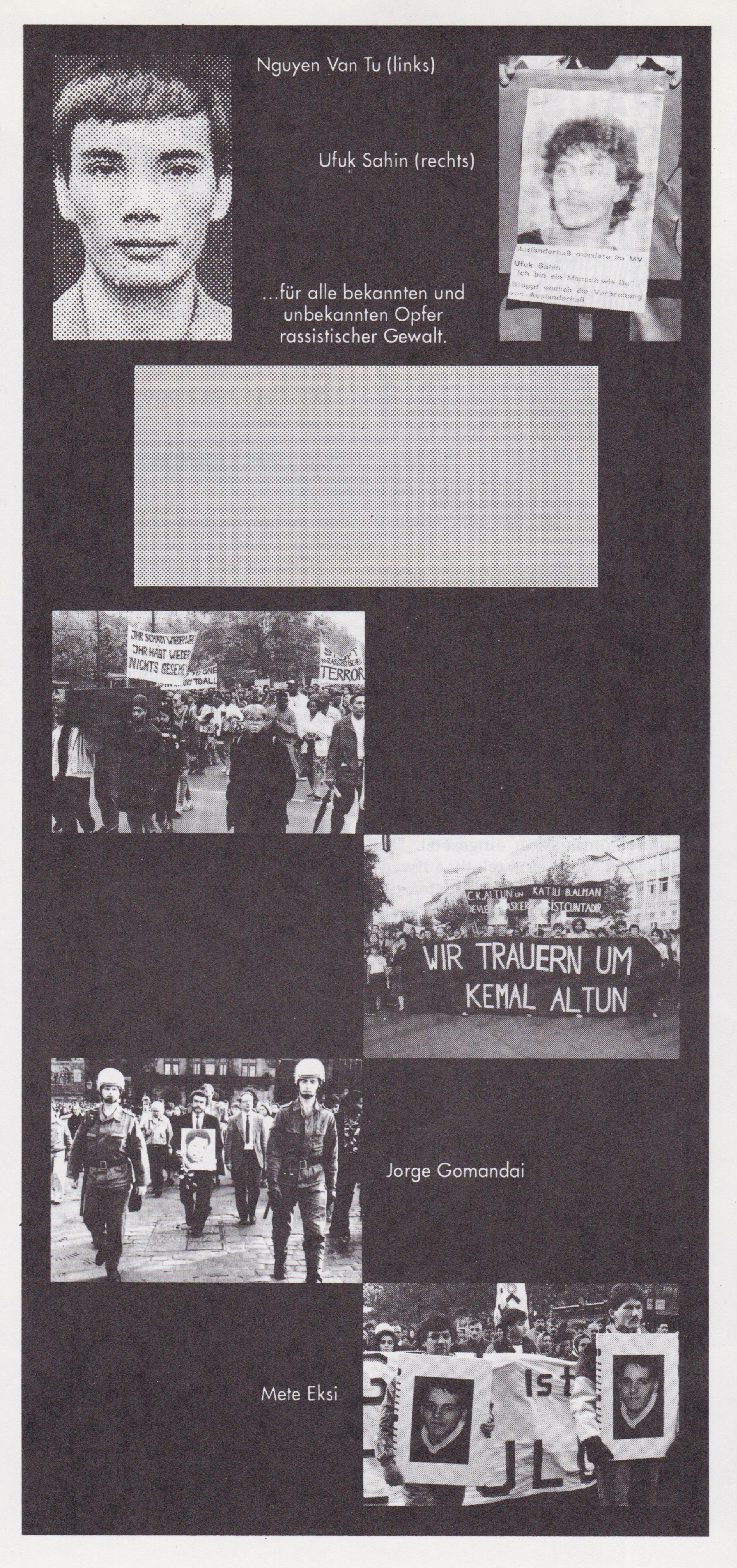
Dabei verbindet diese beiden Gruppen vor allem ihre politische und gesellschaftliche Isolierung – oder, deutlicher, unsere beschissene Lage mit dem Rücken zur Wand.

Angesichts der faschistischen Mobilisierung muß selbst für einen Anhänger stumpfester Totalitarismustheorien der Aufwand bei der Bekämpfung der Linken geradezu lächerlich wirken...

Tut er aber nicht. Die Polizei war nicht einmal gezwungen, zu erklären, warum dieser Fall angeblich so eine Bedeutung hat. Initiativen wie das besagte Flugblatt oder ein Interview mit türkischen und deutschen AntifaschistInnen in der Berliner Zeitung schienen ungehört zu verpuffen. Bis auf einen Funktionär des Türkischen Elternvereins versuchte die »demokratische« Linke nicht einmal, die Ursachen des Angriffs zu erläutern. Sie hielten den Mund. **Wir fordern diese »demokratische« Linke auf, sich eindeutig mit den Menschen solidarisch zu erklären, die in antifaschistischen Auseinandersetzungen stehen, egal, ob sie die Aktionsformen für richtig halten.**

Wen wunderts?

Uns hat die Tatsache, daß beim derzeitigen Grad der Eskalation auch mal einer von der Gegenseite stirbt, keinen Moment lang gewundert. Diese Eskalation ist in jedem einzelnen Punkt von den Nazis vorangetrieben worden. Einer Vielzahl von Aktionen, bei denen die Nazis bewußt Tote einkalkulierten, und zwar nicht in Notwehr, steht auf Seiten der AntifaschistInnen mit dem Tod Kaindls höchstens eine solche Ak-



Nguyen Van Tu (links)

Ufuk Sahin (rechts)

...für alle bekannten und unbekannten Opfer rassistischer Gewalt.

Jorge Gomandai

Mete Eksi

tion gegenüber. Damit wird bereits vorausgesetzt, die TäterInnen hätten soweit kalkuliert, was ja gar nicht gesagt ist. Es muß auch noch einmal gesagt werden, daß wir – und gerade die ImmigrantInnen – es sind, die mit ungeheurer Brutalität angegriffen werden, mit geringer Solidarität in der Bevölkerung. Daß also wir es sind, bei denen überzogene Reaktionen verständlich wären.

Es war schon lange zu befürchten,, daß in diesen Auseinandersetzungemn einmal ein Nazi stirbt, und AntifaschistInnen haben versucht, es nicht dazu kommen zu lassen. Dabei hätte es auch leicht einen Jugendlichen treffen können, der zwar rassistisch, aber im Grunde vor allem selbst ein Opfer ist. Das hätten wir noch schlimmer gefunden, als dieser Tod bei einer Aktion gegen Funktionäre einer rassistischen und faschistischen Organisation.

Die türkischen, kurdischen, arabischen, jugoslawischen etc. ImmigrantInnengemeinden merken, daß ihnen nach Jahrzehnten Ausbeutung ijn diesem Land auf allen Ebenen die Lebensgrundlage entzogen werden soll. In Form der rassistischen Angriffe sind sie in ihrem Leben bedroht.

Aber auch für uns, die wir seit Jahren und Jahrzehnten gegen die Zustände hier angehen und dafür in die Computer und Fotolisten des Sicherheitsapparates aufgenommen wurden, werden die Zustände bedrohlicher. Immerhin sind diese Daten Material, das bei einer kleinen Verschiebung der Verhältnisse in Richtung autoritäres Regime ausgesprochen gefährlich für uns wird.

Trotzdem liegt der Tod eines unserer Gegner nicht in unserem Interesse. Daß es aber dazu gekommen ist, wundert ist angesichts der Eskalation der Gewalt von Rechts nicht verwunderlic..

... mit allen nötigen Mitteln

Um es klar zu sagen: Wir haben kein Interesse daran, daß die Menschen, die an der Aktion beteiligt waren, einer Justiz wie dieser ausgeliefert werden. **Darum fordern wir alle antifaschisatisch gesinnten Kräfte auf, von Distanzierungen abzusehen. Ebenso fordern wir alle Menschen auf, insbesondere in einer Zeit starker polizeilicher Ermittlungstätigkeit von jeglichen Spekulationen abzusehen.**

Also ist das folgende auch als Diskussionsbeitrag zu verstehen.

Denn wir haben eine klare Meinung zu diesem Fall, und wir sehen es als unsere Verantwortung, Tendenzen im antifaschistischen Kampf, die wir für gefährlich halten, entgegenzutreten.

Wir halten Gewalt gegen Menschen für das letzte Mittel im Kampf. Die Menschen, die sich aus rationalen Gründen für ein gewaltsames Vorgehen entscheiden, müssen sich ihrer Verantwortung bewußt sein. Dazu gehört auch die Wahl der Waffen, die so getroffen werden muß, daß nichts passiert, was nicht das eigentliche Ziel der Aktion war. Konkret heißt das: Es gibt Waffen, deren Wirkung schwer zu kontrollieren ist. Sie verlangen einen ganz besonders verantwortungsvollen Umgang. Messer und Baseballkeulen haben zum Beispiel eine solche Wirkung. Außerdem muß eine Unterscheidung getroffen werden zwischen Waffen, die der Selbstverteidigung dienen, und anderen, weniger gefährlichen Gegenständen.

> *»This is to warn You ... that You and Your Ku-Klux-Klan friends will be met with maximum physically retaliation from those of us who are not hand-cuffed by the disarming philosophy of non-violence, and who believe in asserting our right of self-defence – by any means necessary!«*
>
> (Dies ist eine Warnung ... daß Euch und Euren Ku-Klux-Klan Freunden mit einem Maximum an physischer Vergeltung begegnet werden wird durch diejenigen von uns, die nicht gefesselt sind durch die Entwaffnende Philosophie der Gewaltlosigkeit und die an die Durchsetzung unseres Rechtes auf Selbstverteidigung glauben – mit allen nötigen Mitteln.)
>
> Aus einem Telegramm, das Malcolm X an den Ku-Klux-Klan sandte.

Nun wissen wir, daß schon ein einfacher Faustschlag im Zweifel tödlich sein kann. Doch wer sich für gewaltsame Methoden entscheidet, muß seinerseits das Risiko ungewollter Ergebnisse so gering wie irgend möglich halten. Darüber hinaus ist es unsere Verantwortung, Einfluß auf andere zu nehmen, damit sie ebenfalls mit einem Höchstmaß an Verantwortung vorgehen.

Gewalt ist alles andere als ein Spiel.

Unter politischen Gesichtspunkten hat der Tod Kaindls gar nichts gebracht. Dieser Tod war für uns so nötig wie ein Kropf. Selbst die wichtigste Führungsperson des militanten Nazi-Spektrums, Michael Kühnen, war leicht zu ersetzen, als er starb. Die GdNF ist heute eher gestärkt. Da die Tötung eines Menschen – moralisch betrachtet – immer eine Schuld bedeutet, ist hier die Frage nach der konkreten Zielbestimmung der Aktion besonders wichtig. Unter rationalen Gesichtspunkten halten wir eine weitere Eskalation des Konfliktes zur Zeit von uns aus nicht für angebracht – nicht nur aus politischen Gründen, sondern auch weil wir im Moment technisch gar nicht in der Lage sind, einer echten bewaffneten Auseinandersetzung standzuhalten.

Darüberhinaus können wir uns noch einen weiteren Grund vorstellen, für die Entscheidung einen Menschen umzubringen. Dieser Grund kommt in der Parole »Jetzt reichts« zum Ausdruck. Wir halten Hass für einen schlechten politischen Ratgeber. Auch wir sind Menschen mit Gefühlen und denken oft an Rache. Aber politisch betrachtet lehnen wir diese irrationale Kategorie ab. Rache hat in unserer Gesellschaft keine Funktion. Sie befriedigt ein Gefühl, sie bedeutet Genugtuung, aber sie verbessert unsere Situation nicht, sie kann sie sogar verschlechtern. (Das heißt nicht unbedingt, daß die Beantwortung faschistischer Aktionen falsch ist, es geht hier um das Motiv der Rache).

Wir können auch nicht verstehen, wie politisch bewußte Menschen, Menschen, die sich lange mit intensiven Analysen dieser Gesellschaft befassen, bei der Erwähnung von Kaindls Tod jubeln können. Das geschah z.B. auf der Demo zum 20. April in Berlin. Selbst wenn dieser Tod nützlich gewesen wäre und wir in im Prinzip gutheißen würden – der Tod eines Menschen ist nie Anlaß zur Freude.

Wir schließen uns der Auffassung Malcom X' an, und erklären, das wir den Kampf nicht mit allen *möglichen* Waffen führen werden, sondern mit allen, wirklich allen, die sich nach rationalen Gesichtspunkten und unserer Auffassung von Moral im politischen Kampf als *nötig* erweisen.

Darum fordern wir alle Menschen, die ein wirkliches Interesse an der Zurückdrängung der Faschisten haben, auf, ihre Rache-Gefühle zurückzustellen und den Kampf nach Erwägungen der Zweckmäßigkeit zu führen, zu verstärken und voranzutreiben, mit allen Mitteln, die sich als nötig erweisen – BY ANY MEANS NECESSARY! ■

Das Handbuch für die antifaschistische Arbeit



ID-Archiv im IISG/Amsterdam (Hg.)

Drahtzieher im braunen Netz

Der Wiederaufbau der NSDAP

176 Seiten, rund 200 Fotos, 20,-DM
ISBN: 3-89408-022-1

Materialien aus dem Dokumentarfilm von Michael Schmidt ›Wahrheit macht frei‹ und weitere Recherchen des **antifaschistische Autorenkollektivs Berlin** zu den Struturen und personellen Verbindungen der militanten Neo-Nazi-Szene in (Ost-) Deutschland

»Bücher über faschistische und/oder rechtsextreme Organisationen und Entwicklungen sind nicht eben selten. Vor einigen Wochen ist ein weiteres hinzugekommen, daß sich in einigen Gesichtspunkten von der Mehrzahl der Angebote auf diesem Teilmarkt der Buchproduktion abhebt.«
(ak 342, 6. Mai 1992)

»Die Verfasser ... versuchen, Ordnung in die scheinbar verwirrende Vielfalt neofaschistischer und rechtsradiakler Organisationen zu bringen, die den Eindruck hervorruft, es gäbe mehr Gruppierungen als Mitglieder.«
(Junge Welt, 23.4.92)

»›Drahtzieher im braunen Netz‹ kann ohne Zweifel als das derzeit informativste Buch über die bundesrepublikanische Wirklichkeit auf dem Weg zum ›Wiederaufbau der NSDAP‹ bezeichnet werden.«
(Neues Deutschland, 30.4.92)

»Auf keinen Fall überlesen sollte der interessierte Leser aber das Nachwort, in dem die Autorengruppe, die sich selbst dem Bereich der ›Autonomen‹ zuordnet, auf die Entwicklungstendenzen von Rassismus und Neofaschismus in Europa und auf die Möglichkeiten antifaschistischer Praxis eingeht.«
(Antifaschistische Nachrichten 11/92)

»Die Bundesregierung wird aufgefordert, darauf hinzuwirken, daß die Bundeszentrale für politische Bildung ... das Buch in ihr Programm aufnimmt und mit intensiver Werbung Schulen, Bildungsstätten, kulturellen und politischen Einrichtungen auf regionaler und kommunaler Ebene anbietet.«
(Antrag der Bundestags-Abgeordneten Ulla Jelpke und der Gruppe PDS/Linke Liste)

Weitere Publikationen der Edition ID-Archiv zum Thema Rassismus und Nationalismus in Deutschland

- autonome l.u.p.u.s.-gruppe, **Geschichte, Rassismus und das Boot**. Wessen Kampf gegen welche Verhältnisse
  180 Seiten, 18,-DM
- Redaktion diskus (Hg.), **Die freundliche Zivilgesellschaft**. Rassismus und Nationalismus in Deutschland
  180 Seiten, 20,-DM
- Projektgruppe (Hg.), **Metropolen(gedanken) und Revolution?** Texte zur Patriarchats-, Rassismus- und Internationalismusdiskussion, 160 Seiten (2. Auflage), 16,-DM
- Ingrid Strobl, **Strange Fruit**. Bevölkerungspolitik – Ideologien, Ziele, Methoden, Widerstand
  100 Seiten (2. Auflage), 10,-DM
- Frauenkollektiv (Hg.), **¡Basta! Frauen gegen Kolonialismus**
  320 Seiten, 28,-DM

Die Bücher sind im engagierten Buchhandel und in Infoläden erhältlich oder: Antifa-Versand, Gneisenaustr. 2a, 1000 Berlin 61

Edition ID-Archiv • Berlin – Amsterdam